

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

ISSN 6153-2115

Schwerpunkt: Deutschland und die Bundeswehr

Jürgen Wagner - Krieg trotz Kassenlage: De Maizieres „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ - **1**

Claudia Haydt - Wehrpflicht als Auslaufmodell: Warum für weltweite Militärinterventionen keine Wehrpflichtigen gebraucht werden - **4**

Jonna Schürkes - Eskalation in „Bad Taloqan“ - **5**

Jürgen Wagner - „Es gibt keine gerechten Kriege - aber notwendige“ - Wolfgang Ischinger wird Honorarprofessor in Tübingen - **6**

Michael Haid - Wann ist Krieg erlaubt - Anmerkungen zu skandalösen Schulmaterialien - **12**

Außerhalb des Schwerpunkts:

Tim Schumacher - Europas Geheimdienst: Das Joint Situation Centre - **13**

Michael Haid - Osama bin Laden – werden völkerrechtswidrige Tötungen hoffähig? - **16**

Mirko Petersen - Russland, Quo Vadis? Machtpolitik zwischen Asien und Europa - **18**

Christoph Marischka - Côte d'Ivoire: erste Bilanz eines angekündigten Bürgerkrieges - **25**

Andreas Seifert - Shi Lang: Chinas erster Flugzeugträger - **27**



Editorial:

Der Aachener Friedenspreis wurde 1988 gegründet „um Frauen, Männer oder Gruppen zu würdigen und vorzustellen, die von ‚unten her‘ dazu beigetragen haben, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen.“ Dieses Jahr wird der Aachener Friedenspreis an die Informationsstelle Militarisation und den Rüstungskritiker Jürgen Grässlin vergeben. Wir freuen uns sehr über diesen Preis und die zahlreichen Glückwünsche, die uns nach der Bekanntgabe der Preisträger erreichten!

„Von Oben“ ist kein Frieden zu machen und zu erwarten. Das machen auch die neuen ‚Verteidigungspolitischen Richtlinien‘ deutlich, die Mitte Mai vorgelegt wurden und ganz unverblümt den Einsatz der Bundeswehr für wirtschaftliche Interessen einfordern. Sie sollen als Grundlage der Bundeswehrreform dienen, die wir bereits in den vergan-

gen Ausgaben begleitet und kritisch kommentiert haben – diese Aufgabe wird uns noch weiter verfolgen. Doch auch die aktuellen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse in China und Russland, die wir in dieser Ausgabe dokumentieren, zeigen das enorme Eskalationspotential staatlichen Großmachtstrebens, dem nur ‚von unten‘ Einhalt zu gebieten ist. Für uns heißt das natürlich v.a., uns weiterhin gegen die Militarisation der deutschen und europäischen Außenpolitik zur Wehr zu setzen, Ansatzpunkte hierfür sehen wir u.a. an Schulen und Hochschulen. Um hier Widerstand zu ermöglichen und zu provozieren, gilt es, über die Strategien und Kriege, die von den globalen Kommandohöhen ausgeheckt werden, zu informieren. Eine Aufgabe, die in Zukunft vielleicht noch schwieriger sein wird, als heute. Dass in Côte d’Ivoire ein Kolonialkrieg weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit über die Bühne ging,

ist schockierend, aber weniger überraschend als die nahezu undurchdringliche Stille und mediale Dunkelheit, in der jenseits des Mittelmeeres nach anfänglicher Aufregung die Bombardierung Libyens fortgesetzt wird. So sehr wir uns auch über den nun wohl tatsächlich mehr oder weniger bevorstehenden „Atomausstieg“ freuen, so erstaunt sind wir zugleich, wie dieser Aufmerksamkeit von den jüngsten Eskalationen in Afghanistan ablenkt. Bei Anschlägen getötete und verletzte Bundeswehrsoldaten sind ebenso zur Randnotiz verkommen, wie ein NATO-Bombardement, bei dem 12 Kinder umkamen oder die Tatsache, dass Bundeswehrsoldaten das Feuer auf eine Demonstration eröffnet haben. Sind das womöglich erst die Vorboten der öffentlichen Aufmerksamkeit für die Aktivitäten einer BERUFSARMEE im Einsatz?

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 25€ bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Claudia Haydt, Wehrpflicht als Auslaufmodell, verändert in: Der Kranich, Zeitung des Salzburger Friedensbüros, Sommer 2011.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Findus; S. 11: Michael Schulze von Glasser; S. 15: Jonna Schürkes, IMI;

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Claudia Haydt, Michael Haid und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes ist IMI-Beirat. Mirco Petersen und Tim Schumacher waren Praktikanten der IMI.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Krieg trotz Kassenlage

De Maizieres „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“

von Jürgen Wagner

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt im März 2011 kündigte der neue Verteidigungsminister Thomas de Maiziere an, er müsse sich bezüglich der anstehenden Bundeswehrreform zunächst einmal über den Sachstand informieren, was einige Zeit dauern werde. Zweieinhalb Monate später verkündete er am 18. Mai seine „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“, die unter seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg auf den Weg gebracht worden waren.

Offizieller Anlass für den Umbau sind die Bundeswehr-Sparvorgaben von 8,3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2015. Um diese zu erfüllen, hatte es zwischenzeitlich den Anschein, als erwäge de Maiziere eine Reduzierung der Bundeswehr, die weit über Guttenbergs ursprüngliche Pläne hinausgegangen wäre. Als Reaktion hierauf warnten jedoch interessierte Kreise überdeutlich, dies würde Deutschlands Fähigkeiten zur Kriegsführung erheblich beeinträchtigen. Nachdem die militärische Interessensdurchsetzung aber im Zentrum der ebenfalls am 18. Mai 2011 erlassenen neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) steht, verwundert es nicht, dass de Maiziere nun von den radikalen Kürzungsvorhaben Abstand nahm – ebenso wie von den Sparvorgaben, die offenbar über Buchungstricks entsorgt werden sollen. Im schlimmsten Fall könnte am Ende sogar eine erhebliche Erhöhung des Rüstungsetats stehen.

Offizielle und inoffizielle Umbauziele

Die Bundesregierung verkündete im Juni 2010, bis 2014 insgesamt 81,6 Milliarden Euro einsparen zu wollen. Der Verteidigungsetat sollte dazu 8,3 Mrd. Euro beitragen, wobei schnell eine „Fristverlängerung“ bis 2015 genehmigt wurde. Vereinfacht gesagt, müsste der Rüstungshaushalt demzufolge beginnend ab 2012 im Jahresdurchschnitt um etwa 2,1 Mrd. Euro gesenkt werden. So begrüßenswert jegliche Verringerung in diesem Bereich auch ist, ambitioniert oder drastisch waren diese Vorgaben in keiner Weise. Ihre Umsetzung hätte nicht einmal die mehr als üppigen Aufwüchse der vergangenen Jahre rückgängig gemacht: Noch 2006 betrug der – offizielle – Rüstungsetat 27,8 Mrd. Euro, für 2011 sind 31,548 Mrd. eingestellt.

Der Hauptteil der Einsparungen sollte über einen Personalabbau erzielt werden, wofür eine Planungsgruppe unter Leitung des Bundeswehr-Generalinspektors Volker Wieker Vorschläge erarbeiten sollte, die am 31. August 2010 veröffentlicht wurden.¹ Der „Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010“ schlägt verschiedene Modelle vor, die eine Reduzierung des Gesamtumfangs von derzeit 252.000 Soldaten auf eine Zahl zwischen 205.000 und 150.000 vorsahen. Die im Bericht präferierte Zielgröße waren 163.500 Soldaten, von politischer Seite, insbesondere aus den Reihen der CDU, wurde aber darauf hin schnell Druck für einen Umfang von mindestens 185.000 gemacht.

Dies war in etwa der Sachstand, als de Maiziere im März 2011 die Geschäfte im Bendlerblock übernahm. Schon bevor sein Vorgänger zu Guttenberg von der Bühne abtreten musste, war klar, dass die Sparvorgaben nur bei umfassendsten Personal-

kürzungen erreicht werden würden. Aus diesem Grund erwog de Maiziere Berichten zufolge zwischenzeitlich wohl eine Personalreduzierung, die mit 145.000 weit über die zuvor angedachten Zielgrößen hinausgegangen wäre.² Ein solcher Truppenumfang würde aber mit dem zweiten – offensichtlich prioritären – Ziel der Bundeswehrreform kollidieren, nämlich die Anzahl der für Kriegseinsätze im Ausland gleichzeitig verwendbaren Soldaten von bislang 7.000 auf künftig 14.000 zu verdoppeln.³ Vor diesem Hintergrund tauchte ein „Geheim“-Papier des Verteidigungsministeriums auf, das für erheblichen Wind sorgte, da es dieses Ziel in Frage stellte.

Brandbrief aus dem BMVg

Am 20. April 2011 veröffentlichte die Bildzeitung Auszüge aus einem „geheimen“ Bericht des Verteidigungsministeriums, der sich mit den Auswirkungen der Sparvorgaben beschäftigte und der de Maizieres weitere Überlegungen maßgeblich beeinflusst haben dürfte. Ungeachtet aller politischen Forderungen, die Gesamtgröße der Bundeswehr dürfe 185.000 nicht unterschreiten, kommt das Papier, das wohl keineswegs zufällig das Licht der Öffentlichkeit erblickte, zu dem Ergebnis, unter der Sparvorgabe sei maximal Geld für 158.000 Soldaten vorhanden.

Nach diesem Befund wird auf die Folgen verwiesen. Hiermit ginge etwa die „Bündnis- und Einsatzfähigkeit absehbar verloren.“ Die Kürzungen würden die Bundeswehr fundamental gefährden, so das BMVg-Papier: „Die ins Auge gefassten Einschnitte werden die Fähigkeiten Deutschlands, mit militärischen Mitteln zur nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge beizutragen, erheblich einschränken. Der deutsche Militärbeitrag wird weder der Rolle Deutschlands im Bündnis entsprechen noch den nationalen Sicherheitsinteressen genügen. Diese Einschränkungen werden auf mittlere Sicht nicht reversibel sein.“ Im Ergebnis, und hier setzten die Militärs der Politik buchstäblich die Pistole auf die Brust, könne unter diesen Umständen die Kernaufgabe der Bundeswehr, an mehreren Orten Krieg für deutsche Interessen führen zu können, nicht mehr gewährleistet werden: „Bei den vorgesehenen Eingriffen ins Fähigkeitsprofil (...) wird die Unterstützung nur noch in einem Einsatzgebiet durchhaltefähig möglich sein.“⁴

Wohlgemerkt, diese Bemerkungen bezogen sich auf eine Gesamtgröße von 158.000 Soldaten, nicht etwa auf die nahezu parallel von de Maiziere angestellten Überlegungen sogar auf 145.000 zu reduzieren. Daraufhin wurde allenthalben Kritik geäußert, die Bundeswehr werde „kaputtgespart“, es drohe eine „Sicherheitspolitik nach Kassenlage“. Somit wurde die Politik, und ganz speziell de Maiziere, vor eine klare Wahl gestellt: Sparen oder Krieg führen!

Deutsche Interessen: Verteidigungspolitische Richtlinien

Am selben Tag, an dem de Maiziere seine Pläne für die Neuausrichtung der Bundeswehr bekannt gab, erließ er auch neue Verteidigungspolitische Richtlinien.⁵ Dabei handelt es sich um die verbindliche konzeptionelle Grundlage für die deutsche Verteidigungspolitik, die somit auch Ziel und Stoßrichtung der Neuausrichtung der Bundeswehr vorgeben.

Unter dem Titel „Nationale Interessen wahren – Internationale



Verteidigungsminister Thomas de Maizière bei der Pressekonferenz zu seinen Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr am 18. Mai 2011, Foto: Bundeswehr/Bienert, CC über Flickr

Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“ benennen die VPR eine Vielzahl von Interessen, deren Durchsetzung Aufgabe der Bundeswehr sein müsse. Die „Abwehr von Gefährdungen unserer Sicherheit“ sei die vorderste Aufgabe der Bundeswehr, wobei man sich augenscheinlich von nahezu allem und jedem bedroht fühlt: „Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik.“ (S. 1f.)

Noch ein wenig prominenter als im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 betonten die VPR die Bedeutung der Rohstoffabsicherung: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“ (S. 4f.)

Deutschland solle sich darüber hinaus laut VPR allein schon deshalb an Kriegen beteiligen, um hierdurch Ansprüche auf eine „mitgestaltende“ Rolle erheben zu können: „Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum ist Deutschland in der Lage, einen seiner Größe entsprechenden, politisch und militärisch angemessenen Beitrag zu leisten und dadurch seinen Einfluss, insbesondere seine Mitsprache bei Planungen und Entscheidungen sicherzustellen. Nur wer Fähigkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung

anbietet, kann im Bündnis mitgestalten.“ (S. 10) Nachdem de Maizière jahrelang Bundesinnenminister war, verwundert es zudem nicht, dass die VPR angeben, zum Auftrag der Bundeswehr gehörten auch „Beiträge zum Heimatschutz, d.h. Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand.“ (S. 11)

Angesichts der Aufgabenfülle müsse schließlich aber ein „priorisiertes Fähigkeitsprofil Bundeswehr“ entwickelt“ werden, was bedeute, dass die Landesverteidigung eine nachrangige Aufgabe werde, denn die Bundeswehr müsse sich auf die „wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ konzentrieren, sie „bestimmen die Grundzüge der neuen Struktur der Bundeswehr.“ (S. 16) Vor dem Hintergrund dieser ambitionierten Agenda verwundert es nicht, dass von Etatkürzungen in den VPR keine Rede ist. Stattdessen wird betont: „Die Bundeswehr muss die notwendigen finanziellen Mittel erhalten, um einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte zu erhalten, die dem Stellenwert Deutschlands entsprechen.“ (S. 10)

Sparvorgabe Makulatur: De Maizieres Umbaupläne

Auch künftig sollen jährlich 5,1 Milliarden Euro für neue Rüstungsgüter ausgegeben werden, zur Freude von EADS und Co. werden hier also keine Einsparungen vorgenommen. Stattdessen sollen Kostensenkungen „im Wesentlichen über den zivilen und militärischen Personalhaushalt“ erbracht werden, so de Maizière.⁶ Allerdings plant der Verteidigungsminister hierfür eine Truppenreduzierung, die am oberen Rand der diskutierten Möglichkeiten liegt. Laut den „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ vom 18. Mai 2011 wird „der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten und 55.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen.“⁷ Lediglich was die Zahl der gleichzeitig im Ausland künftig einsetzbaren Soldaten anbelangt, ist man etwas zurückgerudert: „Es werden rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein.“ Aller-

dings handelt es sich hierbei dennoch um eine Ausweitung der bisherigen Kapazitäten um nahezu 50%, wobei es sich hier um die bei weitem kostenintensivsten Truppenteile handelt. Bedenkt man nun, dass allein schon durch die Aussetzung der Wehrpflicht, die de Maiziere wie erwartet beibehalten will, 30.000 Soldaten wegfallen, sind die Reduzierungspläne alles andere als ambitioniert. Mehr noch: sie sind absolut unvereinbar mit den Sparvorgaben von 8,3 Mrd. Euro, da das oben zitierte interne BMVg-Papier angibt, hierfür müsste der Truppenumfang auf 158.000 Soldaten reduziert werden. Dies ist selbstverständlich auch allen Verantwortlichen wohl bewusst, augenscheinlich haben sich de Maiziere und Wolfgang Schäuble bereits auf einen Buchungstrick verständigt, mit dem die Sparvorgabe eingehalten werden könnte, ohne den Rüstungshaushalt effektiv senken zu müssen: „Zum Sparen nur so viel: [...] Alles weitere werde bei den Haushaltsberatungen im Juli zu erfahren sein, er [de Maiziere] habe sich mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits verständigt. Eine denkbare Vereinbarung der beiden könnte - so wird im politischen Berlin spekuliert - die Auslagerung der Pensionskosten aus dem Wehretat sein. De Maizière ließ sich dazu nicht ein, bemerkte nur, diese Vermutung gehe ‚schon eher in die richtige Richtung‘.“⁸

Diese schwammigen Aussagen lassen allerdings einige entscheidende Fragen offen. Ist hier „nur“ die Auslagerung der Pensionsausgaben für im Zuge der Personalreduzierung aus dem Amt scheidende Soldaten gedacht? Allein dies würde einer Modellrechnung zufolge grob überschlagene 1,5 Mrd. jährlich ausmachen – das Einsparziel von etwa 2,1 Mrd. wäre damit schon annähernd in Sichtweite!⁹ Denkbar und bislang nicht ausgeschlossen wäre im schlimmsten Fall, dass sämtliche Versorgungs-

ansprüche dem Bundeshaushalt aufgebürdet werden könnten. Damit wäre der Rüstungsetat um einen riesigen Posten entlastet. Im derzeitigen Haushaltsansatz 2011 sind hierfür 14,7% bzw. 4,63 Mrd. Euro eingestellt.¹⁰ So könnte im Ergebnis ein solcher Buchungstrick im schlimmsten Fall zu einer Erhöhung der Rüstungsausgaben um ca. 2,5 Mrd. Euro jährlich führen. Sparen auf Militärisch!

Anmerkungen

- 1 Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010.
- 2 145.000 statt 185.000? Geopowers.com, 26.04.2011.
- 3 Vgl. Haid, Michael: Radikaler Umbau statt Kosmetik – Zum Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, IMI-Standpunkt 2010/041.
- 4 Bundeswehr wird kaputt gespart! Bild.de, 20.04.2011.
- 5 **Verteidigungspolitische Richtlinien**: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, den 18. Mai 2011 (www.bmvg.de). Die im Text folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument.
- 6 Reform der Bundeswehr Streichen, kürzen, schrumpfen, Spiegel Online, 18.05.2011.
- 7 BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05.2011. Tatsächlich bewegt sich die Zahl zwischen 175.000 und 185.000: 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie – je nach Erfolg der Rekrutierungsmaßnahmen – zwischen 5.000 und bis zu 15.000 Freiwillig Wehrdienstleistenden.
- 8 Reform der Bundeswehr Streichen, kürzen, schrumpfen, Spiegel Online, 18.05.2011.
- 9 Wiegold, Thomas: Zahlen auf dem Tisch, 22. November 2010: augengeradeaus.net
- 10 www.bmvg.de, Haushalt_2011.

Libyen: Aufmarsch der Militärberater

Am 1. Juni 2011 wurde der NATO-Militäreinsatz gegen Libyen um mindestens weitere drei Monate verlängert und gleichzeitig angekündigt, die Bombardierungen abermals intensivieren zu wollen. Hierdurch will das Bündnis das – mehr oder minder offen formulierte – Ziel der „Operation Unified Protector“, den Sturz Muammar al-Gaddafis, zu erreichen. Doch es ist offensichtlich, dass Gaddafis Truppen trotz der geplanten Intensivierung der Bombardierungen allein aus der Luft nur schwer zu besiegen sein dürften. Aus diesem Grund sucht man andere Wege, um weiter an der Eskalationsspirale zu drehen: „Luftangriffe, Militärberater, Waffenhilfe - und manche sprechen schon von Bodentruppen: Der Westen legt nach im Kampf gegen Gaddafi“, schrieb Spiegel Online (21.04.2011). Auch in Deutschland häufen sich dabei die Forderungen nach einer Bodeninvasion. Der „Westen muss über Bodentruppen in Libyen nachdenken“, titelte etwa das Handelsblatt (26.04.2011).

Auch wenn die Entsendung britischer und französischer Kampfhubschrauber Ende Mai teils bereits als Vorbereitung eines großangelegten Bodeneinsatzes

gewertet wurde, scheint man davor aber – noch – zurückzuschrecken. Aus diesem Grund scheinen gegenwärtig Waffenlieferungen und die Entsendung von Militärberatern für die libyschen Aufständischen die präferierten Optionen zu sein. Zuerst gaben die Briten bekannt, bis zu 20 Militärberater entsenden zu wollen, kurze Zeit später zogen Frankreich und dann Italien nach. Italien wolle zehn Militärs nach Libyen schicken, während Paris diesbezüglich keine genauen Angaben machen wollte. Aus gut unterrichteten Kreisen heißt es jedoch, Paris wolle zunächst ebenfalls zehn Berater entsenden.

Selbstredend habe der Einsatz laut dem Außenminister William Hague nichts mit der „Ausbildung von Kampfverbänden oder ihrer Bewaffnung oder Ausrüstung“ zu tun. Man beabsichtige lediglich, den Rebellen zu helfen, „sich zu organisieren, um das Leben von Zivilisten zu schützen.“ Weiter hatte er gesagt: „Es wird keine Soldaten vor Ort geben, keine Kampfverbände; dies sind keine Leute, die auf dem Schlachtfeld kämpfen. Diese Leute sind reine Organisations-Berater.“ (World Socialist Web

Site, 23.04.2011). Völlig anders – und wohl auch realitätsnäher – beschrieb der italienische Verteidigungsminister Ignazio La Russa die Aufgaben der Berater-Mission: „Es ist offensichtlich, dass die Rebellen ausgebildet werden müssen“, sagte er (ebd.).

Offensichtlich wollen die kriegführenden Staaten nicht selbst die Drecksarbeit übernehmen, sondern ziehen es vor, diese den Rebellen zu überlassen – ohne es dabei jedoch zu versäumen sicherzustellen, dass die Post-Gaddafi-Ordnung im eigenen Sinne gestaltet werden wird. Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe für „genehme“ und „aufgeschlossene“ Teile der Rebellen bieten sich hierfür geradezu an. Ungewöhnlich deutlich kritisierte der russische Premierminister Wladimir Putin die Motive der kriegführenden Staaten mit folgenden Worten: „Übrigens lagern in Libyen die größten Ölreserven Afrikas. Den Gasvorräten nach nimmt Libyen den vierten Platz auf dem Kontinent ein. Da stellt sich die Frage, ob das nicht der Hauptgrund für das Interesse jener ist, die jetzt dort tätig sind.“ (RIA Novosti, 26.04.2011)

Jürgen Wagner

Wehrpflicht als Auslaufmodell

Warum für weltweite Militärinterventionen keine Wehrpflichtigen gebraucht werden

von Claudia Haydt.

Während des Kalten Krieges setzten die Armeen des Warschauer Paktes und der NATO auf Massenheere. Dies beinhaltete große Mengen an schwerem Kriegsgerät (z.B. Panzer oder Interkontinentalraketen) und große Mengen an Soldaten. In nahezu allen Staaten wurde ein großer Teil der dafür vorgesehenen Soldaten über eine allgemeine Wehrpflicht rekrutiert. Heute ist die Wehrpflicht in vielen Staaten verkürzt oder ganz abgeschafft. Warum diese Entwicklung wenig mit einer neuen Friedenspolitik zu tun hat, soll im Folgenden erläutert werden.

Quantitative Abrüstung und qualitative Aufrüstung

Seit dem Ende der Blockkonfrontation hat sich die Militärstruktur in den meisten Staaten grundlegend geändert. In den 1990er Jahren folgte eine Welle der quantitativen Abrüstung, Panzer wurden verschrottet und Atomwaffenarsenale verkleinert. Dies hatte jedoch nur begrenzt etwas mit tatsächlicher Friedensorientierung zu tun. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Großmächte in verheerende kriegerische Auseinandersetzungen verstricken, ist zwar mittelfristig gering, dafür wurden aber ebenfalls in den 1990er Jahren in nahezu allen Armeen der reichen Industriestaaten Strukturreformen in den Armeen durchgeführt, die einhergingen mit einer qualitativen Aufrüstung. Die neuen Rüstungsprojekte wurden mehr und mehr auf ihre Tauglichkeit für Auslandseinsätze, für Kriege und Besatzung überwiegend in armen aber rohstoffreichen Regionen, ausgewählt. Die Ausbildung der Soldaten und die Struktur der Armeen wurden entsprechend verändert. Dabei wurde bereits in vielen Staaten die Wehrpflicht ausgesetzt, etwa in den Niederlanden und Frankreich (1996). Für Massenheere des Kalten Krieges waren Auslandseinsätze meist eine sekundäre Aufgabe, der Schwerpunkt lag auf territorial definierter Landesverteidigung. Die juristische Begründung der Wehrpflicht ist meist mit dieser Landesverteidigung verknüpft. Folglich mussten Staaten, die Wehrpflichtige für Einsätze außerhalb der Grenzen des Heimatlandes heranzogen, meist mit massiven internen Widerständen rechnen, das galt für die Sowjetunion in Afghanistan genauso, wie für die USA in Vietnam. In den USA wurde nicht zuletzt deswegen 1973 die Wehrpflicht ausgesetzt. Da die meisten NATO-Staaten zwischenzeitlich ebenfalls von Verteidigung als Hauptaufgabe ihrer Armeen abgerückt sind, liegt es nahe, dass Wehrpflichtige mit der Fokussierung auf Auslandseinsätze zum juristischen und medialen Ballast für die modernen Interventionsarmeen geworden sind. Überdies brauchen die modernen Armeen in zunehmendem Maße Spezialisten für ihren immer höher technisierten Einsatzalltag. Solche Spezialisten brauchen längere Ausbildungen, die sich mit den kurzen Zeiträumen einer Wehrpflicht nur schwer vereinbaren lassen. Moderne Interventionsarmeen sind also strukturell Berufsarmeen und damit sind sie den vormodernen Söldnerarmeen wiederum sehr ähnlich.

Demokratische Kontrolle durch Wehrpflichtige?

Einige Staaten, wie Deutschland, hielten trotz zunehmender

Bedeutung von Kriegs- und Besatzungseinsätzen „out of area“, also außerhalb des NATO-Bündnisgebietes, an der nun deutlich verkürzten Wehrpflicht fest. Wesentliche öffentliche Begründung dafür war, dass nur so das Ideal einer demokratisch kontrollierten Armee mit „Staatsbürgern in Uniform“ umzu-

setzen sei. Ein Argument, das vielleicht zu Zeiten des Kalten Krieges eine gewisse Berechtigung hatte. Damals übten Berufs- und Zeitsoldaten zusammen mit Wehrpflichtigen für den Fall der Verteidigung des Westens Deutschlands gegen den Osten und allen war klar, dass im Falle eines Krieges wahrscheinlich niemand überleben würde. Regelmäßig neu dazu kommende Wehrpflichtige waren in diesem Kontext ein gewisses Gegengewicht gegen militärische Eigendynamiken. Während so im begrenzten Ausmaß kritische Haltungen aus der Bevölkerung in der Bundeswehr ankamen, entfalteten umgekehrt die militärischen Strukturen (Befehl und Gehorsam, Ausbildung zum Töten etc.) ihren Einfluss auf ganze Generationen junger Männer.

Durch die Fokussierung auf Auslandseinsätze wurde selbst die begrenzte „Kontrollfunktion“ der Wehrpflichtigen völlig ausgehebelt. Die Bundeswehr bestand nun faktisch aus zwei Teilen, mit wenigen Berührungspunkten untereinander. Die „Profis“ in der Armee organisierten sich um die Vorbereitung der Auslandseinsätze herum, während sich die Wehrpflichtigen auf den, laut Weißbuch der Bundeswehr, nicht zu erwartenden Verteidigungsfall vorbereiteten. Eine Kontrolle der Berufsarmee durch die Wehrpflichtigen war so praktisch ausgeschlossen. Lediglich die jungen Männer, die sich dafür entschieden, länger Dienst zu tun, waren mit dem Alltag der Auslandseinsätze konfrontiert. Doch diese hatten aus ökonomischen oder ideologischen Gründen häufig eine unkritische Haltung zur Bundeswehr.

Nur noch freiwillig zur Armee?

Der größte Vorteil an der Abschaffung der Wehrpflicht ist der, dass nun junge Männer nicht mehr einem Zwangsdienst unterworfen sind und dass die teilweise entwürdigenden Tauglichkeitsuntersuchungen damit der Vergangenheit angehören. Wer jetzt zur Armee geht, tut das freiwillig und entscheidet sich bewusst für diesen risikoreichen Job. Das jedenfalls ist die Theorie, doch viele der Freiwilligen schließen sich nicht wirklich freiwillig einer Berufsarmee an. Das zeigt etwa das Beispiel der USA, wo man sehr deutlich sieht, dass für Menschen aus strukturschwachen Regionen, für Farbige oder für Migranten die Armee oft die einzige Karrierechance ist. Zugespielt könnte man auch sagen, dass so die Armen die Kriege der Reichen führen. Jugendarbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen, Studiengebühren, all das sind die Rekrutierungshelfer der Berufsarmeen, die dazu beitragen, dass junge Menschen sich keineswegs wirklich „freiwillig“ für den Beruf des Soldaten entscheiden. Das Ende der Wehrpflicht bedeutet für viele Freiheit von einem Zwangsdienst. Doch unter den Bedingungen, dass gerade die Armeen der reichen Staaten immer stärker zu weltweiten Interventionsarmeen werden, ist das Ende Wehrpflicht auch die konsequente Fortsetzung des Umbaus der Armeen zu effizienten Kriegsführungsinstrumenten. Ein Anlass zu ungetrübter Freude ist die Abschaffung der Wehrpflicht erst dann, wenn gleichzeitig auch ein Ende der Auslandseinsätze, ein Ende der Angriffskriege und der humanitär verbrämten internationalen Militärinterventionen beschlossen wird.

Eskalation in „Bad Taloqan“

von *Jonna Schürkes*

Taloqan im Nordosten Afghanistans galt lange als einer der ruhigsten Flecken im Land, weshalb Die ZEIT ihn noch vor einem Jahr als Kurort - als „Bad Taloqan“ - betitelte, um damit auf die vermeintlich erfolgreiche Arbeit des Regionalen Berater-teams (PAT) der Bundeswehr und die gute Zusammenarbeit mit der afghanischen Polizei in dieser Region hinzuweisen (Die ZEIT, 17.05.10). Vor dem Stützpunkt eben jenes Berater-teams wurden jedoch am 17. Mai bei Protesten gegen die NATO-Truppen ISAF und die afghanische Regierung mindestens 14 Menschen von Bundeswehrsoldaten und afghanischen Polizisten erschossen, ca. 80 Menschen wurden verletzt.

Anlass der Demonstration war die Tötung von vier Menschen in der Nacht zuvor. Der Nachtangriff („night raid“), der nach Angaben der ISAF von US-Spezialkräften und afghanischen Sicherheitskräften durchgeführt wurde, war demnach gegen einen Führer der Islamischen Bewegung Usbekistans gerichtet. Auf dem Gelände, das von den Soldaten angegriffen wurde, wurde der Gesuchte allerdings offenbar nicht angetroffen. Stattdessen wurden vier Personen getötet, davon zwei Frauen.

Während ISAF erklärte, bei den vier getöteten Menschen habe es sich um Aufständische gehandelt, sind nicht nur die Demonstranten sondern auch der lokale Polizeichef und Präsident Karsai der Überzeugung, dass vier Zivilisten starben.

Night raids gelten auch dem Auswärtigen Amt zufolge als probates Mittel zur Aufstandsbekämpfung (Spiegel Online, 22.05.11). Im August 2010 erklärte der ISAF-Kommandeur David Petraeus, innerhalb von 90 Tagen hätten fast 3000 solcher Nachtangriffe stattgefunden. Die Zahl dieser Art von Angriffen nimmt weiter zu, obwohl die Trefferquote von Petraeus selbst als extrem schlecht eingestuft wird: Für jede gesuchte Person, die getötet oder gefangen genommen wird, würden drei Menschen, die nicht Ziel der Angriffe sind, getötet und vier weitere festgenommen (IPS-News, 15.09.10). Ein kürzlich erschienener Bericht von Oxfam und anderen NGOs stuft Night Raids als schwerwiegende Menschenrechtsverletzung ein: „[...] Night Raids [schließen] in vielen Fällen die exzessive Gewaltanwendung, die Zerstörung und/oder den Diebstahl von Eigentum und die Misshandlung von Frauen und Kindern mit ein“ (Oxfam: No time to lose, 10.05.11).

Angesichts dessen ist es allzu verständlich, dass die afghanische Bevölkerung gegen diese Form der Kriegsführung protestiert. Insgesamt gibt es immer häufiger Demonstrationen gegen die NATO-Truppen und die afghanische Regierung. Die Bundesregierung hingegen versucht diese Demonstrationen als Ausdruck des Protestes zu verunglimpfen, indem sie behauptet, sie seien von den Taliban inszeniert. Diese Darstellung deckt sich jedoch in keinsten Weise mit den Berichterstattungen über diese Proteste.

Die Demonstration vom 17. Mai begann am Morgen mit zunächst ca. 2000 Menschen in der Stadt. Es wurden die Leichen der vier getöteten Menschen durch die Stadt getragen, die Protestierenden „riefen Schmährufe gegen die USA und Präsident Hamid Karsai. ‚Tod Karsai! Tod den USA!‘“ (Die Welt, 18.05.11). Bereits zu diesem Zeitpunkt ging die Polizei gewaltsam gegen die Demonstration vor, es gab erste Verletzte und Tote. „Die Menge sei später auf 15.000 angewachsen, darunter viele Schüler, die zum Teil bewaffnet gewesen seien, örtliche Einrichtungen angegriffen und Geschäfte und Autos demoliert hätten. Dabei seien Handgra-

naten über die Einfriedung des deutschen PAT geworfen und nach afghanischen Angaben zwei deutsche Soldaten und drei afghanische Wachleute verletzt worden“ (taz, 18.05.11).

Zunächst hieß es, die Bundeswehrsoldaten hätten „nur“ Warnschüsse abge-

geben und auf die Beine von gewaltbereiten und bewaffneten Demonstranten geschossen. Erst später gab das Einsatzführungskommando der Bundeswehr bekannt, in mehreren Fällen hätten die Soldaten auf den „Rumpfbereich beziehungsweise Arme und Hände“ und den „Hals-Kopfbereich“ geschossen.

Am nächsten Tag demonstrierten die Menschen erneut vor einer Polizeistation in Taloqan, wieder versuchte die Polizei die Demonstration gewaltsam aufzulösen, erneut wurden Menschen verletzt.

Obwohl in den Berichten alles darauf hindeutet, dass sich die Proteste gegen das Vorgehen der NATO und der afghanischen Polizei richteten, wurde auch in diesem Fall vonseiten der Bundesregierung versucht, die Demonstration zu delegitimieren und damit zugleich ihre Niederschießung zu rechtfertigen. So sprach Verteidigungsminister De Maizière von einer von den Taliban inszenierte Demonstrationen (NDR, 30.05.11). Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, führte diese Behauptung am 25. Mai im Bundestag weiter aus: „[Es] liegen Erkenntnisse vor, dass diese Gewaltausbrüche von regierungsfeindlichen Kräften und lokalen Machthabern langfristig geplant waren. Das war keine spontane Aktion, die aus der vorangegangenen Erfahrung vom Vortag erwachsen ist. Es war eine geplante Aktion“.

Inwiefern allerdings die von der Bundeswehr getöteten Zivilisten dabei eingeplant gewesen sein sollten, die den Anlass für die Proteste gaben, hierauf ging Hoyer nicht ein (BT-Drs. 17/12549). Noch widersprüchlicher wird die Argumentation der Regierung allerdings, wenn Hoyer nur wenige Sätze später behauptet, die Proteste hätten „offensichtlich eher etwas mit einer Unzufriedenheit von Teilen der afghanischen Gesellschaft zu tun...“, die auf den geringen Möglichkeiten zur Partizipation an politischen und ökonomischen Prozessen beruht. Von daher war das gar nicht gegen ISAF gerichtet“.

Nur wenige Tage später, am 28. Mai traf sich der deutsche ISAF-Kommandeur Markus Kneip mit dem Gouverneur von Taloqan, dem örtlichen Polizeichef und dem Polizeikommandeur, um über das weitere Vorgehen nach der Niederschlagung der Proteste zu beraten. Ein Sprengsatz in dem Gebäude tötete neben den beiden Polizeichefs auch zwei deutsche Soldaten und zahlreiche weitere Menschen, Kneip wurde verletzt. Auch hier wurde schnell von der Bundesregierung behauptet, der Anschlag habe der afghanischen Polizei, nicht aber dem deutschen General gegolten. Zugespielt sei die Bombe also eher zufällig gerade zu dem Zeitpunkt explodiert, als hochrangiger ISAF-Besuch anwesend war.

Offensichtlich versucht die Bundesregierung mit ihren Falschdarstellungen, den Misserfolg ihrer Strategie zu verleugnen. Weder die Schüsse auf Demonstranten, noch der Anschlag könnten Deutschland davon abbringen, diese Strategie in Afghanistan weiter zu verfolgen, erklärte Westerwelle eilig (NZZ, 29.05.11). Ernst-Reinhard Beck, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU, forderte hingegen, die Bundeswehr müsse nun reagieren (obwohl sie doch gar nicht gemeint war), und dass nun ein entsprechender Gegenschlag gegen die Taliban-Organisation in dieser Provinz erfolgen müsse (Spiegel Online, 30.05.11). Offenbar setzt die Bundeswehr weiter auf Eskalation und Aufstandsbekämpfung im klassischen Sinne, bei der alle Gegner der Besatzer oder reine Sympathisanten zu Taliban und damit zu militärischen Gegnern erklärt werden. Mit weiteren zivilen Opfern, (gewalttätigen) Demonstrationen und deren Niederschießungen wird also zu rechnen sein.

„Es gibt keine gerechten Kriege – aber notwendige“

Wolfgang Ischinger wird Honorarprofessor in Tübingen

von Jürgen Wagner

Ende letzten Jahres wurde Wolfgang Ischinger von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen zum Honorarprofessor berufen, seine Antrittsvorlesung wird am 11. Mai 2011 stattfinden. Ischinger gilt als „Top-Diplomat“ und als „Gesicht der deutschen Diplomatie“.¹ Er bekleidete über viele Jahre zahlreiche Spitzenpositionen, weshalb ihm der Ruf vorseilt, dass er „wie kaum ein anderer die deutsche Außenpolitik beeinflusst hat.“² Gegenwärtig ist Ischinger Leiter der jährlich stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz, das laut Financial Times „weltweit wichtigste Treffen von Außenpolitikern und Militärs.“³

Augenscheinlich wurde Ischinger mit der Honorarprofessur für seine „Verdienste“ als Praktiker belohnt, denn worin seine wissenschaftliche Qualifikation bestehen könnte, ist nicht ersichtlich. Er ist jedoch alles andere als „nur“ ein Diplomat. Er hat über viele Jahre hinweg nahezu jede Maßnahme zur „Normalisierung“ – sprich: Militarisierung – der deutschen (und europäischen) Außen- und Sicherheitspolitik begrüßt und teils auch aktiv vorangetrieben. Konsequenterweise legt er ein – milde formuliert – überaus unverkrampftes Verhältnis zur Anwendung militärischer Gewalt an den Tag: „Es gibt keine gerechten Kriege – aber notwendige“, so das Motto des Top-Politikers.⁴ Wie der folgende Überblick zeigen soll, ist Ischingers Berufung unvereinbar mit der Friedensverpflichtung, die die Universität Tübingen auf Druck der Studierenden 2010 in ihre Grundordnung aufnahm: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Befürworter völkerrechtswidriger Angriffskriege

Einer der wichtigsten „Meilensteine“ für die Neuausrichtung der Bundeswehr (und der NATO) auf globale Interventionskriege stellte der Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 dar. Wolfgang Ischinger gilt als einer der wichtigsten Architekten der westlichen Politik in dieser Zeit. So heißt es auf Wikipedia: „Er hat in mehreren Schlüsselpositionen des Auswärtigen Diensts mitgewirkt an der Formulierung und Gestaltung der deutschen Balkan-Politik, insbesondere in Bosnien und im Kosovo.“

Die Intervention wurde vonseiten der NATO, vor allem aber auch von deutschen Politikern mit schier unglaublichen Lügen vorbereitet und gerechtfertigt. Erinnert sei hier nur an das angebliche Massaker von Racak, den frei erfundenen Hufeisenplan oder die zahlreichen Völkermord- und Auschwitz-Vergleiche, die sich allesamt als nichtig herausgestellt haben.⁵ Selbst im Nachhinein ist von diesen bewussten Täuschungen der Öffentlichkeit in Ischingers Darstellungen nichts zu lesen. Vielmehr wurde und wird der Krieg von ihm als eine notwendige Maßnahme portraitiert, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, die in dieser Form nie stattgefunden hatte: „Nicht geopolitische Auseinandersetzungen um Macht, die Südosteuropa in der Vergangenheit so schwer zugesetzt hatten, waren die wichtigste

Priorität, sondern die Notwendigkeit, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Statt nationaler Interessen verfolgte die internationale Gemeinschaft das Ziel, grundlegende Rechtsnormen und Menschenrechtsfragen zu implementieren.“⁶

Selbst aus Reihen damaliger Entscheidungsträger wird jedoch inzwischen eingeräumt, dass für die

NATO-Kriegsentscheidung alles andere als altruistische Motive ausschlaggebend gewesen waren. So schreibt etwa Strobe Talbott, während des Jugoslawien-Krieges stellvertretender US-Außenminister: „Während die Länder überall in der Region ihre Volkswirtschaften zu reformieren, ethnische Spannungen abzubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken versuchten, schien Belgrad Freude daran zu haben, beständig in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Kein Wunder, dass die NATO und Jugoslawien schließlich auf Kollisionskurs gingen. *Der Widerstand Jugoslawiens gegen den umfassenden Trend zu politischen und wirtschaftlichen Reformen – und nicht die Bitte der Kosovo-Albaner – bietet die beste Erklärung für den Krieg der NATO.*“⁷

Es fällt schwer zu glauben, Ischinger hätte über die tatsächlichen Motive des Einsatzes keine Kenntnis gehabt, schließlich war er „in sämtliche Verhandlungen während der gesamten Krise wesentlich involviert.“⁸ Dennoch beharrt Wolfgang Ischinger darauf, menschenrechtliche Erwägungen hätten das Handeln der NATO bestimmt. Mehr noch: er verteidigt sogar, dass der damalige Krieg ohne Mandat der Vereinten Nationen und damit unter offenem Bruch des Völkerrechts durchgeführt wurde: „Die Kosovo-Krise zeigt aber, daß NATO-Friedenseinsätze im Ausnahmefall – etwa zur Abwendung einer humanitären Katastrophe – auch ohne ein solches Mandat möglich sein müssen.“⁹ Aus Ischingers Sicht hat sich die deutsche Beteiligung am NATO-Angriffskrieg jedenfalls ausgezahlt: „Deutschland ist aus diesem Krieg als Land hervorgegangen, dessen Stimme heute mehr Gewicht hat.“¹⁰

Wegbereiter für die Aufspaltung Serbiens

Im Anschluss an den NATO-Angriffskrieg wurde der Kosovo von der NATO-Truppe KFOR besetzt und damit die Souveränität Jugoslawiens (und seines späteren Rechtsnachfolgers Serbien) über seine Provinz faktisch außer Kraft gesetzt. Anschließend wurde zielstrebig begonnen, auf die Abspaltung des Kosovo hinzuwirken. Dies geschah in offener Verletzung der – bis heute gültigen – UN-Resolution 1244 vom Juni 1999, denn sie enthält eine „Bekräftigung des Bekenntnisses aller Mitgliedsstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Staaten der Region.“

Während Serbien (und u.a. auch Russland) in der Folgezeit auf die Einhaltung von Resolution 1244 pochte und eine Abspaltung des Kosovo strikt ablehnte, hatte die „internationale Gemeinschaft“ anderes im Sinn. Mit der „Lösung“ der Statusfrage wurde der Finne Martti Ahtisaari beauftragt, dessen Vorschläge am 2. Februar 2007 vorgelegt wurden. Eigentlich hätte der Plan die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigen sollen. Doch selbst die Europäische Union räumt offen ein, dass der Plan auf die Abspaltung des Kosovo hinauslief: „In Ahtisaaris Vorschlag kommt das Wort ‚Unabhängigkeit‘ nicht vor, gleichwohl sieht er Schritte vor, die einer eigenen Staatlichkeit des Kosovo gleichkommen.“¹¹

Nachdem u.a. Russland weiterhin die serbische Position unter-



Wolfgang Ischinger bei der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2011, Foto: Harald Dettenborn

stützte, konnte im UN-Sicherheitsrat keine Einigung über den Ahtisaari-Plan erzielt werden, weshalb die Verhandlungen in die nächste Runde gingen, in denen der Tübinger Honorarprofessor eine entscheidende Rolle spielte: „Von Juli bis Dezember 2007 vertrat Ischinger die Europäische Union in den sogenannten Troika-Verhandlungen (gemeinsam mit USA und Russland) mit Belgrad und Pristina über die Zukunft des Kosovo.“¹² Auch hier war die Verhandlungsposition der EU (wie auch der USA) eindeutig; die im Ahtisaari-Plan vorgesehene Aufspaltung Serbiens war von Anfang an beschlossene Sache und Ischinger war die Person, die dies auf internationalem Parkett durchsetzen sollte: „Ischinger soll die EU in den bevorstehenden Verhandlungen über den künftigen Status der serbischen Provinz vertreten. [...] Basis der Verhandlungen sind die Vorschläge des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari. Sie sehen vor, die serbische Provinz in eine Art international überwachte Unabhängigkeit zu entlassen.“¹³ Wenn das Ziel von „Verhandlungen“ jedoch bereits feststeht, so handelt es sich um nichts weniger als ein Diktat. Die Chance, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, wurde hierdurch - bewusst oder unbewusst, jedenfalls fahrlässig - verspielt: „Die Ansichten der Parteien seien zu kontrovers. Der EU-Repräsentant in der Troika, Wolfgang Ischinger, sagte, die Mediatoren hätten alles versucht: Er sähe keine andere Chance für eine einvernehmliche Lösung des Konflikts.“¹⁴

Angesichts des Scheiterns der Verhandlungen erklärte sich der Kosovo auf Grundlage des - weiterhin nicht rechtskräftigen - Ahtisaari-Plans im Februar 2008 für unabhängig. Daraufhin wurde die Provinz von nahezu allen Protagonisten des NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien anerkannt.¹⁵ Doch die überwiegende Mehrheit der UN-Mitglieder verweigert dem ohne serbische Zustimmung erfolgten Sezessionsversuch unter dem - vollkommen berechtigten - Verweis, er verstoße gegen das Völkerrecht, bis heute die Zustimmung. Im März 2011 hatten lediglich 75 von 192 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen den Kosovo anerkannt.

Angesichts der ungelösten Statusfrage beauftragte die UN-Generalversammlung den Internationalen Gerichtshof (IGH) bereits im Oktober 2008 mit Resolution 63/3 folgende Frage zu klären: „Ist die einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die Provisorischen Institutionen der Selbstverwaltung des Kosovo im Einklang mit dem Völkerrecht?“ Am 22. Juli 2010 verkün-

dete der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung, in der er sich leider in dieser wichtigen Frage im Wesentlichen für nicht zuständig erklärte. Dennoch wurde das Gutachten vom Westen in - wohl bewusster - Verkennung der eigentlichen Kernaussage als Placet für seine Zerschlagungspolitik auf dem Balkan (und darüber hinaus) gewertet. Wolfgang Ischinger machte hier keine Ausnahme, unmittelbar nach Veröffentlichung des Gutachtens gab er an: „Der Zug in die Unabhängigkeit des Kosovos ist schon lange aus dem Bahnhof gefahren. [...] Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat die Auffassung bestärkt, dass die Republik Kosovo ein eigenständiger Staat ist und bleibt.“¹⁶ Genau dies hat der IGH in seinem Gutachten aber nicht festgestellt.¹⁷

Zusammengefasst heißt das, die NATO führte gegen Jugoslawien aus geostrategischen Motiven einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der mit unglaublichen Lügen gerechtfertigt wurde und in einer ebenso völkerrechtswidrigen Zerschlagung Serbiens mündete. Mitglieder des sicherheitspolitischen Establishments lassen keine Zweifel an der Tragweite der Ereignisse, so stellt Lothar Rühl, ehemals Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, fest: „Was auf dem Balkan geschah, war ein Schritt über den Rubikon von der gemeinsamen Verteidigung des europäischen Bündnisgebietes zur gemeinsamen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates.“¹⁸ Ein wesentlicher Wegbereiter dieses Paradigmenwechsels war Honorarprofessor Wolfgang Ischinger, dem jedoch bis heute kein kritisches Wort zum eigenen Agieren über die Lippen kommt.

EU-Militarisierung und deutsche „Normalisierung“

Die Aufweichung des Verbots von Auslandseinsätzen der Bundeswehr gemäß Art. 87a Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes („Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“) und die damit einhergehende „Enttabuisierung des Militärischen“ bezeichnete Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder als den größten Erfolg seiner Amtszeit. Auch Wolfgang Ischinger zeigt sich zufrieden, dass in Deutschland wieder ein unbelasteteres Verhältnis zum Einsatz von Gewalt eingekehrt ist: „Als Nation haben wir wegen unserer Geschichte ein zwiespältiges Verhältnis zur militärischen Macht. Doch wenn man die Diskussion über das Militärische und den Einsatz deutscher Soldaten heute mit der Lage von vor zehn Jahren vergleicht, dann haben wir geradezu Lichtjahre

zurückgelegt. Allmählich wird die deutsche sicherheitspolitische Debatte auch erwachsen.¹⁹

Ganz wesentlich hierfür war der Angriffskrieg gegen Jugoslawien, mit dem aber nicht nur in Deutschland und der NATO die Weichen auf Kriegseinsätze gestellt wurden, sondern der auch der Wegbereiter für die Militarisierung der Europäischen Union war. Denn nicht zuletzt aufgrund heftiger Streitigkeiten mit den USA während des Angriffskrieges gegen Jugoslawien beschloss die Europäische Union im Juni 1999, eine eigene Interventionsarmee aufzubauen, die bei Meinungsverschiedenheiten ggf. auch unabhängig von der NATO (und damit den USA) eingesetzt werden kann. Schon einige Monate vorher wurde selbiges auch von Ischinger vehement gefordert: „Damit die europäischen Staaten ihrer Verantwortung gerecht werden können, muß die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) Wirklichkeit werden. [...] Die EU muß dazu auch die Fähigkeit für ein eigenständiges militärisches Krisenmanagement entwickeln, wann immer aus Sicht der EU ein Handlungsbedarf besteht und die nordamerikanischen Partner sich nicht beteiligen wollen oder können.“²⁰ Für den Aufbau einer schlagkräftigen EU-Truppe forderte der Honorarprofessor zudem bereits 1998 diverse Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie ein: „Wer ernsthaft über die Frage nachdenkt, wie man europäische außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken kann, der muß sich auch der Frage stellen, wie die europäische Rüstungspolitik dauerhaft auf eine wettbewerbsfähige Grundlage gestellt werden kann. [...] In Zusammenhang damit steht eine engagierte Politik zur Aufrechterhaltung und Förderung einer gemeinsamen europäischen Rüstungsindustrie als Rüstungsbasis.“²¹

Leider waren diese Forderungen nach einer Militarisierung der Europäischen Union überaus erfolgreich. Bereits im Dezember 1999 wurde das Kontingent der EU-Interventionstruppen präzisiert: bis zu 60.000 Soldaten (hierfür ist ein Pool von ca. 180.000 Soldaten erforderlich) sollten in einem Umkreis von 4.000 km rund um Brüssel eingesetzt werden können, hieß es damals. Erste Einsätze im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GSVP) sollten anschließend nicht lange auf sich warten lassen. Die ersten GSVP-Missionen, „Concordia“ in Mazedonien und „Artemis“ im Kongo, fanden bereits im Jahr 2003 statt. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 km von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung endgültig ad acta gelegt wurde; und zweitens agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen und damit unabhängig von den USA, indem Frankreich die operative Führung übernahm.

Heute, etwas mehr als zehn Jahre nachdem die Militarisierung der Europäischen Union richtig an Fahrt gewann, fanden bereits 28 solcher Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt, was Ischinger als einen Erfolg wertet, der aber lediglich eine Zwischenstation darstellt: „Den Startpunkt für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben wir schon erfreulich weit hinter uns gelassen. Wir sind noch lange nicht am Ziel – aber auf einem guten Wege.“²²

Menschenrechte vs. Geopolitik

Wolfgang Ischinger legt einen extrem opportunistischen Umgang mit menschenrechtlichen Fragen an den Tag, wie sich etwa im Rahmen der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz zeigte. Einerseits wurde der weißrussische Diktator Alexander Lukaschenko von den Veranstaltern eingeladen. Angeblich

sei der Schritt „als Reaktion auf die Unterdrückung der Opposition“ erfolgt.²³ Hintergrund hierfür dürften aber eher die gescheiterten Versuche der Europäischen Union gewesen sein, Weißrussland aus der russischen Einflusszone herauszulösen, wofür Lukaschenko mit seiner Ausladung die Quittung erhielt.

Andererseits lud Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel nahezu zeitgleich zur Ausladung Lukaschenkos ausgerechnet den äthiopischen Premierminister Meles Zenawi offiziell zur Teilnahme an der Sicherheitskonferenz ein. Obwohl „Human Rights Watch“ und zahlreiche weitere Gruppen Äthiopien massivste Verletzungen der Menschenrechte vorwerfen, schien dies in diesem Fall offensichtlich kein Hinderungsgrund zu sein, den Diktator Meles nach München einzuladen. Ausschlaggebend ist hierfür das westliche Interesse, Äthiopien als „Ordnungsmacht in Ostafrika“ zu stützen: „Weil Äthiopien für die westliche Kontrolle am Horn von Afrika und damit an der Zufahrt zum Roten Meer erhebliche Bedeutung besitzt, verpuffen Vorwürfe von Menschenrechtsorganisationen gegen die äthiopische Regierung wirkungslos. Addis Abeba wird [von Nichtregierungsorganisationen] bereits seit Jahren wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen scharf kritisiert.“²⁴ Ganz im Gegensatz zu dem in Ungnade gefallenen Lukaschenko sah Ischinger als Leiter der Sicherheitskonferenz im Falle Zenawis offensichtlich dennoch keine Notwendigkeit, den Diktator auszuladen. Generell scheut Ischinger also keineswegs vor einer engen Kooperation mit Diktatoren zurück – nützen muss sie halt: „Wir brauchen eine Doppelstrategie. Wenn man ganz darauf verzichten möchte, mit Diktaturen oder autoritären Regimen Beziehungen zu haben und Handel zu treiben, wären wir von etwa der Hälfte der Welt abgeschnitten.“²⁵

Lichtblicke? Global Zero und Russland

Auch wenn Wolfgang Ischinger zu den lautstärkeren und einflussreicheren Fürsprechern einer Militarisierung Deutschlands und der Europäischen Union gehört, soll hier nicht unterschlagen werden, dass es vor allem zwei Bereiche gibt, in denen er sicher nicht zu den Hardlinern zu zählen ist. Einmal ist hier sein Engagement für nukleare Abrüstung zu nennen: „Ich bin der tiefsten Überzeugung“, so Ischinger, „dass Fragen der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung von größter Dringlichkeit sind. [...] Wir [werden] in eine Krise geraten, wenn nicht das Versprechen der Nuklearstaaten aus dem Nichtverbreitungsvertrag, sich aktiv um weltweite Abrüstung zu kümmern, eingelöst wird.“²⁶

Auf Initiative Ischingers wird nukleare Abrüstung auch auf der Sicherheitskonferenz in den letzten Jahren stärker thematisiert, was sicherlich vorbehaltlos zu begrüßen ist. Allerdings ist es schon etwas verdächtig, dass das Thema „nukleare Abrüstung“ genau zu dem Zeitpunkt auf die Agenda gehievt wurde, zu dem aufstrebende Schwellenländer verstärkte Bestrebungen zeigen, eigene Atomwaffenkapazitäten aufzubauen und hierdurch die konventionelle Dominanz des Westens in Frage gestellt zu werden droht. Darüber hinaus ist die im Dezember 2008 gegründete „Global-Zero-Initiative“, die eine Abrüstung sämtlicher Nuklearwaffen zum Ziel hat und deren Erklärung auch von Wolfgang Ischinger unterzeichnet wurde, bedauerlicherweise extrem zahnlos. Sie versäumt es geflissentlich, auf die Ursachen hinzuweisen, die weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen im Wege stehen. Auch auf der Sicherheitskonferenz werden diese Hürden stets bewusst ausgeblendet: „Die entscheidenden Hindernisse, die jede wirklich substantielle Atom-Abrüstung bis hin zu einer globalen Null-Lösung blockieren, kamen gar nicht erst

zur Sprache. Diese Haupthindernisse sind:

1. Der Aufbau der US-amerikanischen Raketenabwehr. Zu Recht sehen Russland und China darin den Versuch der USA, die Fähigkeit zum Erstschlag zu erlangen.
2. Ist das die ganz offen verkündete Androhung militärischer Gewalt inklusive des Ersteinsatzes von Atomwaffen von Seiten der USA und NATO, und
3. Hindernis, ist die globale militärische Überlegenheit der USA und NATO im sogenannten ‚konventionellen‘ Rüstungssektor. Solange diese militärische Dominanz existiert, werden konkurrierende Staaten wie Russland und China niemals auf ihr letztes Mittel der Abschreckung verzichten.²⁷

Ein zweiter Bereich, in dem sich Ischinger (etwas) positiv abhebt, ist der Umgang mit Russland. Im Gegensatz zu manch anderen Vertretern des sicherheitspolitischen Establishments verzichtet er weitgehend auf heftiges Säbelrasseln und tritt für ein kooperatives Verhältnis ein. Auch hier hat aber für Ischinger alles seine Grenzen, wie an seiner Position zum „Euroatlantischen Sicherheitsvertrag“ ersichtlich ist, der vom russischen Präsidenten Dimitri Medwedew im Juni 2008 vorgeschlagen wurde.²⁸ Mit ihm versucht Moskau Mitentscheidungsmöglichkeiten gegenüber der teils als feindlich empfundenen NATO-Politik – zunehmende Interventionen, Verschieben des Militärblocks an die russischen Grenzen, Raketenabwehr etc. – zu erhalten.

Ein substanzielles russisches Mitspracherecht ist jedoch für westliche Spitzenpolitiker undenkbar, auch Ischinger macht hier keine Ausnahme: „Der russische Vorschlag verdient eine aufrichtige Antwort. [...] Sich intensiv mit den Vorschlägen Präsident Medwedews auseinander zu setzen, bedeutet jedoch nicht, die russische Initiative und ihre Zielsetzungen nicht kritisch zu hinterfragen. Manche Aspekte des vorliegenden Entwurfs verdienen Unterstützung. Andere hingegen sind inakzeptabel oder bedürfen umfassender Überarbeitung. Genau dies ist die Aufgabe von Gesprächen und Verhandlungen. [...] Zielt das in Richtung eines weitreichenden russischen Vetorechts?“²⁹ Offensichtlich wollen die NATO-Staaten Moskau auch künftig keinerlei Mitspracherechte, insbesondere gegenüber Militärinterventionen einräumen und nehmen auch weiterhin für sich das „Recht“ in Anspruch, selbst ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates, in dem Russland ein Vetorecht hat, gewaltsam zu intervenieren. Auf dieser Basis ist mit einer substanziellen Entspannung ungeachtet aller wohlfeilen Lippenbekenntnisse aber kaum zu rechnen. Wer ein kooperatives Verhältnis anstrebt, kann nicht gleichzeitig für sich in Anspruch nehmen, Interessen vollkommen einseitig und ohne Rücksicht auf den Gegenüber durchsetzen zu wollen.

Kriegsbefürworter: Libyen und Afghanistan

Die Aufgeschlossenheit Wolfgang Ischingers gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt zeigt sich insbesondere anhand zweier aktueller Interventionen. Im Falle des NATO-Krieges in Afghanistan, an dem sich auch Deutschland mit gegenwärtig etwa 4.800 Soldaten beteiligt, plädierte Ischinger mit folgender Begründung für eine Aufstockung der deutschen Truppen: „Um Kundus zurückzugewinnen, müssen die militärischen Kräfte deutlich verstärkt werden. Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten keine nachhaltige Anstrengung machen, wird allenfalls eine großangelegte Intervention amerikanischer Truppen die Lage im Norden beruhigen können. Die Folgen hiervon wären ein Reputationsverlust Deutschlands in der Nato, die weitere Amerikanisierung der gesamten Isaf-Operation und ein faktischer Verlust der deutschen Rolle im Norden. Mit anderen Worten: ein Debakel.“³⁰

Auch von einem „übereilten Abzug“ will Ischinger trotz der dramatischen Eskalation des Krieges nichts wissen. Zuletzt sprach er sich im Januar 2011 vehement hiergegen aus, obwohl wenig darauf hindeutet, dass sich die Situation im Land mit dem fortgesetzten Kämpfen und Töten verbessert, im Gegenteil: „Ischinger äußerte sich erneut kritisch zu einer frühzeitigen Festlegung auf einen Abzugstermin der Bundeswehr aus Afghanistan. Nötig sei eine klare Übergabestrategie, aber Abzugsszenarien sollten nicht publiziert werden. ‚Es wäre eine Gratis-Einladung für die Taliban, wenn wir ihnen ‚sozusagen per Einschreiben mitteilen, wann wir welchen Standort verlassen.‘ Zudem könnten nicht ‚innenpolitische Opportunitätsüberlegungen‘ für Rückzugspläne ausschlaggebend sein, sondern allein die Lage in Afghanistan selbst.“³¹

Anstatt für einen Abzug zu plädieren, will Ischinger lieber die „Enttabuisierung des Militärischen“ vorantreiben, indem die Bevölkerung für die Folgen von Kriegen desensibilisiert wird: „Wenige Wochen vor der internationalen Afghanistan-Konferenz wächst in der schwarz-gelben Koalition die Bereitschaft, rasch eine Abzugsstrategie für die Bundeswehr zu entwickeln. Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, forderte mit Blick auf den Einsatz am Hindukusch: ‚Wir müssen über das Töten sprechen. [...] Der Bevölkerung sind das Bundestagsmandat und die Konsequenzen bisher nicht hinreichend erläutert worden. [...] Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen – oder zumindest so zu bedrohen, dass diese es als glaubwürdig betrachten, umgebracht zu werden, wenn sie nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Das ist der Zweck. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken. [...] Wir bauen weniger Brunnen und müssen leider mehr schießen. Diese Diskussion muss man jetzt führen.“³²

Auch im aktuellen Krieg gegen Libyen steht Ischinger fest an der Seite der kriegführenden Länder, also vor allem von Großbritannien und Frankreich, obwohl sich die Bundesregierung in diesem Fall zurückhaltender als gewöhnlich zeigt.³³ Der Krieg erfolgt gegenwärtig auf Basis der UN-Resolution 1973 vom 17. März 2011, die aber ausschließlich Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung legitimiert. Dennoch wird das Mandat gegenwärtig von den kriegführenden NATO-Staaten – sehr zum Ärger etwa Russlands und Chinas – zu einem Freibrief für einen militärischen Regimewechsel uminterpretiert, ohne dass hierfür die leiseste rechtliche Grundlage bestünde.³⁴ Ischinger begrüßt dies ganz offensichtlich: „Es liegt im Interesse aller Beteiligten, dass der militärische Konflikt möglichst rasch zu Ende geht. Unter diesen Umständen halte ich es für richtig, dass die beteiligten Staaten ihr Mandat breit auslegen. Es muss jetzt das Ziel sein, die Sache zur Entscheidung zu bringen. Mit jedem Monat wächst der Spalt in der Internationalen Gemeinschaft und vor allem in der Arabischen Liga.“³⁵

Sogar die deutsche Nicht-Beteiligung an den Kampfhandlungen wird von Ischinger mehr oder weniger offen kritisiert: „Die Sache darf jetzt nicht schiefgehen – selbst die militärisch im Abseits stehenden Deutschen müssen ein eminentes Interesse am möglichst raschen Erfolg der Intervention in Libyen haben. Nicht nur im Interesse des arabischen Frühlings, sondern im Interesse Europas.“³⁶ Berlin solle sich an der EU-Mission „EUFOR Libyen“ beteiligen, so Ischinger, denn man könne „dadurch wieder stärker vorne mitspielen.“³⁷ Bei „EUFOR Libyen“ handelt es sich laut Mandat um „eine Militäroperation [...] zur Unterstützung der humanitären Hilfe in der Region.“ Vorgesehen ist dabei ein Einsatz der EU-Kampftruppe (Battle group), an dem sich auch Deutschland beteiligen will. Hier-

durch soll augenscheinlich der Weg für einen Bodenkrieg geebnet werden, wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat bestätigt: „Wenn man Bodentruppen zum Schutz humanitärer Konvois einsetzt, dann ist es bloß noch ein kleiner Schritt, bis man tatsächlich in Kampfhandlungen verwickelt ist.“ Die Bundeswehr könne dadurch in eine Situation geraten, „in der man richtig Krieg führt.“³⁸

Insbesondere auch angesichts seiner humanitär begründeten Befürwortung des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien, sind Ischingers Kriterien, wann der Einsatz von Gewalt auf dem internationalen Parkett erforderlich sei, überaus aufschlussreich. In seiner Antwort auf die Frage, ob die NATO nicht zu einer Art Weltpolizei zu werden drohe, wenn sie, wie nun in Libyen – angeblich – zum Schutz der Menschenrechte überall eingesetzt würde, benannte er folgenden Kriterienkatalog für westliche Militäreinsätze: „Wir sollten nach diesen Überlegungen, nach diesen neuen völkerrechtlichen Grundsätzen dort eingreifen, wo wir a) dies können und wo das Eingreifen b) mit unseren eigenen nationalen Interessen in Einklang zu bringen ist. Das ist aus der Sicht der NATO-Partner, jedenfalls der großen Mehrheit der NATO-Partner in diesem Fall [Libyen] tatsächlich der Fall gewesen.“³⁹

Dubioses Diplomatieverständnis: Und bist Du nicht willig...

Im Sommersemester wird Wolfgang Ischinger sein erstes Seminar „Internationale Krisendiplomatie“ an der Universität Tübingen abhalten: „Ziel ist es, die Teilnehmer mit praktischer Krisendiplomatie vertraut zu machen und die Schwierigkeiten und Bedingungen einer erfolgreichen Krisendiplomatie durch Dritte zu erhellen.“⁴⁰ Allerdings legt Wolfgang Ischinger ein ganz spezielles Verständnis von Krisendiplomatie an den Tag. Es sei zwar wichtig, auf das gesamte Arsenal ziviler Mittel zurückzugreifen, um Resultate zu erzielen: „Aber [...] wichtig ist es

auch, nicht zu vergessen, dass ohne die Fähigkeit zur Drohung oder die Fähigkeit zur Anwendung militärischer Macht manchmal eben gar nichts geht. Ich bedaure sehr, dass wir in der Entwicklung der globalen Ordnung nicht schon einen Schritt weiter sind und auf militärischen Druck und militärische Macht gänzlich verzichten können. Die Welt ist aber eben nicht nur gut.“⁴¹

Aus dem vorhergegangenen Überblick sollte deutlich geworden sein, dass Wolfgang Ischinger unzweifelhaft ein Befürworter einer immer mehr auf militärische „Lösungen“ setzenden Außen- und Sicherheitspolitik ist. Seine Ernennung zum Honorarprofessor verstößt demzufolge gegen die Tübinger Zivilklausel, es sei denn, man glaubt unkritisch Ischingers eigenen Angaben: „Ich nehme für mich in Anspruch, dass wir ohnehin nichts anderes wollen als Frieden.“⁴² Die Aufgabe der Universität ist es jedoch, sich kritisch mit der Politik auseinanderzusetzen, nicht als deren Lautsprecher zu agieren.

Anmerkungen

- 1 Wolfgang Ischinger: Das Gesicht der deutschen Diplomatie, Handelsblatt, 07.04.2006.
- 2 Wolfgang Ischinger - ein Diplomat wird 65, WDR 5 Redezeit: Sendung vom 06.04.2011.
- 3 Interview zur Sicherheits-Konferenz: Das ist kein Kaffeekränzchen: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/263866>; Ischinger selbst beschrieb die Bedeutung der Konferenz mit folgenden Worten: „Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das für die internationale Sicherheitspolitik, was Kreuth für die CSU ist.“ (Ischinger, Wolfgang: „Europa steht vor tektonischen Verschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge“, in: Europäische Sicherheit, 2/2011).
- 4 Ischinger, Wolfgang: Es gibt keine gerechten Kriege – aber notwendige, in: Cicero, Mai 2011.
- 5 Seinerzeit war die westliche Intervention ganz wesentlich mit einem angeblich von jugoslawischer Seite gegenüber der kosovarischen Bevölkerung verübten Völkermord begründet worden, obwohl lediglich fünf Tage vor deren Beginn in einer Lageanalyse des Auswärtigen Amtes festgehalten wurde, die Zivilbevölkerung werde in der Regel „vor einem drohenden Angriff durch die VJ gewarnt“. Allerdings

Georgien: Brüssels doppelte Standards

Manchmal stockt einem der Atem, wie dreist und unverschämt Brüsseler Spitzenpolitiker auf dem internationalen Parkett agieren. Jüngstes Beispiel hierfür ist ein Statement der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton. Sie übte scharfe Kritik am russischen Außenminister Sergej Lawrow, der am 25. und 26. April 2011 den beiden abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien einen Besuch abstattete, ohne vorher die Zustimmung der georgischen Behörden einzuholen. In einem Statement kritisierte die EU-Außenbeauftragte: „Die EU ist der Auffassung, dass diese Besuche nicht mit dem Prinzip der territorialen Integrität vereinbar sind. Die Europäische Union erneuert ihre Unterstützung für die georgische Souveränität und territoriale Integrität und unterstreicht die Bedeutung einer friedlichen Lösung der Konflikte unter voller Beachtung der territorialen Integrität Georgiens innerhalb

seiner international anerkannten Grenzen.“

Soviel Engagement hätte man sich vonseiten der Europäischen Union für die territoriale Integrität und Souveränität Serbiens oder etwa des Sudans gewünscht; doch dort erforderte die Durchsetzung europäischer Interessen die Teilung dieser Länder. Zynisch ist auch die Kritik, der russische Außenminister hätte vor seinem Besuch das Placet der georgischen Regierung einholen sollen, es liegen schließlich keine Erkenntnisse vor, dass Brüssel in Belgrad oder in Karthum um Erlaubnis nachgefragt hätte, bevor zielstrebig die Parzellierung beider Länder in Angriff genommen wurde.

Die territoriale Integrität und Souveränität anderer Länder ist der Europäischen Union keinen Pfifferling Wert, zumindest dann nicht, wenn sie den eigenen Machtambitionen im Wege stehen. Deren Verletzung anderen Ländern vorzuwerfen,

ohne vor der eigenen Haustüre zu kehren, ist mehr als scheinheilig. Der Leitspruch der Europäischen Union lautet offensichtlich „was für andere gilt, gilt noch lange nicht für uns“. Offensichtlich setzt die Europäische Union immer konsequenter das Konzept des EU-Toppolitikers Robert Cooper um, der hierfür den Begriff der „doppelten Standards“ prägte: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. [...] Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“ Vor diesem Hintergrund sind Ashtons Aussagen kein Wunder, denn Cooper ist kürzlich in eine führende Position im neuen Europäischen Auswärtigen Dienst berufen worden; schließlich ist Catherine Ashton Chefin der neuen EU-Superbehörde.

Jürgen Wagner

- werde „die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK-Kommandeure unterbunden“. Weiter hieß es: „Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen.“ (Lutz, Dieter S.: „Krieg nach Gefühl“ - Manipulation: Neue Zweifel am Nato-Einsatz im Kosovo, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.2000). Vgl. zu den Kriegslügen u.a. Hofbauer, Hannes (Hg.): Balkankrieg, Wien 2001; Loquai, Heinz: Weichenstellungen für einen Krieg: internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt, Baden-Baden 2003.
- 6 Ischinger, Wolfgang: Kosovo: Germany Considers the Past and Looks to the Future, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hg.): The Legacy of Kosovo: German Politics and the Politics in the Balkans, German Issues 22/2000, S. 27-50, S. 27.
 - 7 Zit. bei Klein Naomi: Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt 2009, S. 457f. Hervorhebung JW. Auch Willy Wimmer, bis 1992 Staatssekretär im Verteidigungsministerium, führt an, ähnliche Motive seien bei einer Konferenz in Bratislava im April 2000 von amerikanischen NATO-Vertretern geäußert worden: „der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren [womit Jugoslawien dem sowjetischen Einflussbereich zufiel]. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen [...] Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.“ (zit. bei Rupp, Rainer: Die imperialen Absichten der USA auf dem Balkan, in: junge Welt, 23.06.2001).
 - 8 Friedrich 2000, S. vii.
 - 9 Ischinger, Wolfgang: Stabilität und Frieden in ganz Europa. Die NATO unterstützt die kooperative Sicherheit, in: Informationen für die Truppe 3/1999, S. 24-33, S. 28.
 - 10 Ischinger, Wolfgang: Keine Sommerpause der deutschen Außenpolitik. Zwischenbilanz nach dem Kosovo-Krieg in: Internationale Politik 10/99, S. 59-65, S. 59.
 - 11 Reaktionen auf den Ahtisaari-Plan: Europa-Parlamentarier und die Zukunft des Kosovo, 6. Dezember 2007: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20070209STO02968+0+DOC+XML+V0//DE>
 - 12 Wikipedia-Eintrag: Wolfgang Ischinger.
 - 13 Neuer Kosovo-Unterhändler: EU ernannt Ischinger, n-tv, 29.07.2007: <http://www.n-tv.de/politik/EU-ernennt-Ischinger-article224265.html>
 - 14 Keil, Sören: Westlicher Balkan: Auf dem Weg in die Europäische Union? 05.12.2007: http://www.theeuros.eu/spip.php?page=forum&id_article=1084&id_forum=899&lang=de
 - 15 Zu den Erstanerkennern zählten die USA, Deutschland, aber auch ausgerechnet Afghanistan.
 - 16 Ischinger, Wolfgang / Rolofs, Oliver: Kosovo: EU muss jetzt Führungsstärke zeigen, Monthly Mind, August 2010.
 - 17 Vgl. ausführlich zum IGH-Gutachten Wagner, Jürgen: Willkür statt Völkerrecht: Das IGH-Gutachten zum Kosovo droht eine neue Ära der Sezessionskriege einzuleiten, IMI-Studie 2011/09: <http://www.imi-online.de/2011.php?id=2293>
 - 18 Rühl, Lothar: Die NATO und ethnische Konflikte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2001.
 - 19 „Wir haben eine fast historische Chance“, Süddeutsche Zeitung, 04.02.2009.
 - 20 Ischinger: Stabilität und Frieden (1999), S. 25; 33. Hervorhebung JW.
 - 21 Ischinger, Wolfgang: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam - Praxis und Perspektiven, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Discussion Paper C 14/1998, S. 6; 11.
 - 22 „Wir brauchen eine europäische Armee“, Im Gespräch mit Wolfgang Ischinger, The European, 04.05.2010: <http://www.theeuropean.de/wolfgang-ischinger/3017-sicherheitspolitik>
 - 23 Weißrussland von Münchner Sicherheitstreffen eingeladen, AFP, 18.01.2011.
 - 24 German-Foreign-Policy.com, 17.01.2011.
 - 25 Völkerrechtler Ischinger im Interview: „Ich warne vor unmittelbarer Einmischung“, Frankfurter Rundschau, 11.02.2011.
 - 26 Interview im Magazin FreiRaum: „Fragen der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung von größter Dringlichkeit“, 05.09.2009: <http://www.securityconference.de/Top-News-Detail.55+M5ff91f032fe.0.html>
 - 27 Nato-Propaganda und Säbelrasseln auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“. Eine Nachbetrachtung von Claus Schreer: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2010-schreer.html>
 - 28 Zwar wurden kurz darauf bereits erste Inhalte bekannt, detailliert wurde der Vertrag jedoch erst Ende November 2009 veröffentlicht (European Security Treaty, November 29, 2009 (unofficial translation): <http://eng.kremlin.ru/text/docs/2009/11/223072.shtml>)
 - 29 Ischinger, Wolfgang: Keine Angst vor Medwedew! Monthly Mind, Dezember 2009.
 - 30 Ischinger, Wolfgang/Noetzel, Timo: Afghanistan darf nicht scheitern, Monthly Mind, Oktober 2009.
 - 31 Diese Top-Politiker kommen zur Siko, merkur-online, 07.01.2011.
 - 32 Koalition will schnell eine Abzugsstrategie schmieden, Handelsblatt, 03.01.2010.
 - 33 Zwar leistet Deutschland auf die eine und andere Art eine indirekte Kriegsunterstützung, nichtsdestotrotz ist die Ablehnung einer direkten Kriegsbeteiligung auffällig.
 - 34 Vgl. zu den völkerrechtlichen Aspekten des Libyen-Krieges: Haid, Michael: Die Resolution 1973 (2011) des UN-Sicherheitsrates. Perilschein für Interventionen in Bürgerkriege? in: Ausdruck (April 2011).
 - 35 „Der arabische Frühling wird weiter blühen“, Der Standard, 04.05.2011.
 - 36 Ischinger: Es gibt keine gerechten Kriege (2011).
 - 37 Ebd.
 - 38 Lösing, Sabine: Doppelte Standards – Libyen und Bahrain, junge Welt, 30.04.2011.
 - 39 „Wir wollen keine Weltpolizei“, Deutschlandradio, 18.04.2011: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1438134/
 - 40 Vorlesungsverzeichnis SoSe 2011: <http://campus.verwaltung.uni-tuebingen.de/lsfpublic/rds?state=verpublish&status=init&vmfile=no&publishid=61786&moduleCall=webInfo&publishConfFile=webInfo&publishSubDir=veranstaltung>
 - 41 The European, 04.05.2010.
 - 42 Die Angst vor dem Feigenblatt, Sonntaz, 30.01.2010.

Militainment.info

Informationen über die Darstellung des Militärs in Kino, Fernsehen und Videospiel



„Wann ist Krieg erlaubt?“

Anmerkungen zu skandalösen Schulmaterialien

von Michael Haid

Mit der Frage „Wann ist Krieg erlaubt?“ beginnt der letzte Abschnitt im Arbeitsblatt für den Monat Mai des Internetangebots »Frieden & Sicherheit – Infos für die Schule« mit dem Titel „Der Aufstand in Libyen“. Am Beispiel des dortigen aktuellen Kriegs werden sieben Situationen beschrieben, anhand derer diskutiert und begründet werden soll, so der Arbeitsauftrag des Blattes, ob und wann ein kriegerisches Eingreifen eines Staates in das Hoheitsgebiet eines anderen als letztes Mittel erlaubt sein könnte. Nun müsste es eigentlich völlig unstrittig sein, die Frage der Legitimität von Kriegen einfach mit niemals zu beantworten. Insbesondere ist es im höchsten Maße besorgniserregend, dass Lehrer diese Materialien massenhaft für ihren Unterricht verwenden und so den Schülern vermitteln, in dieser Frage gäbe es Diskussionspielraum. Im Wesentlichen begründet der Beitrag, dass dieses Arbeitsmaterial eine suggestive Wirkung hinsichtlich des Verständnisses von Legalität und Legitimität eines Krieges für Schüler haben könnte, da es beispielsweise mit keinem Wort das Kriegsverbot der UN-Charta und die generelle internationale Ächtung von Kriegen erwähnt.

Das Medienpaket »Frieden & Sicherheit« besteht aus einem Schülermagazin, einer Lehrerhandreichung und einer Internetplattform, die laut ihres dortigen Auftritts für Lehrende und Lernende konzipiert ist. Dort kann die Lehrerschaft zudem didaktische und methodische Hinweise für die Unterrichtsgestaltung erhalten. Das Onlineportal bietet explizit für Lehrkräfte zur Verwendung im Unterricht Arbeitsblätter und Übungsmaterialien zu außen- und sicherheitspolitischen Themen zum kostenlosen Download oder zur postalischen Verschickung an. So richtet sich das Blatt zu Libyen an die Schüler der Jahrgangsstufen 9 bis 12/13 für die Fächer Politik, Geschichte, Erdkunde und Sozial- und Gemeinschaftskunde. Problematisch an diesem Angebot ist ihre offensichtliche mangelnde Objektivität in der Vermittlung von Wissensinhalten. Denn Herausgeberin von »Frieden & Sicherheit« ist die »Stiftung Jugend und Bildung« in Berlin, welche eng mit der FDP verknüpft ist und die Unterrichtsmaterialien unter der alleinigen fachlichen Beratung des Bundesministeriums der Verteidigung erstellen lässt. Eine fachliche und parteipolitische Unabhängigkeit, wie sie für die Unterrichtsgestaltung als selbstverständlich vorausgesetzt werden sollte, scheint kaum gewährleistet zu sein.

Die Konzeption des Arbeitsblattes

Im Folgenden sind die sieben Situationen des Arbeitsblattes aufgeführt, über die die Schüler zur Frage, ob und wann Krieg erlaubt sein könnte, diskutieren sollen.

- Wenn ein Staat das eigene oder ein verbündetes Land mit Waffen angreift oder versucht, es zu besetzen.
- Bei Völkermord: Wenn in einem Staat Menschen, die zu bestimmten Bevölkerungsgruppen gehören, verfolgt und getötet werden.
- Bei Vertreibung: Wenn aus einem Staat Menschen, zum Beispiel aus ethnischen Gründen, vertrieben werden.
- Bei Unterdrückung: Wenn in einem Staat Menschenrechte, zum Beispiel aus politischen Gründen, massiv verletzt werden.

- Bei Terrorismus: Wenn ein Staat Terroranschläge in anderen Ländern initiiert oder unterstützt.
- Bei einer massiven Notlage: Wenn zum Beispiel in einem Staat infolge eines Bürgerkriegs eine Hungersnot entsteht.

• Bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Wenn ein Staat systematisch Mord, ethnische Ausrottung, Versklavung, Deportation der Zivilbevölkerung betreibt oder die Zivilbevölkerung aus rassistischen, politischen und religiösen Motiven verfolgt.

Auffallend an der Konzeption des Arbeitsblattes ist das Fehlen jeglicher Hinweise auf das grundsätzliche Gewalt- und Interventionsverbot in den zwischenstaatlichen Beziehungen als Verletzung des völkerrechtlichen Prinzips der staatlichen Souveränität sowie auf die Ächtung von Krieg im Allgemeinen. Diese Prinzipien kommen in vielen völkerrechtlichen Abkommen und auch staatlichen Verfassungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Abkehr von der Annahme eines freien Kriegsführungsrechts der Staaten zum Ausdruck. Kerngehalt des UN-Kriegsverhütungsrechts ist die Souveränität eines jeden Staates, die durch das Verbot der grenzüberschreitenden Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt (Artikel 2 Abs. 4 UN-Charta) und durch das völkergewohnheitsrechtlich anerkannte Interventionsverbot (die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates unterhalb der Kriegsschwelle durch Kommandoaktionen, Sabotage, Unterstützung bewaffneter Oppositioneller etc.) besonders geschützt ist. Von diesem Grundsatz gibt es lediglich zwei eng gefasste Ausnahmen:

(1) das individuelle und kollektive Selbstverteidigungsrecht im Falle eines bewaffneten Angriffs durch einen anderen Staat (Artikel 51 UN-Charta), das als erste Situation sogar im Arbeitsblatt umschrieben ist; mit Verweis auf die fünfte Situation muss klargestellt werden, dass der »Internationale Gerichtshof« (IGH) eine Auslösung des Selbstverteidigungsrechts durch substaatliche Akteure wie Terroristen ausdrücklich verneint und

(2) ein Mandat des UN-Sicherheitsrats nach der Feststellung einer Bedrohung oder eines Bruchs des Friedens oder einer Angriffshandlung durch einen anderen Staat (Artikel 39 und 42 der UN-Charta).

Eine entsprechende Darstellung dieser Grundsätze ist für eine seriöse Besprechung dieses Themas im Unterricht unabdingbar. Insbesondere hätte zu einer sachgerechten Wiedergabe diesbezüglicher gesellschaftlicher Debatten und rechtlicher Entwicklungen im Unterricht durch eine entsprechende Gestaltung der Materialien thematisiert werden müssen, dass seit über zehn Jahren eine Tendenz zur Erosion des Kriegsverhütungsrechts unübersehbar vorhanden ist, da beide Ausnahmeregelungen von kriegswilligen Staatsführungen selektiv eingesetzt, massiv missbraucht und zur Rechtfertigung von Kriegen herangezogen werden, die Wortlaut und Intention der UN-Charta eben gerade verhindern will bzw. auf ein Minimum an Gewaltanwendung beschränken möchte. Darauf wurde aber bei der Erstellung des Arbeitsblattes verzichtet. Hingegen werden allein die oben aufgeführten Situationen vorgestellt, die zumeist innerstaatliche Verbrechen beschreiben. Auf diese Weise wird den Schülern suggeriert, die ihnen vorgelegten Fälle könnten völkerrechtlich anerkannte Rechtfertigungen für militärisches Eingreifen sein. Solch abscheuliche Taten stellen unzweifelhaft (völker-) strafrechtliche Delikte dar. Das Recht fremder Staatsführungen in dem betroffenen Land Krieg zu führen, wird dadurch aber sicherlich nicht begründet. Genau dies zu suggerieren, scheint die Absicht zu sein, was den Schülern durch die Konzeption des Arbeitsblattes vermittelt werden soll.

Europas Geheimdienst: Das Joint Situation Centre

von Tim Schumacher

Anfang des Jahres 2010 wurde Haiti von einem gewaltigen Erbeben getroffen und dabei schwer zerstört. Unzählige Menschen starben und der fehlende Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen war für viele Menschen in dem Karibikstaat ein existenzielles Problem. Als sicherheitspolitische Vorhut der Europäischen Union landete kurz nach dem Erbeben, am 18.01.2010, ein Team des „EU Joint Situation Center“ (EU SitCen) auf der Insel und begann sofort mit seiner Arbeit (siehe „Operatives Einsatzgebiet des SitCen: Haiti“). Das SitCen (Lagezentrum) ist eine Einrichtung, die, obwohl die EU offiziell nicht über einen Geheimdienst verfügt, wichtige geheimdienstliche Aufgaben auf europäischer Ebene wahrnimmt. Das Lagezentrum arbeitet zudem fernab jeglicher demokratischen Kontrolle, weshalb das Europäische Parlament 2010 eine Studie in Auftrag gab, um zu ermitteln, wie das SitCen besser überwacht werden kann. In der Ausschreibung hieß es, das Lagezentrum habe „das Potenzial, zu einem vollwertigen Geheimdienst zu wachsen“ (Wettach/Krumrey 2010).

In Haiti war das Lagezentrum mit der Aufgabe betraut, Informationen zusammenzutragen, die einzelnen Akteure vor Ort zu vernetzen und selbst eine Mission zu leiten. Neben seinen operativen Kapazitäten kommt dem SitCen eine zentrale Rolle bei der Bestimmung der europäischen Bedrohungsanalyse zu.

Neubestimmung der Bedrohungsanalyse

Die hegemoniale Bedrohungsanalyse und die eng damit verbundene Sicherheitsstrategie hatten sich seit den 1990er Jahren drastisch geändert. Zu der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre kam der Fall der Mauer und die Auflösung der UdSSR. Während des Kalten Krieges wurden die Länder des Warschauer Paktes als vorrangigste Bedrohung wahrgenommen, die die transatlantische Allianz einte und eine enge geheimdienstliche Kooperation ermöglichte (Heinrich 2006: 138f).

Die Liste der heutigen Bedrohungen wird von einem Punkt angeführt, der in aller Munde zu sein scheint: Laut Bundesamt für Verfassungsschutz hat der „internationale islamistische Terrorismus (...) sich zu einer der größten Bedrohungen für die internationale Staatengemeinschaft und auch für die innere Sicherheit Deutschlands“ (Engelke 2008:31) entwickelt. Doch die Liste der Bedrohungen ist noch länger: „illegale Migration, cyber crime, organisiertes Verbrechen und Klimawandel“ wurden hinzugefügt (Shapcott 2008:26). Im Koalitionsvertrag der CDU-CSU-FDP Regierung werden neben den bisher genannten noch „Piraterie, [fehlende] Nahrungsmittel und Ressourcensicherheit sowie Seuchen und Krankheiten“ aufgeführt.¹

Die Gemeinsamkeit aller Punkte besteht darin, dass sie transnational und nicht mehr eindeutig lokalisierbar sind. Mit dieser Internationalisierung der Bedrohung und der Sicherheitspolitik geht einher, dass die bisherigen Grenzen zwischen Innenpolitik und Außenpolitik immer weiter verwischen. Daher vermischen sich die Aufgabenbereiche von Polizei, Militär und Geheimdiensten; eine Militarisierung der Polizeien ist vorprogrammiert. Außerdem kann es immer weniger um die rein militärische

Übermacht über den Feind gehen. Denn die neuen Feinde beschränken sich nicht mehr auf ein geschlossenes Territorium und sind nur sehr schwer von der zivilen Bevölkerung zu unterscheiden. Die Bevölkerung erscheint aus dieser Perspektive als Risikofaktor, der kontrolliert werden muss (Zelik 2009:428).

Transnationale Bedrohungen können nur sehr begrenzt von einzelnen Staaten bearbeitet werden (House of Lords 2010:2). Daher wird die Kooperation, gerade im Feld der Sicherheitspolitik, intensiviert und die Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei und Militär vorangetrieben (Shapcott 2008:27). Gerade der „Terrorismuskurs“ und der daran anschließende Prozess der Versicherheitlichung und Verknüpfung der Sicherheitsstrukturen auf europäischer Ebene spielen eine Schlüsselrolle bei der Konstituierung der „governmental identity of the European Union“ (De Goede in Buuren 2009:5). Die gemeinsame Bedrohungsanalyse, unterstützt durch gemeinsame Aktionen, eint die herrschenden sozialen Kräfte in der EU. Von zentraler Bedeutung ist dabei die ökonomische Sicherheit. Noch bevor der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler feststellte, dass die deutschen Bundeswehreinheiten auch zur Durchsetzung ökonomischer Interessen dienen müssten,² bemerkte der ehemalige Direktor des SitCen William Shapcott, dass regionale Instabilität „europäische Interessen“ bedrohen könnte (Shapcott 2008:25). Vor allem betonte er die Gefahr für Transportwege und sogenannte „kritische Infrastruktur“, die von den „neuen Bedrohungen“ ausgehen können.

EU Joint Situation Centre

Auch wenn die EU, wie zu Anfang bereits erwähnt, über keinen offiziellen Geheimdienst verfügt, kommt das sogenannte „EU Joint Situation Centre“ (SitCen) einem solchen schon ziemlich nahe. Bei der Sitzung des Europäischen Rates im Juni 1999 wurde das bis dato bei der Westeuropäischen Union (WEU) angesiedelte SitCen der EU unterstellt (NN 2010). Ab 2001 wurde es von einigen Mitgliedsstaaten zur geheimdienstlichen Struktur ausgebaut (Shapcott 2008:27). Es verfügt über eine Abteilung, die 24 Stunden am Tag Informationen, beispielsweise aus Nachrichtenmedien und Satellitenbildern, sammelt und auswertet, die sogenannte „General Operation Unit“ oder „alert desk“. Dabei fokussiert sich die Einheit auf mögliche Krisenregionen und auf die beiden sehr umfangreichen Themengebiete des „Terrorismus“ und der „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“.³ Hinzu kommt eine Abteilung, die „Communication Unit“, die aus Geheimdienstangestellten der wichtigsten Mitgliedsstaaten besteht und den Europäischen Rat mit „außenpolitisch bedeutsamen Informationen“ versorgt.⁴ Mit dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ wurde das SitCen enorm aufgewertet: Am 01.02.2005 wurde eine Anti-Terror-Abteilung, die sogenannte „Civilian Intelligence Cell (CIC)“, im SitCen aufgestellt. Ihr Aufgabenschwerpunkt ist „Terrorbekämpfung“, wobei sie sich hauptsächlich mit „Bedrohungen“ und möglichen Angriffszielen innerhalb der EU befasst. Besonderer Schwerpunkt der Berichte ist hierbei das Risiko für Transportwege und kritische Infrastruktur von EU-Mitgliedsstaaten (NN 2010). Doch nicht alle Mitgliedsstaaten haben einen Sitz in der Anti-Terror-Abteilung des SitCen: Nur Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, England und Finnland sind darin vertreten.

Das SitCen unterstand mit seinen insgesamt 110 Angestell-

ten (darunter auch welche des BND) bis zum 01.01.2011 dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Kommission, Cathrin Ashton. Jetzt ist es in den neu gegründeten „Europäischen Außwärtigen Dienst (EAD)“, deren Direktorin Ashton nun ist, an zentraler Stelle eingegliedert worden.⁵ Am 17.12.2010 wurde der Leiter des Finnischen Geheimdienstes, Ilkka Salma, als Nachfolger für Shapcotts Posten als Direktor des SitCen im EAD ernannt.⁶ Im EAD gehört das SitCen zu den Krisenmanagementwerkzeugen.

Das SitCen hat verschiedene Funktionen. Vier davon erscheinen mir als zentral: *Erstens* verwendet das Lagezentrum einen großen Teil seiner Arbeit - soweit darüber etwas bekannt ist - auf die Analyse potentieller innerer Bedrohungen in der Europäischen Union. „Terrorismus“ und „islamistischer Fundamentalismus“ gehören zu seinen Aufgabenschwerpunkten (Buuren 2009). Damit nimmt das SitCen eine wichtige Rolle in der inneren Sicherheitsarchitektur der EU ein.

Zweitens spielt das SitCen eine wichtige Rolle bei der Angleichung, Annäherung und Einebnung der Sicherheitspolitiken der Mitgliedsstaaten. Das SitCen fasst die Einzeldaten der nationalen Geheimdienste zusammen und erstellt daraus eine Analyse der wichtigsten Bedrohungen für die EU. Damit hat das SitCen eine gewisse Definitionsmacht, wenn es darum geht, welche Bedrohungen als die wichtigsten gelten. Durch den Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses der brisantesten Bedrohungen wird außerdem das Zusammenwachsen der europäischen Sicherheitsarchitektur vorangetrieben.

Drittens können ohne die Grundlage der Informationen des

SitCen kaum die Krisenmanagementpapiere erstellt werden, die für die Vorbereitung von GASP-Missionen (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) erforderlich sind.

Und *viertens* kann das SitCen selbst operative Einsätze durchführen. Damit können Missionen unterstützt oder, wie in Haiti (siehe „Operatives Einsatzgebiet des SitCen: Haiti“), selbst in die Hand genommen werden. Gleichzeitig kann eine ungleich höhere Informationsqualität erreicht werden, da das SitCen direkt im Geschehen involviert ist.

Definitionsmacht über die Sicherheit

Shapcott erklärte in einer Sitzung im House of Lords, dass es verständlicherweise große Vorbehalte der nationalen Geheimdienste gibt, ihre sensiblen Informationen mit einer Institution wie dem SitCen zu teilen. Daher ist das SitCen größtenteils nicht mit solchen sensiblen Informationen betraut (House of Lords 2010:5). Das SitCen hat also nicht so einen tiefen Einblick in einzelne Vorgänge wie die nationalen Geheimdienste. Der entscheidende Vorteil des SitCen ist allerdings, dass hier von sehr vielen Akteuren Informationen miteinander in Verbindung gebracht werden. Damit ist es in der Lage, Bedrohungsanalysen zu erstellen, die keine nationale Geheimdienstorganisation herstellen kann, oder die aufgrund politischer Gründe unmöglich wären zu erstellen.

Shapcott beschreibt die Situation wie folgt: „Es geht darum, sicherzustellen, dass jeder ein gemeinsames Verständnis von der Bedrohung hat“ (Ebd:13). Weiter sagt er: „Kein SitCen Report

Operatives Einsatzgebiet des SitCen: Haiti

„It is beginning to become apparent that in this more operational field the Union's ambition to act is not yet matched by our [the SitCen's] capacity to act“ (Shapcott 2008:28).

Mit dieser Einschätzung und mit seiner Vision Europas als „global actor“, gibt William Shapcott, der ehemalige Direktor des „European Situation Centre“ (SitCen), einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung des SitCen: Die operativen Fähigkeiten des SitCen sollen weiter ausgebaut werden. Bereits 2008 wurden Angestellte des SitCen nach Georgien geschickt, um den EU-Sonderbeauftragten (EUSR) zu unterstützen (Rettman 2010). Der Einsatz einer operativen Einheit des SitCen in Haiti stellt einen weiteren Schritt in diese Richtung dar (vgl. zum folgenden CSDP-Newsletter, Issue 10, S.24f.).

Das Erdbeben am 12.01.2010 hat den Karibikstaat schwer getroffen. Die Bevölkerung, die zu den ärmsten der Welt zählt, hatte plötzlich mit den verheerenden Erdbebenfolgen zu kämpfen. Der „alert desk“ des SitCen registrierte die Ereignisse in Haiti sofort und kurz darauf erklärte der „Crisis Response Manager“, dass das Erdbeben auch für die EU eine politische Relevanz haben könnte. Das

SitCen lieferte also schon im Vorfeld die entscheidenden Informationen für die Vorbereitung einer Intervention.

Da jedoch die Infrastruktur, vor allem die Informationstechnik, vor Ort schwer beschädigt war, entschied das SitCen, eigene Leute zu entsenden. Diese trafen nur sechs Tage nach dem Erdbeben in Haiti ein und sollten Informationen mit dem Schwerpunkt auf „nicht-humanitäre Bereiche“ sammeln, um damit vorerst das EU-Personal zu unterstützen. In der logistischen Basis der UN-Mission MINUSTAH wurde ein provisorisches SitCen-Büro eingerichtet, mit der Aufgabe, den spanischen EU-Präsidenten bei der Evakuierung von EU-Bürger_innen durch die Bereitstellung von Informationen aus Brüssel zu unterstützen. Außerdem nahmen die SitCen-Angestellten an allen Meetings teil, zu denen der EU-Präsident oder die EU-Delegation eingeladen waren. Sie sollten die Koordination mit allen Akteuren der UN übernehmen, sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene und in Kontakt zu allen anderen involvierten EU-Institutionen stehen. Das SitCen nahm also von Anfang an auch in Haiti eine zentrale Schnittstelle zwischen den Akteuren ein.

Das Einzugsgebiet der Informationen, auf die das SitCen Zugriff hatte, wurde mit der Einrichtung der „Haiti Coordination Cell (EUCO Haiti)“ im SitCen um einen wichtigen Bereich erweitert und institutionell verfestigt: Noch im selben Monat wurden von der EU im Zuge des UN-Mandats in Haiti (MINUSTAH) eine aus 300 Angehörigen der paramilitärischen European Gendarmerie Force (EGF) bestehende Einheit nach Haiti entsandt, die dort als Teil der „EUCO Haiti“ mit dem SitCen zusammenarbeitete (vgl. zur EGF Schumacher 2010).

Die „EUCO Haiti“ sollte die Koordination der EU-Kräfte im militärischen sowie im sicherheitsrelevanten Bereich wahrnehmen und den bestehenden Informationsaustausch zwischen Akteuren in Haiti und den Hauptquartieren in Brüssel verbessern.

Der Einsatz in Haiti dient nach eigener Darstellung des SitCen zur Übung für zukünftige Einsätze. Es bleibt also zu erwarten, dass die bisherigen Entwicklungen des SitCen zu einer operativen Einheit, die Missionen vorbereiten, unterstützen und selbst durchführen kann, weiter vorangebracht werden.

Tim Schumacher

wird einen einzelnen Angriff stoppen. Das ist nicht das Anliegen. Es geht darum, mehr Sensibilität für die neue Richtung der Bedrohung zu entwickeln“ (Ebd:14). Das SitCen soll also für die neue Bedrohungsanalyse sensibilisieren. Damit spielt es eine enorm wichtige Rolle bei der Ausformulierung, Angleichung und Verankerung der Bedrohungsanalyse und letztendlich bei der Herausbildung eines Konsenses darüber, was als wichtigste Bedrohung erkannt wird. Das Lagezentrum liefert damit gewissermaßen den Nährboden, auf dem die Militarisierung der EU aufbaut. Außerdem verfügt das SitCen teilweise über Informationen, auf die andere Akteure, wie beispielsweise Regierungen, think tanks oder Universitäten keinen Zugriff haben. Damit vergrößert sich die Deutungsmacht von geheimdienstlichen Institutionen wie dem SitCen bezüglich der Wichtigkeit von Bedrohungen enorm.

Verbindende Rolle des SitCen

Die beiden Säulen der EU, auf der einen Seite die „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen“, auf der anderen die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, sind formal getrennt und halten damit die Trennung zwischen interner und externer Geheimdienstarbeit aufrecht. Die „European Security Strategy“ von 2003 sieht jedoch eine engere Zusammenarbeit genau dieser beiden Bereiche vor, da die Grenzen zwischen ihnen durch die Bedrohung des „Terrorismus“ immer mehr verwischen würden (Buuren 2009:7). Die Zusammenarbeit interner und externer geheimdienstlicher Tätigkeiten geschieht dabei im SitCen.

Javier Solana, der damalige Hohe Vertreter für die GASP, drängte 2004 darauf, dass die Mitgliedsstaaten dem SitCen Informationen über interne Bedrohungen zur Verfügung stellen sollten. Seit ihrem Bestehen arbeitet die „Civilian Intelligence Cell“ des SitCen somit mit Material der Inlandsgeheimdienste der europäischen Mitgliedsstaaten. Im gleichen Jahr wurde die Zusammenarbeit des SitCen mit der „Counter Terrorism Group“ (CTG) intensiviert, einem informellen Treffen von Vertretern_innen der Sicherheits- und Geheimdienstorganisationen aller Mitgliedsstaaten der EU sowie Norwegen und Schweden, welches den Fokus auf der Bekämpfung des „islamistischen Terrorismus“ hat (Buuren 2009:10). Das CTG fertigt strategische Berichte und Bedrohungsanalysen für das SitCen an.

Der externe Fokus des SitCen wurde 2007 mit dem Aufbau der „Single Intelligence Analysis Capacity“ (SIAC) verstärkt. Diese Organisation wird vom SitCen und der geheimdienstlichen Abteilung des EU-Militärstabs betrieben, der militärgeheimdienstliche Daten innerhalb der EU sammelt (Ebd).

Im SitCen laufen also interne und externe Geheimdienststrukturen ebenso zusammen, wie horizontale und vertikale Sicherheitsstrukturen. Mit dem SitCen wird das Zusammenwachsen der europäischen Sicherheitsarchitektur weiter vertieft (Shapcott 2008:27).

Schlussendlich

Die Veränderung der Bedrohungsanalyse stellt ein wichtiges Moment in der Absicherung der hegemonialen Politik der EU dar. Vor allem treibt der Diskurs um eine „terroristische Bedrohung“ das Zusammenwachsen der europäischen Geheimdienst- und Sicherheitsstruktur voran. Das SitCen nimmt dabei eine zentrale Stellung bei der Definition der neuen Bedrohungen ein. Da die Arbeit des SitCen jedoch extrem undurchsichtig ist, da alle Veröffentlichungen unter Verschluss gehalten werden, kann

nicht an konkreten Beispielen untersucht werden, welchen Einfluss das SitCen auf die jeweiligen Akteure hat.

Die Informationshoheit und die Definitionsmacht über Bedrohungen bleiben weiterhin ein umkämpftes Feld, in dem das SitCen, auch mit seiner neuen Rolle im Europäischen Auswärtigen Dienst, eine entscheidende Rolle spielen wird.

Literatur

- Buuren, Jelle van (2009): Secret Truth. The Joint Situation Centre. Amsterdam: Eurowatch, www.statewatch.org/news/2009/aug/SitCen2009.pdf (Letzter Zugriff: 15.03.2011).
- Engelke, Hans-Georg (2008): „Terrorismusbekämpfung in Deutschland und die Bedeutung nachrichtendienstlicher Kooperation,“ in: Bundesamt für Verfassungsschutz: Terrorismusbekämpfung in Europa - Herausforderung für die Nachrichtendienste, S. 31-39.
- House of Lords (2010): EU Internal Security Strategy. Evidence Session No 2. Questions 40-66. Witness: William Shapcott. 06.12.2010.
- NN (2010): Eine europäische CIA. <http://www.dfg-vk.de/thematisches/militarisierung-der-eu/2010/494>. (Letzter Zugriff: 15.03.2011)
- Rettman, Andrew (2010): Ashton to take command of US-type situation room. <http://euobserver.com/9/30356>. (Letzter Zugriff: 15.03.2011)
- Schumacher, Tim (2010): „Lex paciferat. Das Gesetz wird Frieden bringen: Ein Blick auf die europäischen Gendarmeriekräfte,“ in: Ausdruck, Ausgabe 4/2010, S. 18-23.
- Shapcott, William (2008): „The role of the EU Joint Situation Centre in the European Security Architecture,“ in: Bundesamt für Verfassungsschutz: Terrorismusbekämpfung in Europa - Herausforderung für die Nachrichtendienste, S. 25-30.
- Wettach, Silke / Krumrey, Henning (2010): Europäischer CIA, Wirtschaftswoche, 23.09.2010
- Zelik, Raul (2009): „Aufstandsbekämpfung und Besatzungskrieg,“ in: Peripherie, Nr. 116/2009, S. 425-447.

Anmerkungen

- 1 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 26.10.2009, Zeile 5250-5252
- 2 Interview mit Christopher Ricke am 22.05.2010. <http://www.dradio.de/aktuell/1191138/> (Letzter Zugriff: 15.03.2011)
- 3 Aus dem Parlamentsprotokoll des britischen Parlaments. <http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm200506/cmhansrd/vo050627/text/50627w19.htm> (Letzter Zugriff: 15.03.2011)
- 4 Die Quellen sind hier nicht eindeutig: „German Foreign Policy“ berichtet von der Abteilung aus Geheimdienstangestellten, erwähnt aber die „Communication Unit“ nicht, das Protokoll UK berichtet von drei Abteilungen, aber erwähnt die Geheimdienstangestellten nicht.
- 5 Das Organigramm des EAD: eeas.europa.eu/background/docs/eeas_organisation_en.pdf (Letzter Zugriff: 15.03.2011)
- 6 CSDP Newsletter, Issue 11, S.8. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/110131_CSDP_Newsletter_gp_cwi_final.pdf (Letzter Zugriff: 15.03.2011)



Osama bin Laden – werden völkerrechtswidrige Tötungen hoffähig?

von Michael Haid

Am Morgen des 2. Mai 2011 wurde die Welt von der Nachricht überrascht, dass Osama bin Laden von einem Kommando der US-Navy Seals in der Nacht zuvor in seinem Haus in der Stadt Abbottabad im Norden Pakistans getötet wurde. Die meisten Umstände und die Ausführung der Tat, vor allem der an die Navy Seals zugewiesene Auftrag, sind unklar, da sich die US-Offiziellen gegenwärtig mit detaillierten Angaben sehr bedeckt halten.¹ Für eine rechtliche Bewertung dieser Aktion wäre aber eine voll umfängliche Information unabdingbar. Nach der offiziellen Erklärung von John Brennan, dem Anti-Terror-Beauftragten von US-Präsident Barack Obama, handelte es sich nicht um eine reine "kill mission", sondern um eine "kill-or-capture mission" (töten oder gefangen nehmen). Diese Darstellung wird wohl deshalb verbreitet, weil sich die US-Regierung sehr wohl bewusst sein dürfte, dass eine rechtliche Grundlage für gezielte Tötungen gelinde gesagt schwierig ist.² Um eines klarzustellen: Kriege lassen sich ebenso wenig wie gezielte Tötungen dadurch rechtfertigen, wenn sie nach allgemeiner Auffassung rechtskonform wären. Allerdings zeigt sich im speziellen Fall der gezielten Liquidierungen, dass nicht einmal dies der Fall ist, wie im Folgenden ausgeführt werden soll. Dennoch wird derzeit der Versuch unternommen, das bisher vorherrschende Rechtsverständnis so zu verschieben, dass künftig Hinrichtungen völkerrechtlich als akzeptabel gelten sollen.

Ungeachtet der von bin Laden begangenen schlimmen Verbrechen gebieten die Anforderungen eines jeden Rechtsstaats sowie der allgemein gültigen Menschenrechte, eine solche Person festzunehmen und durch ein rechtsstaatliches Verfahren vor Gericht zu stellen. Es ist explizit untersagt, ihn durch eine extralegale Hinrichtung zu beseitigen. Unter anderem werden diese Rechte durch Art. 6 Abs. 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 gewährleistet.³ Zumal das Weiße Haus bestätigte, dass bin Laden unbewaffnet war, kann eine mögliche Rechtfertigung schwerlich auf Notwehr bei einem (polizeilichen) Festnahmeversuch gestützt werden (abgesehen davon, dass Navy Seals keine Polizei darstellen). Aufgrund der rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Gebote sind die Äußerungen von Repräsentanten der EU und Deutschlands, die das Vorgehen der USA ausdrücklich begrüßten, in höchstem Maße besorgniserregend.⁴

Die Politik gezielter Tötungen

Eine wichtige Bedeutung der Tötung bin Ladens liegt darin, als Beispiel einer seit rund zehn Jahren verfolgten Politik der gezielten Tötungen dienen zu können. Sie kann aber aufgrund seiner Prominenz sicherlich auch als einen „gefährlichen Präzedenzfall“⁵ angesehen werden. Solche extralegalen Exekutionen gab es zwar auch schon zu allen Zeiten in der Geschichte,⁶ aber seit einigen Jahren haben sie einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Illegale Liquidierungen sind längst Teil einer Politik der US-Regierung (und nicht nur dieser) geworden, Personen unter der angeblichen Rechtfertigung des so genannten »Krieges

gegen den Terrorismus« oder mit Verweis auf »asymmetrische Bedrohungen« auf fremdem Staatsgebiet ohne Rechtsverfahren oder Nachweis eines Verbrechens zu eliminieren. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Begriff »Krieg gegen den Terror« keine völkerrechtliche Kategorie darstellt, sondern ein „Sprachkonstrukt“ ist, welches „nicht den materiell-

rechtlichen Anforderungen der Genfer Konvention entspricht.“⁷ In die Schlagzeilen geriet diese Praxis insbesondere wegen des Drohnenkrieges der USA in Pakistan, der unverhältnismäßig viele zivile Opfer fordert.⁸ Nach »Pakistan Body Count« wurden bei 217 (170 davon während der Präsidentschaft von Barack Obama) mit Quellen-, Orts- und Zeitangaben dokumentierten Drohnenangriffen im Zeitraum von Juni 2004 bis einschließlich April 2011 insgesamt zwischen 1170 und 2289 Menschen getötet (15 % davon seien Frauen und Kinder gewesen) und zwischen 263 und 936 verletzt. Von den Getöteten sei der überwiegende Anteil Zivilisten (zwischen 1134 und 1729) gewesen. Nur zwischen gar keiner und 33 Personen werden verdächtigt, Al-Quaida angehört zu haben und zwischen 9 und 259 Personen werden den Taliban zugerechnet.⁹

Nicht zuletzt aufgrund dieses Ausmaßes, aber auch wegen der höchst problematischen Wirkung auf die Menschenrechte und das Völkerrecht insgesamt, kam es zu einem die gezielten Tötungen scharf kritisierenden Bericht der Vereinten Nationen, dessen Auszüge die einschlägigen Problematiken prägnant wiedergeben: „In den letzten Jahren haben einige Staaten [hervorgehoben werden die USA, Israel und Russland, Anm. M.H.] den Einsatz gezielter Tötungen, auch im Hoheitsgebiet anderer Staaten, entweder offen oder implizit zur Politik gemacht. Ein solches Vorgehen wird verschiedentlich als rechtmäßige Antwort auf ‚terroristische‘ Bedrohungen oder als notwendige Reaktion auf die Herausforderung der ‚asymmetrischen Kriegsführung‘ gerechtfertigt. (...) All dies führt zu dem höchst problematischen Ergebnis, dass die Grenzen des jeweils anzuwendenden Rechts – des Rechts der Menschenrechte, des Kriegsvölkerrechts und der für die Anwendung von Gewalt zwischen Staaten geltenden Regeln – verwischt und ausgeweitet wurden. (...) Am beunruhigendsten ist jedoch die Tatsache, dass sie [die den Tötungsauftrag gebenden Regierungen, Anm. M.H.] sich geweigert haben offen zu legen, wer getötet wurde, aus welchem Grund dies geschah und zu welchen Nebenfolgen es gekommen ist. Als Ergebnis dieser Entwicklungen wurden klare Rechtsnormen durch eine vage umschriebene ‚Lizenz zum Töten‘ ersetzt und ein enormes Rechenschaftsvakuum geschaffen.“¹⁰

Die Rechtsauffassung der US-Administration

Demgegenüber sieht der »Council on Foreign Relations« der USA, der die Rechtsauffassung der US-Regierung wiedergibt, die Tötung bin Ladens nach nationalem US-Recht wie nach internationalem Recht als gesetzmäßig an. Die US-Regierung führte dieselbe Begründung wie in der Rechtfertigung ihrer Drohnenangriffe in Pakistan an, wonach der US-Präsident durch die Verordnung über den Einsatz der Streitkräfte vom 18. September 2001 ermächtigt sei, alle notwendigen Maßnahmen gegen die an 9/11 beteiligten Personen zu autorisieren. Die Tötung sei auch nicht durch die »Executive Order 12333« aus der Zeit des US-Präsidenten Gerald Ford verboten, welche es Regierungsangehörigen untersagte, Attentate in Auftrag zu geben

und durchführen zu lassen, da sich die USA in einem bewaffneten Konflikt mit Al-Quaida befinde und die Tötung darüber hinaus durch das Recht auf Selbstverteidigung legitimiert sei.¹¹ Diese Argumentation ist allerdings aus völkerrechtlicher Sicht unhaltbar.

Völkerrechtler wie Claus Krefß und Kai Ambos weisen ausdrücklich darauf hin, dass es zweifelhaft sei, dass sich die USA in einem bewaffneten Konflikt mit Al-Quaida befinde. Das dann einschlägige Kriegsrecht gelte primär nur für zwischenstaatliche Konflikte. Um eine Terrororganisation (nicht-staatliche oder substaatliche Konfliktpartei) einer staatlichen gleichzustellen, müsse eine quasi-militärische Kommandostruktur (Militärorganisation) mit zentralen Befehlshabern, Stützpunkten und Ausbildungslagern sowie einer gewissen Kontrolle über ein Gebiet vorhanden sein. Dies sei im Fall von Al-Quaida nicht mehr nachweisbar, da diese Organisation heute in kleinen, weitgehend voneinander unabhängigen Einheiten in verschiedenen Ländern agiere und bin Laden mehr ein prominenter Propagandist denn ein militärisch relevanter Befehlshaber gewesen sei. Deshalb sei ein kriegsrechtlicher Rechtfertigungsgrund nicht vorhanden.¹² Da ein bewaffneter Konflikt also nicht vorliegt, ein solcher aber zwingende Voraussetzung für eine Rechtfertigung der Tötung bin Ladens nach Kriegsrecht wie nach dem Selbstverteidigungsrecht des Artikels 51 der UN-Charta ist, dürfte eine diesbezügliche Rechtfertigung ausgeschlossen sein. Zudem hat der Internationale Gerichtshof (IGH) die Anwendbarkeit des Selbstverteidigungsrechts auf nicht-staatliche Akteure verneint.¹³

Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht?

Genau genommen wirkt sich das Selbstverteidigungsrecht nur auf das Gewaltverbot in den zwischenstaatlichen Beziehungen aus (Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta). Für die Rechtmäßigkeit der Tötung einer Person ist im Kriegsfall das humanitäre Völkerrecht (ius in bello, im Wesentlichen das Genfer Abkommen von 1949 und seine Zusatzprotokolle von 1977) zuständig,¹⁴ das zwischen internationalen und nicht-internationalen bewaffneten Konflikten unterscheidet. Bei Vorliegen eines internationalen bewaffneten Konflikts (Krieg zwischen Staaten) dürfen Personen straflos getötet werden, wenn sie zu den Kombattanten einer Konfliktpartei zählen. Im Falle von bin Laden ist dieser Gedanke abwegig, da ein solcher Konflikt nicht vorliegt (die USA führen keinen Krieg gegen Pakistan; zudem können nicht-staatliche bewaffnete Akteure nach dem Wortlaut der Genfer Abkommen nicht Parteien eines internationalen bewaffneten Konflikts sein). Zwar können bei einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt Kampfhandlungen auch gegen nicht-staatliche Gruppen geführt werden, die jedoch eine bestimmte Militärstruktur aufweisen müssten, um als Konfliktpartei eingestuft zu werden. Mit Verweis auf die obigen Ausführungen zum Nichtvorliegen eines bewaffneten Konflikts und mit Blick auf die wohl mangelnde Intensität der Kampfhandlungen und das Fehlen eines Konfliktgebiets um Abbottabad dürfte auch dies mit guten Gründen zu verneinen sein.¹⁵ Darüber hinaus würde die „Auslegungshilfe“ des »Internationalen Komitees des Roten Kreuzes« (IKRK) eine direkte Beteiligung bin Ladens an Kampfhandlungen für die Rechtmäßigkeit seiner Tötung fordern, wozu die Wahrnehmung einer kontinuierlichen Kampf-funktion gehören würde.¹⁶ Da aber darüber keine zuverlässigen Informationen vorliegen und bin Laden mutmaßlich die Funktion eines Propagandisten ausfüllte und nicht mehr dauerhaft in Anschlagplanungen involviert gewesen sein dürfte, ist im

Ergebnis festzuhalten, dass die Tötung bin Ladens ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen dürfte und nicht durch kriegsrechtliche Normen gedeckt war.

Bedauerlich an der Tötung bin Ladens ist, dass dadurch die Praxis gezielter Tötungen hoffähig werden könnte. Denn denkbar ist zumindest ein gewisses Maß an Verständnis von Seiten der internationalen Öffentlichkeit angesichts seiner verachtenswerten Taten. Eine gewaltige Fehlentwicklung im Rechtsverständnis wäre es aber, illegale Liquidierungen als legitim erscheinen zu lassen, da sie, wie in diesem Beitrag aufgezeigt wurde, beachtliche Regeln des Völkerrechts und der Menschenrechte in Frage stellen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. The White House, Office of the Press Secretary: Press Briefing by Senior Administration Officials on the Killing of Osama bin Laden, May 2, 2011.
- 2 Vgl. Fischer, Sebastian/ Korge, Johannes/ Wittrock, Philipp: US Kommandoaktion gegen bin Laden. Ein toter Top-Terrorist und viele offene Fragen, in: Spiegel Online, 4. Mai 2011.
- 3 Vgl. Basak, Denis: Osama bin Laden getötet. Vom Problem der staatlichen „Licence to kill“, in: Legal Tribune Online, 3. Mai 2011; Zumach, Andreas: Der Tod ist immer eingeplant. Tötung Osama bin Ladens und Völkerrecht, in: taz online, 3. Mai 2011.
- 4 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Tod von Osama bin Laden, Pressemitteilung Nr. 153, 2. Mai 2011; Joint statement by the President of the European Council, Herman Van Rompuy and the President of the European Commission, Jose Manuel Barroso on the death of Osama bin Laden, PCE 102/11, Brussels, 2 May 2011.
- 5 Ulrich, Stefan: US-Einsatz gegen Osama bin Laden. Darf man Terroristen einfach töten?, in: Süddeutsche Zeitung Online, 4. Mai 2011.
- 6 Eine kurze Zusammenfassung staatlicher Tötungen findet sich bei Keating, Joshua E.: Kill Teams. A short history of the most memorable state-ordered hits in foreign lands, in: Foreign Policy, May 3, 2011.
- 7 Steiger, Dominik: „Krieg“ gegen den Terror? – Über die Anwendbarkeit des Kriegsvölkerrechts auf den Kampf gegen den Terrorismus, Humboldt Forum Recht, 14/2009, S. 1.
- 8 Zu den völkerrechtlichen und politischen Aspekten des Drohnenkriegs und der Praxis gezielter Tötungen vgl. Haid, Michael: Ferngesteuerte Killer. Drohnen als neue Instrumente der Kriegsführung, in: Ausdruck, Dezember 2010, S. 19-21.
- 9 Vgl. <http://www.pakistanbodycount.org/dattacks.php> (abgerufen am 4. Mai 2011).
- 10 Alston, Philipp: Studie über gezielte Tötungen, Bericht des Sonderberichterstatters über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, Menschenrechtsrat, Generalversammlung der Vereinten Nationen, A/HRC/14/24/Add.6, 28. Mai 2010, S. 3.
- 11 Vgl. Bellinger, John B. III: Bin Laden Killing: the Legal Basis, Council on Foreign Relations, May 2, 2011.
- 12 Vgl. Ulrich, Stefan: US-Einsatz gegen Osama bin Laden. Darf man Terroristen einfach töten?, in: Süddeutsche Zeitung Online, 4. Mai 2011.
- 13 Vgl. Roguski, Przemyslaw: Tötung von Osama bin Laden. Der Al-Quaida-Chef als Kriegesopfer, in: Legal Tribune Online, 5. Mai 2011.
- 14 Vgl. hierzu vertiefend Scheidle, Christina: Asymmetrische Konflikte – Kapitulierte das humanitäre Völkerrecht vor neuen Formen der Gewalt?, Humboldt Forum Recht, 15/2009, S. 5 ff..
- 15 Die Ausführungen zum humanitären Völkerrecht sind eine Zusammenfassung des Beitrags von Roguski, Przemyslaw: Tötung von Osama bin Laden. Der Al-Quaida-Chef als Kriegesopfer, in: Legal Tribune Online, 5. Mai 2011.
- 16 Vgl. International Committee of the Red Cross: Interpretive Guidance on the Notion of Direct Participation in Hostilities under International Humanitarian Law, Geneva, May 2009.

Russland, Quo Vadis?

Machtpolitik zwischen Asien und Europa¹

von Mirko Petersen

Die westliche Intervention in Libyen hinterließ auch abseits des Kriegsschauplatzes einige Kontroversen. Neben Brasilien, China, Deutschland und Indien enthielt sich auch Russland bei der Abstimmung über die UN-Resolution 1973, auf deren Grundlage die NATO inzwischen einen Krieg gegen Libyen führt. Im Nachhinein war zu hören, dass Präsident Dmitri Medwedew zeitweise durchaus über eine Zustimmung nachgedacht habe. Scharfe Kritik an der Resolution übte hingegen der russische Ministerpräsident Wladimir Putin: „*Sie erlaubt alles. Sie gleicht einem mittelalterlichen Aufruf zum Kreuzzug, wo irgendeiner jemanden aufstachelte, in ein beliebiges Gebiet einzumarschieren und es zu befreien.*“² Putin gab zu bedenken, dass die Souveränität von Staaten zunehmend missachtet wird. Medwedew distanzierte sich jedoch so deutlich wie selten zuvor von Putin und bezeichnete dessen Kritik als „unangebracht“.³

Mit den russischen Präsidentenwahlen 2012 in Sichtweite, aber bei weitem nicht zum ersten Mal seit dem Beginn der Präsidentschaft Medwedews, meinten westliche Kommentatoren, einen Bruch in der Führungsriege erkannt zu haben – immer mit der Hoffnung verbunden, der als liberal geltende Medwedew würde sich aus seinem Status als vermeintliche Marionette emanzipieren und einen neuen Politik-Stil im Kreml etablieren. Doch ob sich die beiden „Kandidaten“ wirklich für einen Wahlkampf gegeneinander in Stellung bringen, ist unklar. Mindestens ebenso plausibel erscheint, dass beide nur ihre Rollen (in Anlehnung an viele Kriminalfilme könnte man von „good cop“ und „bad cop“ sprechen⁴) in einem Führungstandem spielen, das Russlands Stellung zwischen Asien und Europa gewinnbringend ausnutzt.

Um der Frage der Orientierung Russlands sowie der damit verbundenen unmittelbaren Auswirkungen auf das Verhältnis zu Europa bzw. zum Westen allgemein nachzugehen, sollen nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick die entscheidenden Akteure und Denkrichtungen der autoritären russischen Politik untersucht werden.

Rückblick auf die Entwicklungen nach dem Ende der Sowjetunion

1991 brach die Sowjetunion nach der misslungenen Perestroika Michail Gorbatschows endgültig zusammen, wodurch ein enormer Abstieg für Politik und Gesellschaft eingeleitet wurde. Durch die Schock-Privatisierung dieser Zeit erlangte eine neue Klasse von Oligarchen einen enormen Reichtum, während der Großteil der Gesellschaft eine zuvor noch nicht gekannte Armut erlebte.

Die Schwäche Russlands wussten die beiden westlichen Bündnisse NATO und EU für sich zu nutzen. Ihnen gelang es, einen Teil der postsowjetischen Peripherie an sich zu binden. Die NATO, ursprünglich als Militärbündnis gegen die Sowjetunion konzipiert, transformierte sich zu einem expansiven Mehrzweckbündnis und erweiterte sich um ehemalige Ostblockstaaten und sogar um Teile der früheren Sowjetunion, womit aus russischer Sicht so etwas wie eine rote Linie überschritten wurde.⁵ Kaum

zu unterschätzen ist zudem die Wirkung des Angriffskriegs gegen den russischen Verbündeten Jugoslawien 1999 sowie die später mit westlicher Unterstützung folgende Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Der renommierte russische Politikwissenschaftler Sergej Karaganow fasst prägnant zusammen: „*Die Expansion der*

NATO hat den Kalten Krieg im Grunde genommen unvollendet gemacht.“⁶

Neben der NATO breitete sich auch die Europäische Union nach Osten aus. Nach der eigentlichen Mitgliedererweiterung versucht Brüssel nun durch die ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik) seinen Einflussbereich zu erweitern; in Osteuropa sind Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Weißrussland und die Ukraine teil dieses Programms. Ziel der Union ist, diese Staaten auf gemeinsame Regeln zu verpflichten, ohne ihnen jedoch eine Mitbestimmung zu gewähren.⁷

Dem westlichen Expansionsdrang steht aber seit nun mehr als einer Dekade ein politisch gefestigter Kreml gegenüber. Seit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2000 gelang es Wladimir Putin, den russischen Abwärtstrend in Wirtschaft und Politik zu stoppen und darüber hinaus die Machtansprüche des Landes glaubhaft zu untermauern. Die gesamtgesellschaftlichen sozialen Standards, die in den 90er Jahren so stark gefallen waren, blieben jedoch weitgehend tief, insbesondere in der Peripherie.

Schien das „neue“ Russland zunächst ein engeres Bündnis mit Europa – im Speziellen mit Deutschland und Frankreich – anzustreben, so musste Putin doch bald feststellen, dass aus dieser Zusammenarbeit nicht die gewünschten Erfolge für Moskau resultierten. Als Reaktion auf die westlichen Umtriebe in der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre (u.a. Unterstützung der „bunten Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisien) folgte Putins berühmt gewordene „Münchener Rede“ (2007), in der er den Westen aufs Schärfste kritisierte. Kurz darauf – schon unter dem neuen Präsidenten Medwedew – wurde im August 2008 ein militärischer, martialisch wirkender Konter auf den Angriff des westlichen Verbündeten Georgien auf dessen abtrünnige Gebiete Südossetien und Abchasien durchgeführt. Die Beziehungen waren auf dem tiefsten Punkt seit dem Ende der Sowjetunion angelangt, die Rede von einem drohenden „Neuen Kalten Krieg“ machte die Runde.

Durch den Regierungswechsel in Washington und die Ankündigung Barack Obamas, vorerst kein Raketenschild in Polen und Tschechien zu installieren (wie unter George W. Bush geplant), sprachen viele Kommentatoren anschließend von einer westlich-russischen Entspannungspolitik. Doch genauso wenig wie die Pläne für ein Raketenschild endgültig vom Tisch sind, sind Moskaus Interessenkonflikte mit dem Westen gelöst. Medwedews Initiativen für eine *gemeinsame* Raketenschutz und einen euro-atlantischen Sicherheitsvertrag erhielten zwar Lob, wurden aber verworfen, da man Russland keine entscheidende Mitbestimmung einräumen will. Nach gegenseitigen Drohgebärden auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz lässt sich ein zukünftig erneut konfrontativerer Kurs beider Seiten nicht ausschließen.

Wie Russland mit diesem Konflikt umgeht und wie seine genaue Rolle in einer im Wandel begriffenen Welt aussieht, kann jedenfalls nicht mehr in europäischen oder amerikanischen Hinterzimmern entschieden werden, sondern hängt neben dem Verhalten des erstarkten Chinas in erster Linie von Moskau selbst ab.



Links: Vize-Ministepäsident und oberster „Silowik“ Igor Setschin, Rechts: Wichtiger Strippenzieher im heutigen Russland: Wladislaw Surkow, Fotos: Wikimedia.

Die Klans und ihre Machtpolitik

Seit mehr als einer Dekade bestimmt der Konkurrenzkampf zweier großer Klans die Entscheidungen in der russischen Politik: der Gruppierung um Igor Setschin, den sogenannten Silowiki (die Kräftigen), steht ein Zusammenschluss um Wladislaw Surkow gegenüber. Klans sind ursprünglich eher als Organisationsformen in patrimonialen Gesellschaften bekannt. In diesem Fall berufen sie sich aber nicht auf familiäre Bindungen, sondern formieren sich entlang machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Während der Setschin- und der Surkow-Klan weniger direkt mit politischen Ideen oder Ausrichtungen in Verbindung gebracht werden können, existieren noch weitere Gruppierungen bzw. Denkrichtungen, die ihre Vorstellungen in die machtpolitische Matrix einbringen wollen, was direkte Auswirkungen auf die Konkurrenz der Klans haben könnte. Dabei handelt es sich einerseits um die mit dem Surkow-Klan verbundenen Ziviliki und andererseits um die (Neo-)Eurasier, deren Sympathisanten eher unter den Silowiki zu finden sind. Die Resultate dieses Machtkampfes und dieser Ideenkonkurrenz bestimmen in Verbindung zur europäischen Politik maßgeblich die Ausrichtung Russlands.

Wladimir Putins Autorität speist sich im Wesentlichen daraus, dass er das Gleichgewicht zwischen den beiden Klans hält und zwischen ihnen vermitteln kann, wozu kein anderer Akteur derzeit in der Lage wäre.⁸ Wie im Folgenden gezeigt wird, spiegelt sich der Putinsche Balanceakt auch in der russischen Orientierung zwischen Europa und Asien wider.

Der Setschin- und der Surkow-Klan

Igor Setschin, seit 2008 stellvertretender Ministerpräsident Russlands, und viele Mitglieder dieser Gruppe, der Silowiki, sind tief im Geheimdienst FSB (zur sowjetischen Zeiten KGB⁹) verwurzelt. Die Gruppe ist von sowjetischem Denken geprägt (ohne allerdings dem Kommunismus hinterher zu trauern): sie setzt sich für die Großmachtrolle Russlands ein und ist dem Westen gegenüber sehr misstrauisch.¹⁰ Neben dem FSB hat der Klan noch weitere Machtstützen, wozu das Innen-, Energie- und Verteidigungsministerium zählen. Zudem kontrollieren Mitglieder der Silowiki den staatlichen Öl-Giganten Rosneft, den Eisenbahnhersteller Russian Railways, den Fluganbieter Aeroflot, die Atomenergiefirma Rosatom und den Rüstungsexporteur Rosoboronexport.¹¹

Setschins Gegenüber Wladislaw Surkow gilt als Mastermind hinter der Ideologie der Putin-Ära. Er ist der vielleicht wich-

tigste Architekt des neuen russischen Nationalismus – die krenltreue Jugendbewegung „Naschi“ (die Unsrigen) war seine Erfindung. Surkow schätzt realistisch ein, dass er selbst nie in die vorderste Front der Politik aufrücken wird, denn sein Hintergrund würde auf zu geringe gesellschaftliche Akzeptanz stoßen: er ist halb Tschetschene, halb Jude. Deshalb konzentriert er sich darauf, die Fäden im Hintergrund zu ziehen.¹² Die Machtbasis des Klans ist der militärische Auslandsgeheimdienst (GRU), der als eine Art Gegengewicht zum FSB fungiert. Von den Strukturen her ist der GRU zwar größer, aber nicht so einflussreich wie der FSB. Der Surkow-Klan kontrolliert außerdem Gasprom, das Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenministerium und hat gute Kontakte zum Generalstaatsanwalt.¹³

In der Auseinandersetzung der beiden Klans treffen eher Machtinteressen als politische Ideen aufeinander. Während der Setschin-Klan noch ein anti-westliches, autoritär-geheimdienstliches Profil vorweist, ist der Surkow-Klan politisch kaum zu verorten. Doch durch eine Dynamik innerhalb des Surkow-Klans rückt – verstärkt seit der Finanzkrise – eine pro-europäische politische Idee in den Vordergrund, die Auswirkungen auf die bisherige Konstellation haben könnte.

Der Aufstieg der Ziviliki

Der Erfolg Russlands in der Ära Putin hing eng mit den hohen Energiepreisen zusammen. Bisher verpasste man die Chance, die Wirtschaft zu diversifizieren und andere Zweige weiterzuentwickeln. Die Preise blieben jedoch nicht auf einem Dauer-Hoch, was das russische Wachstum wieder etwas bremste. Das Vorgehen Russlands im Georgien-Krieg ließ zudem einige westliche Investoren an der Verlässlichkeit Russlands zweifeln. Weitaus schlimmer traf Russland dann die Finanzkrise, die mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman-Brothers 2008 eskalierte. Alle diese Ereignisse ließen den Kurs des Rubel stark fallen und brachten vor allem einige Akteure im und um den Kreml zum Nachdenken.¹⁴

Durch die Finanzkrise ist eine Gruppe junger Juristen und Technokraten in den Vordergrund gerückt, zu denen auch Präsident Medwedew zählt: die Ziviliki (Die Zivilen, als Gegenstück zu den Silowiki). Diese Gruppierung ist der festen Überzeugung, dass das Wirtschaftssystem reformiert werden muss; die Beziehungen zum Westen sollen ausgebaut werden und das Ziel von Firmen soll in Zukunft Profitmaximierung anstatt Machtakkumulation sein.¹⁵

Die zentrale technokratische Rolle bei den Modernisierern spielt der Finanzminister Alexej Kudrin. Putin hat großes Vertrauen zu ihm und er ist einer der wenigen Politiker, die aus der

Zeit Jelzins übernommen wurden. Kudrin will Russland attraktiver für ausländische Investoren machen und dabei auch die staatliche Kontrolle über den Energiesektor lockern. Er ist der Meinung, dass sich Russland heute in einer ganz anderen Position als bei der ersten Privatisierungswelle der 90er Jahre befinde und deshalb keine Gefahr für ein erneutes Chaos bestehe.¹⁶

Die Ziviliki wollen den Setschin-Klan für die Finanzkrise verantwortlich machen. Ihr Argument ist, dass viele Firmen ineffizient arbeiten, da sie von ehemaligen Geheimdienstlern und nicht von erfahrenen Geschäftsleuten geführt werden.¹⁷ An dieser Stelle kommt Wladislaw Surkow ins Spiel. Für ihn ist nicht die Modernisierung Russlands zentral, sondern der persönliche Machtgewinn. Selbst mit Medwedew im Präsidentenamt besitzen die Ziviliki hinter den Kulissen nicht die entscheidende Durchschlagskraft, die ihnen aber durch Surkow verliehen werden kann. Surkow unterstützt Kudrins Pläne, um die Machtbalance in seine Richtung kippen zu lassen. Dabei ist nicht ganz klar, ob Surkow die von den Silowiki kontrollierten Firmen zerschlagen, privatisieren oder unter seine Kontrolle bringen lassen will.¹⁸

Wladimir Putins Balanceakt zwischen den Klans wird durch die Ziviliki schwerer. Auch ihm wurde klar, dass der russischen Wirtschaft eine Modernisierung verordnet werden muss. Die Frage ist, wie weit er gehen kann, um die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft in Russland nicht zu verlieren und um Surkows Position im Konkurrenzkampf der Klans nicht übermäßig zu stärken. In welchem Umfang die Konzepte der Ziviliki umgesetzt werden, entscheidet auch darüber, wie Russlands zukünftiges Verhältnis zu Europa sein wird, wo sich viele über eine Öffnung der russischen Wirtschaft (und eine eventuell damit verbundene Abkehr vom Staatskapitalismus) freuen würden. Inwieweit eine Angleichung der Wirtschaft an ein neoliberales westliches Vorbild zum Wohle der russischen Bevölkerung wäre, steht hingegen auf einem ganz anderen Blatt.

Eurasier

Die Wurzeln des Eurasianismus

Durch Russlands besondere Lage zwischen den Kontinenten Europa und Asien stellt sich schon seit Jahrhunderten die Frage, welchem der beiden man sich zugehörig fühlt. Die groß angelegte Modernisierung unter Peter dem Großen (Ende des 17. / Anfang des 18. Jahrhunderts) stieß das „Fenster nach Europa“ weit auf. Dem gegenüber standen die Slawophilen, die gegen eine Annäherung an Europa waren und in enger Verbindung zur Orthodoxie die Einzigartigkeit des Russentums und eine Expansion Richtung Osten propagierten. Im 19. Jahrhundert gehörte ihnen u.a. der bekannte Schriftsteller Fjodor Dostojewski an, der mit seinem Ausspruch „*In Europa waren wir Gnadenbrotesser und Sklaven, nach Asien kommen wir als Herren*“¹⁹ die Denkweise treffend beschrieb.

Der mit dem slawophilen Denken verwandte Eurasianismus entstand unter den russischen Exilanten in Prag, Berlin und Paris in den 1920er Jahren. Es gab einen inneren Disput, da sich ein Teil der eurasischen Denker dazu entschloss, die Sowjetunion der 1930er Jahre zu unterstützen. Der Eurasianismus war und ist keine durchstrukturierte politische Bewegung, er ist eher als eine Weltanschauung zu verstehen. Der Grundkonsens der Eurasier ist, dass Russland Asien näher steht als Europa. Viele hegen zudem Sympathie für die Spiritualität von Islam, Hinduismus und Buddhismus, die dem weltlichen Denken des Westens gegenübergestellt wird. Der Glaube an die Konfron-

tation verschiedener Zivilisationen (euro-atlantische, asiatische, eurasische) erinnert teils an die Ausführungen von Samuel Huntington (Kampf der Kulturen). Allgemein sind die Eurasier stark von geopolitischen Konzepten, die die besondere Lage Russlands zwischen Europa und Asien betonen, beeinflusst. Dies zeigte sich auch in der Renaissance der 90er Jahre.²⁰

Neo-Eurasianismus

Ein erneutes Interesse für den Eurasianismus kam schon zu Zeiten der Perestrojka auf, wurde meist aber nur in kleinen Zirkeln diskutiert, ehe er ab 1992 stärker popularisiert wurde. Eurasier machten sich auf, die durch das Ende des Kommunismus entstandene ideologische Lücke zu füllen. Die Idee findet bei Vielen in der russischen politischen Elite Anklang und besitzt zudem im Umfeld der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auch turksprachige Anhänger.²¹

Die Debatte um den Eurasianismus hängt eng mit Geopolitik zusammen. Als erster russischer Regierungspolitiker nach dem Ende der Sowjetunion sprach der damalige Außenminister Andrej Kozyrev von normalen nationalen Interessen im nahen Ausland. Unter dem Druck aus dem rechten politischen Spektrum und unter dem Einfluss des Parlamentswahlkampfes 1993 wurde der Ton dieser Debatte von allen Seiten ideologisiert.²² Fortan infiltrierten Neo-Eurasier erfolgreich Politik und Wirtschaft Russlands.

Der aktuelle Eurasianismus muss einen ideologischen Drahtseilakt meistern: er bewegt sich zwischen der positiven Bewertung der früheren geostrategischen Machtposition und den technischen Errungenschaften der Sowjetunion und den ebenfalls hochgehaltenen Werten von Orthodoxie und Nationalismus, die der Kommunismus bekämpft hatte. Diese ideologische Mischung muss auf einen multiethnischen und multireligiösen Raum (GUS oder sogar darüber hinaus) projiziert werden.²³ Im Folgenden sollen die Ansätze der beiden wichtigsten eurasischen Denker – Sergej Panarin und Alexander Dugin – vorgestellt und anschließend deren Einfluss auf die russische Politik betrachtet werden.

Sergej Panarin

Panarins Interpretation des Eurasianismus ähnelt vielleicht der ursprünglichen eurasischen Idee am meisten. Laut Panarin müsse Russland auf Kontinuität in Abgrenzung zum schnelllebigen Westen setzen; man müsse eine Rückkehr zum barbarischen Urzustand anstreben und nicht der westlichen Dekadenz nachzueifern. Religion sei die Essenz der Gesellschaft, wobei eine Fusion von Orthodoxie und Islam erfolgen müsse. Das wahre Russland sei durch die Vermischung von Tartaren und Slawen entstanden. Trotzdem müsse Russland seinen Orient nicht zwingend bei den islamischen Despoten suchen, sondern auch bei den buddhistischen Pazifik-Staaten. Panarin ist gegen einen ethnozentristischen Nationalismus, da dieser dem Gedanken des Imperiums widersprechen würde. Russland besäße die Kraft, viele verschiedene Völker in einem solchen Imperium zu vereinen.²⁴

Alexander Dugin

Ursprünglich hatte der Eurasianismus verschiedene Ausprägungen, die politisch links und rechts eingeordnet werden konnten, doch durch den bedeutendsten Neo-Eurasier, Alexander Dugin, sind die heutigen Ansätze meist rechts, oft sogar faschistisch. Im Grunde hat Dugin nur eurasische Ansätze aufgegrif-

fen, um sie mit deutschem geopolitischem Denken, Rassismus und Anti-Semitismus zu vereinen. An Hitler gefällt Dugin lediglich nicht, dass er die UdSSR angegriffen hat; eine neo-faschistische Achse Deutschland-Russland-Japan würde ihm durchaus zusagen. Sibirien ist für Dugin ein besonderer Ort, da sich dort die beiden ihm wichtigen Himmelsrichtungen Ost und Nord treffen. Der Osten steht bei ihm für Spiritualität und die Richtung russischer Expansion und der Norden für den Ursprung des Ariers.²⁵

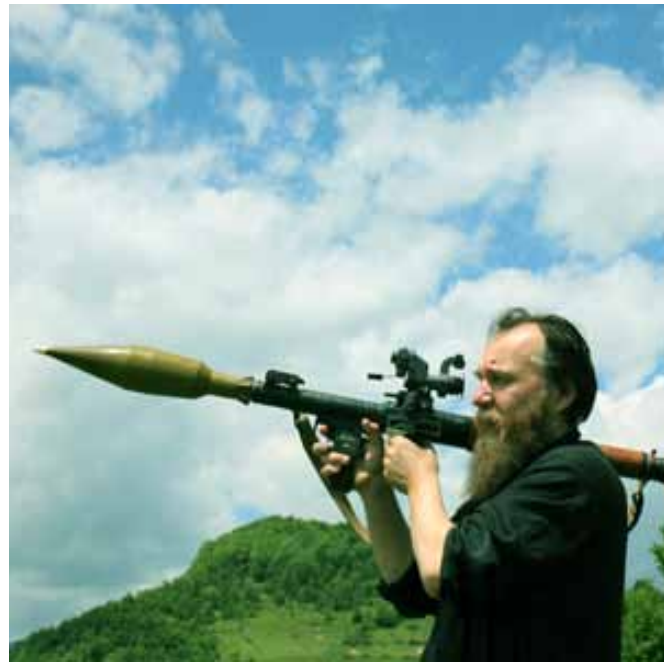
In Dugins geopolitischem Denken ist die Welt weiterhin bipolar, wobei sich See- und Landmächte gegenüberstehen. Die Seemacht – die USA – wolle den eurasischen Raum erobern und ein pro-amerikanisches Russland solle gegen China und die islamische Welt²⁶ benutzt werden. Um seine anti-amerikanische Weltsicht glaubwürdiger erscheinen zu lassen, verweist er in seinen Schriften auf die Hardliner unter den US-Geostrategen, bevorzugt Zbigniew Brzezinski, und bezieht sich positiv auf USA-kritische europäische Intellektuelle. Nach Dugin hat Russland nur zwei Optionen: entweder eine eurasische Supermacht werden oder sterben.²⁷ Die Essenz russischer Geschichte sei es, Imperien unter Führung von Zaren und Patriarchen zu bilden. Das „Kernland Russland“, so auch der Name seines geopolitischen Konzepts, sei die Wiege der Zivilisation und der Himmel auf Erden.

Neoeurasischer Einfluss auf die russische Politik

Letztlich gelang es nur Dugins Version des Eurasianismus, die Politik entscheidend mitzugestalten. Ab 1992 sah sich die komplette Opposition – von rot bis braun²⁸ – als Eurasier. Der Politiker Wladimir Schirinowski griff Dugins Theorien beim Parlamentswahlkampf 1993 auf und sprach davon, dass Russland bis zum Indischen Ozean ausgedehnt werden solle. Mit diesen und anderen kühnen Behauptungen gewann seine Partei, die LDPR²⁹, die Wahlen.³⁰ Jelzins Schwenk zu einer nationaleren und autoritäreren Politik ließ Dugins Oppositionsarbeit abschwächen und die erwartete Unterstützung für Gennadi Sjuganow von der Kommunistischen Partei im Präsidentenwahlkampf 1996 blieb aus.³¹ Nach Jelzins Kompromiss mit Dschochar Dudajew für ein de facto unabhängiges Tschetschenien nach dem russischen Kriegsdesaster in seiner südlichen Peripherie zeigte sich Dugin enttäuscht und verstärkte wieder die Zusammenarbeit mit Eduard Limonow in der Nationalbolshewistischen Partei. 1998 war die Partei auf dem Höhepunkt ihrer Beliebtheit angelangt und konnte sogar Massenproteste gegen Jelzin in Moskau organisieren. Es kam jedoch zum Bruch zwischen Limonow und Dugin, da ersterer Oppositionsarbeit betreiben wollte und letzterer den Weg zum Erfolg in der Unterstützung und Beeinflussung des Kremls sah.³²

Fortan betonte Dugin wieder stärker seinen Eurasianismus und suchte die Nähe zum neuen starken Mann im Kreml, Wladimir Putin. Einige von Dugins Ideen lassen sich durchaus in dessen Politik wiederfinden. Der bekannte Ausspruch Putins, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ war, stammt eigentlich von Dugin. Dass er oft im Fernsehen auftritt und seine Bücher an allen Universitäten gelesen werden, zeigt die prinzipiell positive Einstellung des Kremls zu ihm. Ihn als einen intellektuellen Guru der Moskauer Politik zu bezeichnen, erscheint jedoch als weit übertrieben.³³

Bilanzierend lässt sich feststellen, dass der Eurasianismus in den 90ern ein Gegengewicht zur transatlantischen Ausrichtung der Jelzin-Administration bildete, aber in Zeiten der schwachen



Immer in Angriffsstellung: Neo-Eurasier Alexander Dugin, Foto: wikipedia.ru

Staatlichkeit es nicht schaffte, zur alles dominierenden Kraft aufzusteigen. Neben dem fehlenden Gleichgewicht zwischen Pragmatismus und Ideologie lässt sich als weiterer Grund für dieses Scheitern die fehlende wirtschaftliche und strategische Bedeutung der für das eurasische Denken so wichtigen GUS anführen, die nie auch nur ansatzweise ein Gegengewicht zur NATO bilden konnte. Als einflussreiche Persönlichkeit spielt Alexander Dugin aber weiterhin in Kreisen russischer Politiker und anderer Eliten eine nicht zu unterschätzende Rolle.³⁴

Russlands Pragmatik zwischen West und Ost

Russlands Ansprüche im eurasischen Raum

Wladimir Putin ist kein typischer Eurasier. Er ist in erster Linie Pragmat und teleologische Phantasien finden bei ihm wenig Anklang. Ausufernde Großmachtrhetorik wird eher dazu benutzt, über innere soziale Missstände hinwegzutäuschen.³⁵ Der Kreml will nicht die Sowjetunion zurück, will jedoch mindestens eine unangefochtene Regionalmacht im eurasischen Raum sein. Geographisch bedingt ist Russland seit jeher bemüht, einen Puffer an Staaten um sich herum zu kontrollieren, da es nicht von Flüssen, Ozeanen oder Gebirgen nach außen hin geschützt ist. Die momentane Eingebundenheit der USA im Nahen Osten und die momentane Erfolglosigkeit der EU-Bemühungen im postsowjetischen Raum geben Russland die Möglichkeit, verlorengegangenen Einfluss in seiner Nachbarschaft zurückzugewinnen. Die verschiedenen Staaten und deren Bedeutung aus Sicht des Kremls unterteilt der private Nachrichtendienst STRATFOR in vier Kategorien:

1. Staaten, über die Kontrolle ausgeübt werden *muss*: Georgien, Kasachstan, Ukraine und Weißrussland.
2. Wichtige Staaten, in denen Russland seinen Einfluss vergrößern will: Aserbaidschan, Baltische Staaten, Turkmenistan, Usbekistan.
3. Staaten, die nicht oberste Priorität haben, aber in denen Russland leicht an Einfluss gewinnen könnte: Armenien, Kirgisien, Moldawien und Tadjikistan.
4. Regionalmächte, mit denen Russland sich arrangieren muss: Deutschland, Frankreich, Polen und die Türkei.³⁶



Pragmatismus und Russophobie in Europa, eurasische und asiatische Orientierung in Russland, Grafik: IMI

Diese Unterteilung liefert einen guten Überblick über das strategische Denken im Kreml, auch wenn die Zuteilung einiger Staaten diskussionswürdig erscheint (z.B. dürfte Kirgisien aufgrund seiner Nähe zu Afghanistan eigentlich eine größere Bedeutung haben). Um Russlands Position zwischen West und Ost genauer zu verstehen, darf jedoch ein kurzer Blick auf die Rolle der SOZ und des neuen Wirtschaftsgiganten China nicht fehlen.

Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Während die GUS nie zu einer wirklich mächtigen internationalen Organisation aufgestiegen ist, scheint die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) um einiges bedeutsamer zu werden; nicht zuletzt deshalb, weil mit Russland und China zwei Wirtschaftsgiganten den Ton angeben. Die weiteren Mitglieder sind Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan. Westliche Politiker und Analytiker betrachten die SOZ mit Skepsis, teilweise mit Angst und oft ist von einem „Autokratenklub“ die Rede. Ganz oben auf der Agenda der SOZ steht die Bekämpfung der „drei Schrecken“: Terrorismus, Extremismus und Separatismus, die gemeinsame Sorgen aller Mitglieder sind. Für die Zukunft gibt es zwei mögliche Entwicklungsszenarien:

1. Erweiterung nur um die Mongolei und Turkmenistan und Konzentration auf das bisherige Aufgabenfeld.
2. Erweiterung um politische Schwergewichte (Indien, Iran und Pakistan haben Beobachterstatus) und die Formation zu einem gigantischen diplomatischen, vielleicht militärischen Block.³⁷

Welches der beiden Szenarien eintritt, hängt natürlich stark von der Entwicklung der NATO ab. Sollte sie weiterhin zu einem zunehmend expansiven und offensivem Vorgehen auf Kosten Russlands tendieren, eventuell sogar zu einer „Energie-NATO“ werden, die sich aggressiv für die Versorgung des Westens mit Ressourcen einsetzt, scheint auch die Formierung der SOZ zu einem Verteidigungsbündnis und zu einer „Anti-NATO“ nicht unrealistisch zu sein. Bis jetzt ist die SOZ für Russland und China lediglich ein wichtiges Forum für geographisch begrenzte Fragestellungen, aber in dieser Konstellation steckt auch Potential für mehr. Dies zeigte sich u.a. Mitte Mai, 2011, als der russische Außenminister Sergei Lawrow bekannt gab, Indien und Pakistan hätten eine Vollmitgliedschaft beantragt, was von Russland unterstützt würde.³⁸

Russland und China

„Wenn ihr nicht wollt, dann können wir auch anders und anders

heißt China, heißt Asien.“³⁹ So wie von Kai Ehlers formuliert oder ähnlich könnte Russlands Verhandlungsposition gegenüber Europa beschrieben werden. 2001 unterschrieben China und Russland ein Abkommen für langfristige Zusammenarbeit, was die Grundlage für einen verstärkten Handel legte, der nur durch die Finanzkrise etwas zurückgeworfen wurde. 2008 setzte Präsident Medwedew ein klares Zeichen Richtung Peking, indem er den ersten Auslandsbesuch seiner Amtszeit außerhalb der GUS in China verbrachte.⁴⁰

Russland besitzt noch nicht ausgebeutete Öl- und Gasreserven in Ost-Sibirien und im Fernen Osten des Landes und China hat einen enormen Energiehunger (voraussichtlich 3,3 Prozent Steigerung pro Jahr bis 2030). Auf dem Energiesektor spricht also Vieles für eine verstärkte Zusammenarbeit. Einige russische Kritiker der Zusammenarbeit äußern zwar Bedenken und behaupten, man füttere einen Konkurrenten mit Energie, aber diese Stimmen sind nicht repräsentativ. Die Finanzkrise hat der russischen Führung noch einmal die Unterlegenheit gegenüber China vor Augen geführt.⁴¹ Der Kreml ist sich über die Probleme Russlands – Demographie, Abhängigkeit von den Energiepreisen und viele strukturschwache Regionen, um nur einige zu nennen – bewusst und erkennt Chinas Status als Supermacht, dessen Einfluss stetig größer wird, an. Russland kann deshalb gegenüber China nicht wie eine dominante Weltmacht im Sinne eurasischer Ideen auftreten.

Gewinnbringende Doppelorientierung

Es existieren viele verschiedenen Pole, die Russland nach Europa und nach Asien ziehen. Auch um den Kreml herum, gibt es ganz verschiedene Auffassungen darüber, wohin sich das Land bewegen soll. Aber genau aus diesem „Dazwischen“, was oft als Dilemma begriffen wird, lässt sich auch etwas Gewinnbringendes ziehen. Sowohl Asien als auch Europa haben Interessen in Russland und Moskau versteht es, daraus eine eigene Politiklinie zu formen. Kai Ehlers zeigt diese Doppelorientierung der aktuellen russischen Politik einleuchtend auf: „Nun gibt es nicht wenige Stimmen, die in den unterschiedlichen Aufritten Putins und Medwedews beginnende Differenzen in der russischen Führung, gar einen Zerfall des russischen Führungstandems erkennen wollen. Tatsächlich gehen Putins und Medwedews Aktivitäten im wahrsten Sinne des Wortes in unterschiedliche Richtungen, allerdings in leicht erkennbarer Arbeitsteilung, zudem mit wechselnden Positionen. Wie auch immer im Detail, verwirklicht sich in dieser Arbeitsteilung aber nichts anderes als die tatsächliche Lage Russlands zwischen Asien und Europa, zwischen Modernisierung



Wichtige Verhandlungen: Medwedew und Rasmussen auf dem Weg zum NATO-Gipfel in Lissabon 2010, Foto: NATO

nach europäischer und solcher nach asiatischer Art, zwischen China und der EU. Russland strebt weder eine deutsch-russische, noch eine russisch-chinesische Achse an, sondern sucht seinen Platz in einer pluralen, multipolaren Neuordnung der Welt als eine Macht unter anderen.“⁴²

Russland macht sich momentan zu einer weiteren großen Modernisierung bereit, wie es sie schon mehrmals in der Geschichte des Landes gab. Die jetzige Modernisierung wird unter Einbeziehung dieser Doppelorientierung stattfinden. Dass westliche Investoren angelockt und westliche Technik eingeführt werden sollen, wird nicht ein zweites Mal zu einem Ausverkauf des Landes und einem Kontrollverlust des Kremls führen: „Russlands oberste Priorität war immer Sicherheit, sowohl gegen internen Dissens als auch gegen äußeren Einfluss. Das wird sich nicht ändern.“⁴³

Die russische Modernisierung wird sich nicht nur – trotz ihrer Wichtigkeit – an westlichen Beispielen orientieren. Auch die chinesische Art der Modernisierung könnte Vorbildcharakter besitzen, besonders in Zeiten, wo das staatskapitalistische Modell dem Liberalismus einen Schritt voraus zu sein scheint. Die Erfolge des Staatskapitalismus sind nicht zuletzt ein Triumph Russlands gegenüber Europa, das dem großen Nachbarn nie etwas anderes als den Liberalismus (und den damit verbundenen Ausverkauf) zugestanden hatte.

Putins Balance ist auch Russlands Balance

Die gewinnbringende Doppelorientierung spiegelt die Balance wieder, die Wladimir Putin zwischen den verschiedenen politischen Mächten und Ideen Russlands zu schaffen im Stande ist. Er ist in jeder Hinsicht ein Vermittler und Mediator, ohne den die heutige russische Politik nicht denkbar ist: Putin setzt die Kräfte der beiden machtpolitischen Klans so ein, dass beide Seiten ihre Stärken einbringen, ohne die Überhand zu gewinnen. Die Qualitäten der Ziviliki nutzt er für innerrussische Verbesserungen sowie ein besseres Bild Russlands im westlichen Ausland, ohne eine liberale Modernisierung (im Sinne eines Ausverkaufs wie in den 90er Jahren) zuzulassen. Mit eurasischer Rhetorik und einem starken Engagement in der ehemals sowjetischen Einflussphäre befriedigt er dagegen das Großmachtdenken vieler Akteure, ohne die realistische Einschätzung von Russlands wirklicher Stärke zu vergessen. Zwar sind Russlands Probleme bei weitem nicht gelöst, doch durch diese Putinschen Erfolgsformeln lässt sich der Aufstieg seit dem Jahrtausendwechsel erklären.

Fazit für die Internationalen Beziehungen

Eine Doppelorientierung nach Asien und Europa scheint in vielen Politikbereichen eine gute Lösung für Russland zu sein. In der Sicherheitspolitik wird jedoch eine klarere Entscheidung bzw. Orientierung nötig sein.

Es existieren bestimmte Interessen, die die amerikanische, europäische und Teile der russischen Elite gemeinsam haben: dies ist in erster Linie, eine Übermacht Chinas zu verhindern und gegen islamistischen Terrorismus vorzugehen. Um eine enge transatlantisch-russische Zusammenarbeit zu realisieren, müsste jedoch eine ganz entscheidende Frage geklärt werden: Ist Russland wenigstens halbwegs gleichberechtigt oder nur ein Juniorpartner? Bei den Vorschlägen von Medwedew für einen gemeinsamen Sicherheitsvertrag und eine gemeinsame Raketenabwehr wird es zu keinen Fortschritten kommen, wenn diese Frage nicht unter Berücksichtigung legitimer russischer Sicherheitsinteressen geklärt wird. Alle, die mit Euphorie auf die zukünftige Zusammenarbeit der NATO und Russland blicken, sollten den Worten des russischen Botschafters bei der NATO, Dmitri Rogozin, Aufmerksamkeit schenken: „[Die Raketenabwehrpläne] können nicht Kooperation genannt werden, [...] nicht einmal eine Zweckehe, sondern eher ein getrenntes Leben in verschiedenen Apartments mit verschiedenen Eingängen und Adressen.“ Rogozin bringt auch auf den Punkt, warum die Einstellung der NATO für Russland inakzeptabel ist: „Wenn die NATO unsere Sicherheit für sekundär hält und ihre eigene für primär, dann gefällt uns das nicht.“⁴⁴

Sollte die westliche Staatengemeinschaft mit Russland weiterhin nicht auf Augenhöhe verhandeln, so wird ein engeres sino-russisches Bündnis und eine damit verbundene Ost-West-Blockbildung für die Zukunft immer wahrscheinlicher.⁴⁵ Sergej Karaganow analysiert folgerichtig: „Konfrontiert mit der Unmöglichkeit eines vorteilhaften und egalitären Zugangs zum euro-atlantischen Raum, bewegt sich Russland zügig darauf zu, eine Kooperation mit China zu bevorzugen – selbst als ein ‚junger Bruder‘, wenngleich ein respektierter.“⁴⁶ Wenn China Russland also den Respekt erweist, den der Westen ihm verwehrt, wäre Moskau durchaus bereit, den Juniorpartner Pekings abzugeben.

Orientiert an den gegebenen Tatsachen der heutigen Welt, ist das Errichten eines Imperiums im Sinne Dugins oder Anderer unrealistisch. Auch wenn eine expansive NATO- und EU-Außenpolitik die eurasischen Positionen und die Silowiki stärkt, findet die Orientierung Richtung China unter anderen Prämissen statt. Karaganows Feststellung, dass „Die asiatische Entscheidung von heute [...] nicht das Gleiche wie die eurasische

*Entscheidung der Vergangenheit*⁴⁷ ist, erweist sich als zentral für das Verständnis russischer Politik.

Wie die zukünftigen europäisch-russischen Beziehungen aussehen werden, hängt entscheidend davon ab, wie sich die europäischen Staaten zur NATO-Politik positionieren und auf welche Weise sie ihre eigenen geopolitischen Ambitionen vorantreiben. Sollten die transatlantischen Bindungen wieder enger werden und die EU-Staaten Triebkräfte bei der Umsetzung zukünftiger NATO-Pläne werden, so werden sich die momentan relativ entspannten Beziehungen nach Moskau verschlechtern. Gleiches gilt, wenn mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik versucht wird, den Einfluss der Europäischen Union auf Kosten Russlands zu erweitern und wenn mit eigenen Energieprojekten lediglich der Einfluss Russlands minimiert werden soll. Anstatt sich in einem geostrategischen Rennen um die immer knapper werdenden Brennstoffe zu beteiligen, sollte im Sinne des Friedens lieber mit aller Kraft eine Wende hin zu erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Die in Russland vorhandenen Ressourcen sollten verantwortungsvoll *gemeinsam* genutzt werden. Nur so ist es möglich, sich von dem alten Denken in Einflussphären zu lösen, das in der EU – Rhetorik von *soft power* hin oder her – ebenso verankert ist wie in Russland. Lediglich Moskau eine aggressive Außenpolitik vorzuwerfen, zeigt einen Mangel an Reflexion über das westliche Vorgehen seit dem Ende der Sowjetunion, das zwangsläufig zu Reaktionen führen musste.

Die in der Geschichte begründeten Phobien einiger osteuropäischer EU-Mitglieder sind absolut verständlich und es sollte im Interesse aller Beteiligten liegen, den Dialog zu fördern, um alte Feindseligkeiten zu beenden. Dabei ist Russlands Großmachtrhetorik (und teils auch sein Auftreten im eigenen „Hinterhof“) wenig hilfreich, genauso wenig aber die Versuche Polens, die Ukraine und Weißrussland (sowie andere Staaten) fest an die EU zu binden und dort anti-russische Positionen zu stärken.

Kritik an der autoritären und repressiven Politik Russlands ist in weiten Teilen gerechtfertigt. Deshalb zu meinen, man könne die außenpolitischen Bedürfnisse des Landes ignorieren, indem die eigene Einflussphäre ausgeweitet wird, ist ein Trugschluss. Sollte dieser Kurs dennoch fortgesetzt werden, so ist mit einer wirklichen Entspannung der russisch-europäischen Beziehungen leider nicht zu rechnen. Ein solches Ergebnis wäre nicht der durchaus kritisierbaren Menschenrechtslage geschuldet, sondern der Fortsetzung der anti-russischen westlichen Interessenspolitik, was für jede Regierung in Moskau, ob autoritär oder demokratisch, inakzeptabel ist.

Anmerkungen

- 1 Die Studie ist in einer ausführlicheren Fassung mit dem Titel „Russland, quo vadis? Pragmatismus und Russophobie in Europa, eurasische und asiatische Orientierung in Russland“ online unter <http://www.imi-online.de/2011.php?id=2270> abrufbar.
- 2 zitiert nach Spiegel Online: Medwedew vs. Putin. Russlands Alpha-Männer streiten sich über Lybien-Mission (21.3.2011).
- 3 vgl.: ebd.
- 4 vgl.: Benjamin Bidder: Putin gegen Medwedew. Gaddafi befeuert Machtkampf in Moskau (Spiegel Online 22.3.2011).
- 5 vgl.: Fjodor Lukyanov: Russia Is Not Prepared to Restore the Empire (2006; http://eng.globalaffairs.ru/book/n_7601).
- 6 Sergej Karaganow: Russia in Euro-Atlantic Space (2010; www.solonline.de/russias-place-in-euro-atlantic-space.html).
- 7 vgl.: Martin Brandt: Die europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: UTOPIE kreativ, 217/November 2008, S.1001.
- 8 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 2: The Combatants (2009), fortan: Part 2.

- 9 Auch Wladimir Putin arbeitete für den KGB.
- 10 vgl.: Part 2.
- 11 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 3: Rise of the Civiliki (2009), fortan: Part 3.
- 12 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 4: Surkov presses home & Part 5: Putin struggles for balance (2009).
- 13 vgl.: Part 2.
- 14 vgl.: STRATFOR: Russian Modernization, Part 2: The Kremlin's Balancing Act (2010).
- 15 vgl.: Part 2.
- 16 vgl.: Part 3.
- 17 vgl.: STRATFOR: The Kremlin Wars, Part 1: The Crash (2009).
- 18 vgl.: Part 3.
- 19 Fjodor M. Dostojewski: Tagebuch eines Schriftstellers. Notierte Gedanken (1996), S. 591.
- 20 vgl.: Marlène Laruelle: The Two Faces of Contemporary Eurasianism. An Imperial Version of Russian Nationalism, in: Nationalities Papers 1/2004, S. 115-121, fortan: Laruelle.
- 21 vgl.: Laruelle, S. 115 & 117.
- 22 vgl.: Natalia Morozova: Geopolitics, Eurasianism and Russian Foreign Policy Under Putin, in: Geopolitics 14/2009, fortan: Morozova, 668-669.
- 23 vgl.: Morozova, S. 679.
- 24 vgl.: Laruelle, S. 119-125.
- 25 vgl.: ebd., S. 126-131
- 26 Den Iran schätzt Dugin besonders.
- 27 vgl.: Dmitry Shlapentokh: Dugin's Eurasianism. A window in the minds of the Russian elite or an intellectual ploy?, in: Studies in East European Thought 59/2007, S. 222-230, fortan: Shlapentokh.
- 28 Hierzu kann man in erster Linie die Kommunistische Partei (KPRF), die LDPR (vgl. Fußnote 30) und die Nationalbolschewistische Partei (NBP) zählen.
- 29 Liberal-demokratische Partei Russlands (der Name täuscht darüber hinweg, dass es sich um eine rechts-nationalistische Partei handelt, bei der Schirinowski der einzig bekannte Charakter ist).
- 30 vgl.: Laruelle, S. 126.
- 31 Sjuganow sah im Vorfeld der Präsidentenwahl bereits wie der sichere Sieger aus.
- 32 vgl.: Shlapentokh, S. 217.
- 33 vgl.: ebd., S. 217-219; Laruelle S. 126.
- 34 vgl.: Morozova, S. 672; Shlapentokh, S.234.
- 35 vgl.: Morozova, S.683-684.
- 36 vgl.: STRATFOR: Russia's expanding influence. Introduction. The Targets (2010).
- 37 vgl.: Stephen Aris: The Shanghai Cooperation Organisation. Tackling The Three Evils. A Regional Response to Non-traditional Security Challenges or an Anti-Western Block?, in: Europe-Asia Studies 3/2009.
- 38 Afghanistan may join SCO, The Hindu, 15.05.2011.
- 39 Kai Ehlers: Auf zwei Beinen steht sich's besser – Putin und Medwedew in die Werkstatt geschaut. Ein Kommentar zum Besuch Wladimir Putins in Berlin (2010, kai-ehlers.de), fortan: Ehlers.
- 40 vgl.: Vladimir Portyakov: Russian-Chinese Relations. Current Trends and Future Prospects, in: Russian Analytical Digest 73/2010, S. 2-3.
- 41 vgl.: ebd., S.4; Shoichi Itoh: Sino-Russian Energy Relations. True Friendship or Phony Partnership, in: Russian Analytical Digest 73/2010, S. 9.
- 42 Ehlers.
- 43 vgl.: STRATFOR: Russian Modernization, Part 2: The Kremlin's Balancing Act (2010).
- 44 zitiert nach Andrew Monaghan: From Lisbon to Munich. Russian views of NATO-Russia relations (NATO Defense College Research Report, Februar 2010), S.4.
- 45 Die Attraktivität der NATO für Russland sollte nicht überschätzt werden: ob die NATO aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Aufgaben gewachsen ist, kann nicht klar beantwortet werden (vgl.: ebd. S.5)
- 46 Karaganow
- 47 ebd.

Côte d'Ivoire

Erste Bilanz eines angekündigten Bürgerkrieges

von Christoph Marischka

Unzweifelhaft gab es Manipulationen bei der Stichwahl zwischen Herausforderer Alassane Ouattara und dem amtierenden Präsidenten Laurent Gbagbo am 28.11.2010. Trotzdem erklärten sowohl der UN-Sondergesandte, Young-Jin Choi, als auch die USA, die EU und Frankreich bereits am 3.12.2010 Ouattara zum eindeutigen Sieger. Mit beispiellosen diplomatischen Verrenkungen wurde daraus die Position der Internationalen Gemeinschaft gemacht. Im Anschluss an den Bericht Young-Jin Chois vom UN-Sicherheitsrat nutzte die US-Botschafterin bei den UN, Susan Rice, ihre Funktion als Vorsitzende, um in einer Erklärung des UN-Sicherheitsrates die Darstellung Chois zu übernehmen, wonach die Wahlen „friedlich“ und in einem „demokratischen Klima“ stattgefunden hätten. Noch am selben Tag erkannten die USA, Frankreich und die EU Ouattara als rechtmäßigen Sieger an und sprachen Drohungen gegen Gbagbo aus. Gegenüber der Presse wurde diese Einschätzung mit einer angeblich gleichlautenden Position der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) begründet. Diese trat jedoch erst am 7.12.2011 zusammen, um in Anwesenheit von 8 der 15 Regierungschefs einstimmig Ouattara zum rechtmäßigen Präsidenten und seine Wahl zum „freien Ausdruck des Willens des ivoirischen Volkes“ zu erklären. Zu diesem Zeitpunkt hatte neben dem UN-Sondergesandten lediglich die EU-Wahlbeobachtermission eine vorläufige Einschätzung des Wahlprozesses abgegeben, in der allerdings von „Einschüchterungen und Gewalt“ sowie „Toten und Verletzten“ während der Wahl und in Übereinstimmung etwa mit der International Crisis Group von einer „Radikalisierung“ und gewaltsamen Zusammenstößen bereits im Wahlkampf berichtet wurde. Auch die ECOWAS hatte ihr Treffen vom 7.12.2011 zuvor in einer Pressemitteilung mit „Unregelmäßigkeiten“ bei den Wahlen begründet. Die Wahlbeobachtermissionen der Afrikanischen Union (AU), einiger westafrikanischer Staaten und der NGO OSCADA-E waren in ihren Darstellungen noch wesentlich drastischer, beschrieben Angriffe auf die Wahlkampf büros Gbagbos, Festnahmen, Misshandlungen und Tötungen von Gbagbo-Anhängern und Stimmabgaben bei vorgehaltener Waffe. Obwohl sich die AU von diesen Berichten indirekt distanzierte und einige von ihnen mindestens ebenso parteiisch wirken wie die EU-Wahlbeobachtermission, bleibt festzuhalten, dass es sich bei den angeblich eindeutigen, „freien und fairen“ Wahlen, die in einem „demokratischen Klima“ stattgefunden hätten, um einen Mythos handelt.

Regime-Change per Bürgerkrieg

Dieser Mythos war allerdings die notwendige Voraussetzung für die Strategie der Internationalen Gemeinschaft, Ouattara zum (einzigem) Präsidenten der Côte d'Ivoire zu machen. Diese Strategie lief ganz offensichtlich darauf hinaus, einen Bürgerkrieg zu provozieren, in welchem die vor Ort stationierten französischen Soldaten und die UN-Soldaten der UNOCI im entscheidenden Moment auf Seiten der Truppen Ouattaras eingreifen und so deren Sieg garantieren sollten.

Mitte September hatte eine von der UN eingesetzte Expertenkommission zur Umsetzung des Waffenembargos dem UN-Generalsekretär einen Bericht (S/2011/271) vorgelegt, in dem sie feststellt, dass „keine der Konfliktparteien effektive Schritte zur Wiedervereinigung des Landes unternommen“ hätte und sich „sowohl die

Parteien im Norden wie auch die im Süden trotz des Embargos [im Vorfeld der Wahlen] wiederbewaffnen ... und militärische Einrichtungen neu instand setzen.“ Die Rebellen im Norden hätten unter anderem Waffen aus den USA und Burkina Faso erhalten. Aus dem Bericht geht zudem hervor, dass die UNOCI ihrem Mandat, die Rebellen im Norden zu entwaffnen, nicht im geringsten nachkam, hierfür auch nicht ausgestattet gewesen sei und die UNOCI die Arbeit der Expertenkommission in mehreren Fällen effektiv behindert hätten. Dieser Bericht wurde erst am 20.4.2011, nach dem Bürgerkrieg und am Tag vor der Vereidigung Ouattaras, vom UN-Generalsekretär veröffentlicht. Vier Tage vor der Stichwahl, am 24.11.2010, hatte hingegen der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1951 den Generalsekretär ermächtigt, kurzfristig drei Infanteriekompanien und zwei Kampfhubschrauber von der UN-Mission im benachbarten Liberia nach Côte d'Ivoire zu verlegen und unter das Kommando der UNOCI zu stellen. Zuvor waren bereits die UN-Truppen in Yamoussoukro, Abidjan, Bouaké, Daloa und Guiglo aufgestockt worden. Außer Bouaké handelt es sich dabei um Gebiete unter Regierungskontrolle, in denen mit einer großen Unterstützung für den Oppositionskandidaten gerechnet wurde. In die Regionen unter der Kontrolle der Rebellen wurden jedoch keine zusätzlichen Soldaten entsandt. Offensichtlich wurde bereits zu diesem Zeitpunkt von einer Eskalation während oder nach den Wahlen ausgegangen, und die UNOCI zur Unterstützung der Rebellen im Norden aufgerüstet. Über ihre führende Rolle bei der Wähler_innenerfassung konnte die UNOCI ein knappes Ergebnis absehen, zum Zeitpunkt der Wahl waren 5,78 Mio. Ivoirer registriert, obwohl die UNOCI im Januar 2009 noch von etwa 9 Mio. Wahlberechtigten ausgegangen war. Trotzdem haben die UN auf der Durchführung der Wahlen bestanden.

Nach der einseitigen Parteinahme der internationalen Gemeinschaft warnten zahlreiche Beobachter, diese würde zwangsläufig in eine Wiederaufnahme des Bürgerkrieges zwischen Norden und Süden münden. Andere Beobachter, wie etwa die International Crisis Group (ICG), schienen dies sogar zu begrüßen und legten unter dem Titel „Côte d'Ivoire: Ist Krieg die einzige Option?“ quasi eine Blaupause für das vor, was später geschehen sollte. „Vorschläge zur Machtteilung“, wie sie u.a. von Südafrika und Angola vorgebracht wurden, seien „gefährlich“. Stattdessen sollten sowohl die Nachbarstaaten als auch die Internationale Gemeinschaft Sanktionen gegen Gbagbo und seine Anhänger verhängen und sich Frankreich bereithalten, ein militärisches Eingreifen der ECOWAS und der UNOCI zu unterstützen. Sanktionen waren bereits zuvor von UN, EU, USA und zahlreichen Einzelstaaten verhängt worden mit dem Ziel, das Gbagbo-Regime zu schwächen. Neben den Konteneinfrierungen durch die Westafrikanische Zentralbank (BCEAO, deren Leiter Ouattara bis 1990 war) erwies sich das von der EU durchgesetzte Exportverbot für Kakao am „wirkungsvollsten“ - zusammen brachten beide Maßnahmen das Wirtschaftsleben in Côte d'Ivoire fast vollständig zum Erliegen. Zu einem militärischen Eingreifen konnte sich die ECOWAS, in deren Mitgliedsstaaten dieses Jahr ebenfalls zahlreiche Wahlen anstehen, nicht durch-

ringen. Alles andere aber verlief nach Plan: Statt einer Truppe der ECOWAS musste man sich jedoch auf die Rebellen verlassen, die Ende März gemeinsam mit Truppenteilen, die sich zwischenzeitlich von Gbagbo losgesagt hatten, ihre militärische Offensive begannen.

„Tal der Tränen“

Es war ein Bürgerkrieg mit Ansage. Bereits am 30.12.2010 zitierte Wolfgang Drechsler im Tagesspiegel nicht näher genannte, aber offensichtlich gut informierte „Beobachter“, wonach „die Regierung [Gbagbo] allenfalls noch drei Monate lang Soldaten und anderen Staatsangestellten ihre Löhne werde zahlen können“. Darin bestand das Kalkül der Sanktionen, dass aufgrund ausbleibender Löhne die von Gbagbo kontrollierten „Sicherheitskräfte“ ihm die Loyalität aufkündigen und entweder zu den Rebellen überlaufen oder zumindest durch Desertationen und Plünderungen zur weiteren Destabilisierung der Lage beitragen würden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung informierte bereits in ihrem „Länderbericht“ vom 22.12.2010, dass innerhalb des von ihr mit Unterstützung von Bundeswehr und Bundesregierung aufgebauten „Netzwerks der Generalstabsoffiziere westafrikanischer frankophoner Staaten“ die Einschätzung vorherrsche, dass „es durchaus möglich [sei], dass es über kurz oder lang zu einem Putsch gegen Gbagbo kommen könnte. Dieser wäre höchstwahrscheinlich blutig, was unter anderem Gbagbo das Leben kosten könne.“

Die Auseinandersetzung beschränkte sich jedoch nicht auf die offiziellen „Sicherheitskräfte“ einerseits und die „Rebellen“ andererseits, denn beide Kandidaten der Stichwahl versuchten in hohem Maße die Zivilbevölkerung für ihre Ziele zu mobilisieren und zu instrumentalisieren. Ouattara rief zu einem Generalstreik auf, Gbagbo zur Blockade des Golf-Hotels in Abidjan, von dem aus Ouattara unter Schutz der UNOCI versuchte, zu regieren. Es kam zu Übergriffen und regelrechten Schlachten zwischen den Anhängern beider Seiten, die von Thomas Scheen in der FAZ später als „regelrechter Abnutzungskrieg zwischen eingesickerten Rebellen und Sicherheitskräften“ beschrieben wurden. Die dramatische Verschlechterung der humanitären Lage im Zuge der internationalen Sanktionen ließen diese Auseinandersetzungen zu einem Überlebenskampf eskalieren. Anfang März meldete der humanitäre Nachrichtendienst der UN: „Die Nahrungsmittelvorräte der Familien gehen zur Neige, die Kinder verlieren ein Schuljahr und das schon länger unter Druck stehende Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps.“ In der Hauptstadt seien einige Bewohner gezwungen „zu essen, was sie finden können“. Ebenfalls Anfang März stellte das Politische und Sicherheitspolitische Komitee der EU eine Soforthilfe von 1 Mio. Euro aus dem Stabilitätsinstrument für die Regierung Ouattara bereit. Ende März dann begannen die Rebellen als „Republikanische Kräfte der Elfenbeinküste“ (FRCI) mit französischer Unterstützung und unbehelligt von der UNOCI sowie mit neuen Waffen, die vermutlich über Nigeria und Burkina Faso geliefert wurden, ihre Offensive im Norden und Westen des Landes.

„Ich bedaure den Preis...“

Human Rights Watch hat mittlerweile eine erste Bilanz dieser Offensive in humanitärer Hinsicht vorgelegt. In dieser heißt es einleitend: „Die für den gewählten Präsidenten Alassane Ouattara kämpfenden Einheiten haben hunderte Zivilisten getötet, mehr als 20 angebliche Unterstützer seines Rivalen, Laurent

Gbagbo, vergewaltigt und mindestens zehn Siedlungen in den westlichen Gebieten der Côte d’Ivoire niedergebrannt. Die für Gbagbo kämpfenden Einheiten haben im Zuge des Vormarsches der Ouattara-Truppen im März mehr als 100 mutmaßliche Anhänger Ouattaras getötet“. In jeder der von HRW besuchten Siedlungen hätten die Soldaten der Republikanischen Kräfte Morde, Plünderungen und Vergewaltigungen gegenüber denen verübt, die als Guéré und damit als Unterstützer Gbagbos identifiziert wurden. In einigen Dörfern sei ein Großteil der Bevölkerung bereits vor dem Anrücken der FRCI geflohen, diejenigen die blieben – überwiegend alte und kranke Menschen – wären anschließend aus nächster Nähe förmlich exekutiert worden. Die Massaker, die am 29.3.2011 in Duékoué ihren Höhepunkt erreichten, wo bis zu 1.000 Menschen getötet worden sein sollen, nachdem die FRCI die Stadt eingenommen hatten, begannen nach Angaben von HRW bereits Ende Februar. UN, Frankreich und EU nahmen diese jedoch – anders als die Wahl vom November – nicht zum Anlass, gegen Ouattara aktiv zu werden, ihm Strafverfahren anzudrohen oder Sanktionen gegen ihn zu verhängen. Ganz im Gegenteil: Nachdem die FRCI mit Unterstützung durch Kampfhubschrauber der UN und Frankreichs Gbagbo nach tagelangen Kämpfen in der Hauptstadt festnahmen, gratulierte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton Ouattara zum Sieg. In ihrer Pressemitteilung vom 11.4.2011 lässt sie mitteilen: „Heute wurde der amtierende Führer Laurent Gbagbo von den Republikanischen Kräften der Côte d’Ivoire festgenommen. Ich begrüße diese Entwicklung, die einen wichtigen Schritt zur Lösung der fast fünfmonatigen Krise in Folge der Wahl darstellt. Ich bedaure den hohen Preis, den das ivoirische Volk zahlen musste, damit sein Wille, den es bei den Präsidentschaftswahlen im November 2010 zum Ausdruck brachte, respektiert wurde... Ich begrüße die Aktionen, welche die UN-Friedensmission UNOCI mit der Unterstützung der französischen Mission Licorne zum Schutz der Zivilbevölkerung in Côte d’Ivoire unternommen hat und hoffe auf deren fortgesetzte Bemühungen im Nachgang der Krise, um der Regierung bei der Wiederherstellung der Sicherheit zu unterstützen... Ich betone noch einmal meine Unterstützung für den Präsidenten Ouattara, seine Regierung und das ivoirische Volk bei ihren Bemühungen um Versöhnung, Wiederaufbau und Entwicklung. Die EU hat bereits Sanktionen gegen zentrale Wirtschaftsunternehmen aufgehoben... Wir werden der Côte d’Ivoire langfristige Unterstützung leisten, um Wohlstand zu fördern und so Stabilität zu garantieren und beim Wiederaufbau des Landes zu helfen“. Bei der offiziellen Vereidigung Ouattaras am 21.5.2011 waren der französische Präsident Sarkozy und UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon persönlich anwesend, EU-Kommissionspräsident Barroso gratulierte mit einer Pressemitteilung im Namen der Europäischen Union.



Ankunft von UN-Truppen aus Bangladesh in Yamoussoukro, 2004, Foto: UNOCI/Kadidia Ledron

Shi Lang: Chinas erster Flugzeugträger

Wahrnehmung und Konsequenzen chinesischer Rüstung

von Andreas Seifert

Als 1998 die Ukraine einen unfertigen Flugzeugträger über eine dubiose Firma in Macao an die Volksrepublik China verkaufte, schloss sich eine von Gerüchten und Vermutungen durchzogene Debatte über die Ziele dieses Kaufes an. Die Varyag, letztes Schiff der Admiral Kuznetsov-Class, mit 67.000 Tonnen deutlich kleiner als die amerikanischen Nimitz-Class-Träger, lag zu diesem Zeitpunkt bereits 6 Jahre halb fertig in der Werft.¹ China, so hieß es damals, habe mit den 20 Millionen US-Dollar mehr oder minder den Schrottwert bezahlt.² Die Varyag inzwischen nach einem Admiral aus der Ming-Dynastie in *Shi Lang* umgetauft war für die Beobachter zu diesem Zeitpunkt ein weiterer Baustein in dem vermuteten Unterfangen Chinas, einen eigenen Flugzeugträger zu entwerfen. Die Marine der Volksbefreiungsarmee (VBA) war bisher nicht sonderlich freigiebig mit Informationen, was diesen Träger oder generell ein Trägerprogramm betrifft, ganz zu schweigen von dem dahinter stehenden Interesse. Anfang April 2011 nun hat die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua überraschend selbst Fotos der Shi Lang veröffentlicht, die sie in einem Zustand zeigen, der nahe an einer Einsatzreife ist.³ Und schon ein paar Wochen später präsentierten informierte Kreise der chinesischen Militärenthusiasten mit der J-15 das passende Flugzeug.⁴ Die Botschaft: Schon bald wird ein chinesischer Träger über die Meere fahren und dafür sorgen, dass die Karten im Pazifik neu gemischt werden.

Aggressive Rhetorik vs. Spiegelfechterei

Seit der Veröffentlichung der Shi Lang-Bilder ist zumindest für die US-amerikanischen Thinktanks der „lang entbehrte“ Beleg für die aggressiven Bemühungen Chinas erbracht, die Vorherrschaft der USA im Pazifik zu brechen. Andere Belege sind die Testflüge des mit Stealth-Technik ausgestatteten J-20 Jagdflugzeugs oder die Weiterentwicklung der DF-21 zur Anti-Schiffsrakete⁵, die als Carrier-killer betitelt, gleich die Eliminierung der US-amerikanischen Flotte visualisiert.⁶

Prof. Da Wei vom China Institute of Contemporary International Relations in Beijing hingegen erblickt hierin weit weniger eine reale Steigerung im Grad der chinesischen Aggression als vielmehr die gewachsene Unsicherheit auf der Seite der anderen. „Much of what they see in China is a reflection of their own worries about global strategic rebalancing in an increasingly multipolar world.“⁷ Zudem sind für ihn Äußerungen chinesischer Politiker in ihrem mitunter aggressiven Ton einer Veränderung der Medienlandschaft und des Politikerbildes geschuldet. Von chinesischen Politikern werden heute öffentliche Äußerungen zu verschiedenen Themen erwartet, die früher allein dem Staatsoberhaupt vorbehalten waren und, dies hält er für entscheidend, die chinesische Öffentlichkeit reagiert auf diese Äußerungen. Mehr als Früher ist die Meinung und das Verhalten der Politiker (und Militärs) geprägt von der Öffentlichen Meinung. „... events that touch on territorial sovereignty are particularly sensitive to the Chinese public. The persistence of unresolved territorial disputes further inflames public sentiment. The pres-

sure from public opinion that the Chinese government must consider on these issues is consequently very great. Under this pressure from public opinion, or perhaps ‘imagined public opinion,’ government departments re-fuse to be seen as too soft when making policy decisions.“⁸

Prof. Das Argument, der „Westen“ bastelt sich letztlich seine „chinesische Bedrohung“ selbst, um die eigene Aufrüstung und das eigene martialische Vorgehen zu rechtfertigen, ist dennoch nicht so einfach von der Hand zu weisen. Verschiedene Bewertung und Darstellung z.B. der RAND Corporation wie auch des Pentagons selbst, sind Szenarien einer aufstrebenden aggressiven Militärmacht China. So wird eine Publikation des RAND zu den Fähigkeiten der chinesischen Luftwaffe mit der Angst um den Verlust der eigenen Übermacht beworben: „RAND researchers note that although China’s air forces have traditionally emphasized defensive operations, that is no longer the case, and will pose an aggressive opponent in the event of a conflict. These attacks, moreover, will be carried out not by China’s air force operating in isolation but in coordination with conventional ballistic and cruise missiles. As a result, for the first time since the end of the Cold War, U.S. air forces would not be able to regard their western Pacific bases as sanctuaries safe from enemy attack in a conflict.“⁹ Die beworbene Studie selbst formuliert als Empfehlung erwartungsgemäß die Aufrüstung der US-amerikanischen Kräfte im Pazifik – inklusive der Entwicklung von offensiven Plänen, um die VR-chinesischen Kräfte direkt zu schwächen.¹⁰

Sehr ähnlich gelagert sieht Prof. Zhu Feng vom Zentrum für internationale und strategische Studien der Universität Beijing die Reaktion Australiens auf Chinas Aufstieg und benennt das australische Weißbuch der Verteidigung von 2009: „The White Paper is a sophisticated response to the potential negative impact of China’s rise. It does not only signal Australia’s biggest defense budget since the early 1970s but also indicates that the Rudd government^[11] plans a strategic posture of ‘forward defense’ against a possible U.S. retreat in the face of China’s advance. Ironically, Australia seems to rely on the rise of China to fund its defense against the rise of China.“¹²

Militärtechnisch gesehen hängt China den USA und anderen Hochtechnologieländern in der unmittelbaren Nachbarschaft noch hinter her, doch hat sich der Abstand merklich verkleinert: Verbleibende Lücken lassen sich auch durch revers-engineering und Spionage schließen. Die Aufrüstung der VBA, so sehen es Da und Zhu, ist allerdings nichts Neues. Scheinbar allerdings so effektiv und undurchsichtig, dass sie einige Ängste zu schüren vermag. Die zwölf Jahre, die seit dem Kauf der Varyag verstrichen sind, erlebten eine beispiellose Marineaufrüstung: Neue Zerstörer, Schnellboote und Landungsboote ersetzen nicht nur altes Material, sie schufen neue Möglichkeiten jenseits der Küstenverteidigung.¹³ Jedes neue Schiff der VBA erschien dabei wie eine Überraschung, da eine ausreichende Kommunikation seitens der chinesischen Regierung unterblieb. Z. B. erschienen zeitnah zu den Bildern der Shi Lang 2011 Bilder eines weiteren fast fertig gestellten Landungsbootes vom Typ 071 (Yuzhao-Class). Unter dem Eindruck der Einsatzreife der Shi Lang wurde nun dieses andere Schiff als Bestandteil einer zukünftigen Carriergroup identifiziert.¹⁴ Dabei ist das angesprochene Schiff nicht einmal das erste seiner Klasse: Die Kunlunshan wurde schon 2007 in Dienst gestellt und war bereits im Einsatz vor Somalia.



Stabschefs unter sich: Mullen und Chen in Washington im Mai 2011, Foto: DOD, U.S. Army Staff Sgt. Sun L. Vega.

Die Aufregung besteht eher darin, dass sich die Marineführung über die Zielgröße der chinesischen Marine ausschweigt und dies Feld unkommentiert den Spekulationen preisgibt.¹⁵ In der Tat sind Schiffe wie die Kunlunshan wesentlich wichtiger für die Einsatzbreite der Marine als das Vorhandensein eines einzigen Flugzeugträgers.

In anderen Bereichen der chinesischen Armee waren ebenfalls Veränderungen zu beobachten, die zu einer Steigerung der Fähigkeiten geführt haben. Die Wehrreform in der VR China hat nicht nur zu einer beispiellosen Reduktion der Truppen geführt, sondern auch zu einer enormen „Kampfkraftsteigerung“. Für mehr Transparenz bei diesen Veränderungen sieht man in Beijing allerdings nach wie vor keinen Bedarf.

Friedlicher Impetus

Das Weißbuch der chinesischen Verteidigungspolitik (China's National Defense in 2010)¹⁶ gibt das Eigenbild der chinesischen Regierung am treffendsten wieder. China ist demnach die friedliche Macht, die einen Platz in einer multipolaren Welt sucht und sich keinem Dialog über militärische Angelegenheiten verschließen wird: Sie baut Truppen an den Grenzen ab, entwickelt Partnerschaften und schließt sich UN-Einsätzen an. Technologische Weiterentwicklungen sind ausschließlich im Rahmen einer defensiven Landesverteidigung zu verstehen. Kurzum: friedlicher als China geht kaum. Richtig daran ist, dass China seine vorhergehende Zurückhaltung, was Kontakte zu internationalen Armeen anbetrifft, zusehends ablegt. Man engagiert sich in gemeinsamen Übungen inzwischen auch mit technologisch besser ausgestatteten Einheiten anderer Länder – insbesondere die Anti-Terror-Übungen mit Russland, aber auch die jüngst angeregten Übungen mit den US-amerikanischen Verbänden im Nahen Osten¹⁷ – ein Zeichen, dass die VBA inzwischen von der eigenen Leistungsfähigkeit überzeugt ist. Chinas Engagement im UN-Einsatz vor der Küste Somalias und am Golf von Aden ist ebenfalls in dieser Richtung hinzubetrachten. Chinas Bereitschaft, hier auch koordinierende und führende Aufgaben zu übernehmen, kam für einige Beobachter zwar überraschend, passt aber ins Bild, das China von sich vermitteln will. Die Volksrepublik ist inzwischen einer der größeren Truppensteller für UN-Einsätze und unter den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates sogar der größte.¹⁸ Umgekehrt beteiligt

sich China nicht bedingungslos an jeder multilateralen Aktion – weder politisch, noch militärisch: Chinesische Ablehnung äußert sich im Sicherheitsrat dann in einer „Enthaltung“. Dieser (noch vorhandene) unbedingte Wille, ja nicht als aggressive (Militär-) Macht wahrgenommen zu werden, ist nirgendwo auffälliger, als im Verhältnis zu den afrikanischen Staaten. So entsandte China parallel zur Mission am Golf von Aden ein Hospitalschiff (mit dem schönen Namen *Peace Ark*) an verschiedene Orte entlang der afrikanischen Küste.¹⁹ Hier fügt sich „Militärpolitik“ in die Außenpolitik ein.

Chinas Suche nach einem stärkeren Gewicht in der Weltpolitik, so formuliert es Prof. Zhu, geht einher mit Unsicherheiten bezüglich seiner eigenen territorialen Integrität, der nationalen Würde und seinen nationalen Interessen.²⁰ Und er folgert: „China's military aspirations, in other words, derive from its current transition. These motivations have less to do with certain strategic goals or some desire to change or preserve the status quo. Rather, they have to do with Beijing's sense of national pride, the imperative of the state to counter separatist pressure and address potential contingencies arising from this pressure, and the need to develop a capability to cope with 'uncertain wars.'"²¹

Aufrüstungsbemühungen in China (und Indien) leitete in Ost- und Südostasien eine Welle von ähnlich gelagerten Bestrebungen ein. Mit seiner undurchsichtigen Aufrüstung und einer öffentlichen Debatte, die vor allem durch martialische Sprache geprägt ist, trägt China zur Destabilisierung in Ost- und Südostasien bei. Ungelöste Konflikte und angespannte diplomatische Verhältnisse zu den unmittelbaren Nachbarn legen aber allzu schnell den Schluss nahe, dass es sich bei der Region um ein Pulverfass handelt. Die Bemühungen um einen regionalen Austausch (z.B. gegenüber Japan, Nord- und Süd-Korea), bzw. um die wirtschaftliche Integration in Richtung Zentralasien und die Pflege des zarten Pflänzchens Chinesisch-Indischer Beziehungen sind aber Anzeichen dafür, die Konflikte nicht weiter zuspitzen zu wollen. Dass dies nicht einfach ist, lässt sich am Beispiel Pakistans und Indiens zeigen. So ist parallel zur Ankündigung der beschleunigten Lieferung chinesischer Kampfjets nach Pakistan der Wunsch Neu Delhis öffentlich geworden, die volle Mitgliedschaft in der Shanghai Cooperation Organization zu erreichen.²² China hätte hier sogar die Chance positiv vermittelnd zu agieren. Keiner der Beteiligten ist der Friedensengel, den man sich erhoffen könnte und die gegenseitige Wahrnehmung wird als Vorwand genommen, die Aufrüstung der Region voran zu treiben. Bei aller „Sorge“ um den „Weltfrieden“ wird dies die europäischen Waffenproduzenten freuen. Die Region ist ein interessanter Waffenmarkt geworden und auch wenn man noch vorsichtig sein sollte, ein Wettrüsten herbei zu reden, so ist die Zunahme von Waffen in der Region mit vielfältigen Konflikten kein positives Zeichen. Spannungen und offene Kämpfe wie beispielsweise zwischen Thailand und Kambodscha geben auch Anderen in der Region Gelegenheit, sich in Position zu bringen. Chinas Aufstieg in der Region und seine zunehmenden militärischen Möglichkeiten erfordern, das Gleichgewicht im westlichen Pazifik und Asien neu auszubalancieren.

Das Verhältnis zu den USA erscheint hierbei von entscheidender Bedeutung. Immer wieder unterbricht China die Gespräche auf militärischer Ebene, wenn die USA Waffen an Taiwan liefern und schafft damit immer wieder einen Moment der Unsicherheit in der ganzen Region. Chen Bingde, der als Stabschef der VBA, im Mai 2011 durch die USA reiste, betonte immer wieder, dass ohne diesen Waffenhandel das Verhältnis zu den USA deutlich entspannter sein könnte.²³ Von amerikanischer Seite wird dann mit der gleichen Beharrlichkeit wiederholt, dass solange die VR

große Mengen an Raketen und Truppen an der Küste gegenüber Taiwan stationiert hat und damit eine Bedrohung für Taiwan darstellt, die USA ihrer im Gesetz festgelegten Schutzverantwortung gegenüber Taiwan gerecht werden müssen.²⁴ Dabei ist die Taiwan-Frage längst nicht das einzige Feld, in dem Konflikte zu verzeichnen sind. Chinas erhöhte militärische Mobilität und der inzwischen kaum noch zu verhindernde Zugang chinesischer Verbände zum Pazifik weckt die Angst, dass hier ein Gegner erwächst, der in der Lage ist, einen möglichen Krieg bis auf den amerikanischen Kontinent zu tragen.

Integration in wessen System?

Die kontinuierliche Aufrüstung in China und das ebenso kontinuierliche Beschwören einer sich daraus ableitenden Gefahr für den (Welt-)Frieden hat noch einen anderen Aspekt, der mit größerer Wahrscheinlichkeit der dominante werden wird: die Integration. Interpretiert man die Bemühungen der chinesischen Führung um (ein klein wenig) Transparenz im Bereich des Militärs und die Beteiligung chinesischer Truppen an UNEinsätzen und sonstigen bilateralen Aktionen nicht ausschließlich als den Versuch den *military-build-up* gegenüber den USA zu kaschieren, sondern als chinesischen Versuch, den weltweiten Einsatz von Militär jenseits einer USA-Fixierung zu beeinflussen, so wird mittelfristig mit einer proaktiveren Politik der Chinesen bei internationalen Konflikten zu rechnen sein.

Für einige Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und seiner Going-Out-Strategie ist dieser Schritt geradezu zwangsweise: „Libya is turning into a clear demonstration that any large economic or human presence needs some kind of security policy. Navy ships, and perhaps one day soldiers, must follow migrant workers and mining or infrastructure contracts. The present situation, where former colonial powers and the United States have a monopoly on armed intervention, is nearing its end.“²⁵

Chinas wachsende militärische Mobilität, die seiner wirtschaftlichen Mobilität folgt, wird toleriert werden: auch von den USA. Das Bild einer gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Militärkapelle in der Generalversammlung der Vereinten Nationen ist dabei ein Vorgeschmack auf die Zusammenstellung gemeinsamer Kampftruppen. Chinas „Gestaltungswille“ und „Gestaltungskonzepte“ sind bisher allerdings nicht so ausgeprägt, wie es die Einen sich wünschen²⁶ oder die Anderen befürchten.²⁷ Das China immer mehr Abstand von seiner bisherigen Position nimmt, dass „Nicht-Eingreifen“ und Beharren auf „nationaler Souveränität“ die besten Optionen sind, lässt eher darauf schließen, dass es sich einem Konsens westlicher Industriestaaten annähert, der Interventionen (aus welchen Gründen auch immer) positiv gegenüber steht.

Chen Bingdes Anmerkung in Washington, dass sich somalische Piraterie nur effektiv auch mit Truppen an Land bekämpfen lässt, ist nicht deshalb ungewöhnlich, weil sie von einem Militär kommt, vielmehr weil sie von einem Chinesen ausgesprochen wird - von einem chinesischen Militär auf internationaler Bühne ausgesprochen werden darf. Hier ist das Militär seiner politischen Führung noch voraus. Eine chinesische Carrier-Group um die Shi Lang wird keine „Friedensarche“ werden.

Anmerkungen

- 1 Die Varyag wurde als „Riga“ 1988 auf Kiel gelegt, 1990 umgetauft und aufgrund fehlender Geldmittel 1992 auf Eis. Die Varyag soll zu diesem Zeitpunkt lediglich zu 70% fertig gestellt worden sein – ohne Antrieb und Elektronik.
- 2 South China Morning Post (SCMP), 19.3.1998.

- 3 Eye on Varyag, China's first aircraft carrier, news.xinhuanet.com, 8.4.2011.
- 4 SCMP, 27.4.2011.
- 5 Dong-Feng 21, Eric Hagt and Matthew Durnin, China's Antiship Ballistic Missile, in: Naval War College Review, Autumn 2009, Vol. 62, No. 4, S. 87-115, [pdf](#).
- 6 So auf dem Titelbild des Proceedings Magazins Mai 2009, siehe auch Andreas Seifert, *Meer erleben*, in: Ausdruck, Dezember 2009, S. 15-24, S. 15.
- 7 Da Wei, Has China become „Tough“?, in: *China Security*, Vol. 6, No. 3, S. 97-104, S. 101.
- 8 Ebenda, S. 100.
- 9 www.rand.org *Rand New Releases: Analysis of Chinese Military Doctrine Indicates China Could Pose Serious Challenge to U.S. and Allied Air Forces*, 21.2.2011.
- 10 Cliff, Fei, Hagen, Hague, Heginbotham, Stillion, *Shaking the Heavens and Splitting the Earth*, St. Monica, 2011, S. 237ff, [pdf](#).
- 11 Gemeint ist die australische Regierung unter Kevin Rudd von 2007 bis 2010.
- 12 Zhu Feng, *Arms Race: A Specter over East Asia?* Diskussionspapier zur 5. Berliner Konferenz zur Sicherheit in Asien 2010, Veröffentlichung auf der Seite der *Stiftung Wissenschaft und Politik*, [pdf](#), S. 3f.
- 13 Siehe auch Seifert, *Meer erleben*, in: Ausdruck, 6/2009.
- 14 Greg Torode, *Combat ship set for key role in military diplomacy*, in: *SCMP*, 16.4.2011.
- 15 Z.B. Alexandre Sheldon-Duplax, der für seinen Beitrag auf halb-offizielle Einschätzungen zurückgreifen muss, *The PLA Navy bei 2020*, in: *China Analysis, China's Sea Power, reaching out to the blue water*, March 2011, S. 6-8.
- 16 Siehe auch *Nabelschau einer ‚Friedensmacht‘ - Verteidigungsweißbuch der VR China 2010* (www.imi-online.de), bzw. die Seite des chin. Verteidigungsministeriums eng.mod.gov.cn mit dem Weißbuch. Lesefreundliche Ausgabe des Weißbuchs: <http://imi-online.de/download/whitepaper2010.pdf>.
- 17 *Xinhua* 19.5.2011.
- 18 Dies bezieht sich auf die gesamte Laufzeit der UN –Einsätze – nur für 2010 gerechnet liegt Indien vor China. Allerdings ist China in 2010 in den Bereich der Top-Ten der Bereitsteller von finanziellen Ressourcen aufgestiegen und steuerte fast 4% des Budgets bei (zum Vergleich: Deutschland 8%). Aus: *United Nations Peace Operations – Year in Review 2010*, New York 2011. Abrufbar: www.un.org. Siehe auch Brune, Lange, Oertel, *Chinas militärische Entwicklung*, SWP-Studie 29, Oktober 2009, S. 22. Abrufbar: www.swp-berlin.org.
- 19 Weißbuch 2010, Abschnitt 9. Die Hepingfang besuchte neben Djibouti, Kenia, Tansania und den Seychellen noch andere Länder. Den Mechanismus Militär mit „zivilen“ und „Kampfaufgaben“ parallel durch die Welt zu schicken kennt man auch von anderen Staaten, dass sich die VR China dessen verstärkt bedient ist aber bezeichnend.
- 20 Zhu, *Arms Race*, op. Zit., S. 4.
- 21 Ebenda, S. 5.
- 22 *Times of India*, 16.5.2011.
- 23 *Xinhua*, 19.5.2011.
- 24 Der Taiwan Relations Act von 1979 definiert die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan. Er wurde aufgrund der „Ein-China-Politik“ der VR notwendig, die jeden Staat dazu zwingt im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR, die zur Regierung in Taipei abzubrechen. Der Act ermöglichte es den USA die vor 1979 gemachten Versprechen gegenüber Taiwan einzuhalten und doch mit der VR zu kooperieren. Der Act beinhaltet ausdrücklich die Möglichkeit zur Lieferung von Verteidigungswaffen.
- 25 Frank Godement, Einleitung zu: *China Analysis, China's Sea Power, reaching out to the blue water*, March 2011, S. 1.
- 26 Polymeropoulos, Tidten, Wacker, Wagner, *Asiatische Großmächte, China, Indien und Japan als Akteure regionaler und internationaler Ordnungspolitik*, SWP-Studie 11, April 2011.
- 27 Z.B. Indien, die Chinas zunehmende Präsenz im indischen Ozean als Bedrohung begreifen. Mathieu Duchântel, *The PLA Navy in the Indian Ocean*, in: *China Analysis, China's Sea Power, reaching out to the blue water*, March 2011, S.3-5, S. 5.

IMI ist Trägerin des Aachener Friedenspreises 2011



AACHENER FRIEDENSPREIS e.V.

Der Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. freut sich mitteilen zu können, dass IMI zusammen mit Jürgen Grässlin Trägerin des diesjährigen Aachener Friedenspreises wird. Der Preis wird uns für unser langjähriges Engagement für den Frieden verliehen. Die Verleihung des Preises findet am 1. September in Aachen statt.

www.aachener-friedenspreis.de www.imi-online.de

*Herausgeber des AUSDRUCKS ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154*

